

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Sonnabend, den 25. August 1906.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

Abonnements-Bedingungen:

Abonnement-Preis pränumerando: Vierteljährlich 3,50 M., monatlich 1,10 M., wöchentlich 25 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pfg. Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragene in die Post-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Interfions-Gebühr

Beträgt für die hochgehaltene Kolonietische oder deren Raum 50 Pfg. für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pfg. „Kleine Anzeigen“, das erste (stetiggedruckte) Wort 20 Pfg., jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellengrüße und Schlafstellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inzerate für die nächste Nummer müssen bis 6 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphisch-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Die Diktatur des Proletariats.

(Schluß.)

Der unbefangene und ungewarnte Leser, der Herrn Sombarts Art noch nicht kennt, wird nämlich den ihm eingeflochtenen Gedanken notwendigweise, wenn Jelleicht auch unbewußt — denn zu klarem Denken wird er, wie gesagt, durch das Buch nicht angeregt —, wie folgt weiterdenken: die Diktatur des Proletariats steht mit der Grundidee des Marxismus selbst im Widerspruch und ist deshalb falsch. Nicht durch einen plötzlichen politischen Gewaltakt kann die sozialistische Gesellschaft herbeigeführt werden, sondern nur durch langsame, organische Entwicklung. Also ist es auch ganz gleichgültig, ob das Proletariat die politische Macht erobert oder nicht. Die wirtschaftliche Entwicklung geht ihren Gang, im wesentlichen unabhängig von dem Willen der Menschen. Ist sie noch nicht weit genug vorgeschritten, so kann der Besitz der politischen Macht dem Proletariat nichts nützen; ist aber die Zeit gekommen, so wird die neue Gesellschaft geboren, auch wenn das Proletariat die politische Macht nicht besitzt. Wozu dann aber der ganze politische Kampf, den wir führen, und der doch nur die Eroberung der politischen Macht zum Zweck hat?

Man sieht, auf diese Weise schließt sich der Ring in Herrn Sombarts Anschauungen, der Widerspruch löst sich. Was er in Breslau mit offenen Worten verkündete, das sucht er in seinem Buch, durch das er sich bei den Sozialdemokraten einzuschmeicheln trachtet, von hinten herum, ohne es mit klaren Worten zu sagen, dem Leser einzuträufeln. Hier wie dort ist ja seiner Weisheit letzter Schluß, daß die Arbeiterbewegung nichts mit der Weltanschauung zu tun habe, daß sie nicht mit Politik verquidelt werden dürfe und daß mithin die Sozialdemokratie überflüssig, ja sogar schädlich sei. In Breslau hat er's klar ausgesprochen, in seinem Buch sucht er's durch Gedankenleime zu erreichen, die er dem unkritischen, vertrauensseligen Leser einimpft, und von denen er um so eher hoffen mag, daß sie ausgehen werden, da er in dem Buche durchweg die Miene des überaus sozialistenfreundlichen Wiedermannes aufsetzt. Wenn ein Mann das sagt, dessen Wohlwollen für die Sozialdemokratie sich überall so deutlich auspricht, dann muß es doch wohl richtig sein — das ist ganz offenbar die Stimmung, die Professor Sombart in dem Leser erzeugen möchte. Und wenn denn einerseits die Weltanschauung, die Politik in der Arbeiterbewegung nichts zu suchen hat, wenn andererseits ein großer Teil der deutschen Arbeiter sich eigene Sonderorganisationen geschaffen haben, bloß weil sie nicht als Sozialdemokraten gelten wollen, so ist ja klar, daß die Sozialdemokratie der eigentliche Störenfried ist, der allein den Zusammenbruch der gesamten Arbeiterkraft und damit ihr wirtschaftliches Fortkommen hindert. So ist der Boden bereitet, auf dem dann nach und nach der Gedanke von der Schädlichkeit der Sozialdemokratie und der Wunsch nach Abkehr von ihr entpfeifen soll. Man sieht, dieser in der Maske eines Freundes verpackte Feind der Sozialdemokratie ist bei weitem gefährlicher als der brutalste Scharfmacher.

Was nun den Gegenstand selbst betrifft, so haben wir die Notwendigkeit der politischen Aktion so oft und so ausführlich nachgewiesen — überdies bildet die Frage einen wesentlichen Bestandteil der gerade jetzt von neuem aufgenommenen Diskussion über das Verhältnis von Partei und Gewerkschaften — daß wir uns eine Wiederholung an dieser Stelle wohl schenken können. Auch sind wir überzeugt, daß es genügt, die geheimen Pläne aufzudecken, auf denen Sombarts Buch wandelt, um ihm jede Gefährlichkeit zu nehmen. Denn kein Arbeiter, der einmal für die Idee des Klassenkampfes gewonnen ist, kann ihr schenden Augen wieder abspenstig gemacht werden. Dazu führt er die Unentbehrlichkeit und den Nutzen der sozialdemokratischen Partei viel zu sehr am eigenen Leibe. Es bleibt uns deshalb hier nur noch übrig zu zeigen, daß die Eroberung der politischen Macht, die Diktatur des Proletariats, auch theoretisch durchaus im Einklang steht mit der geschichtsphilosophischen Grundidee des Marxismus.

Der logische Fehler in der Auffassung dieser Grundidee, dem schon so viele falsche Schlüsse und unfruchtbare Disputationen entspringen sind, ist der, daß beim Worte „Entwicklung“ ohne weiteres angenommen wird, die Tätigkeit der Menschen habe mit dieser Entwicklung nichts zu tun. Der Satz: „die Verhältnisse müssen sich entwickeln“, wird vielfach so aufgefaßt, als ob sie sich außerhalb der Menschen entwickeln, während es doch vielmehr gerade die Handlungen der Menschen sind, die sie entwickeln. In der bereits zitierten Stelle (S. 49 seines Buches) sagt Sombart ganz richtig: „Die Geschichte ist . . . der organische Umbildungsprozess der Machtverhältnisse, der im steten Kampfe der entgegengesetzten Interessen sich vollzieht.“ Die Macht-Verhältnisse, das ist die Verteilung der Macht zwischen den verschiedenen Klassen. Ausgeübt wird diese Macht natürlich von Menschen. Und „ungebildet“ werden diese Verhältnisse durch den „steten Kampf der entgegengesetzten Interessen“, der natürlich wiederum von Menschen geführt wird. Die Macht, oder sagen wir einmal, die größte Macht befindet sich im Besitze einer Klasse, in deren Auftrag und Interesse sie ausgeübt wird von einzelnen Personen; es liegt nun ohne weiteres auf der Hand, daß die andere

Klasse danach streben muß, ihr diese Macht zu entreißen. Mit einem Wort: „Entwicklung“ im geschichtsphilosophischen Sinne bedeutet den von Menschen geführten Kampf der Klassen um den Besitz der Macht. Die soziale Umwälzung kann allerdings nicht willkürlich herbeigeführt werden, wenn es den Führern einer Klasse gerade gut dünkt, sondern sie kann nur eintreten, wenn die Zustände „reif“ dafür sind, d. h. mit anderen Worten, wenn die Macht zwischen den Klassen so verteilt ist, wie es nicht mehr der alten, sondern der neuen Ordnung der Dinge entspricht. Aber diese neue Verteilung der Macht kommt nicht von selbst, sondern sie muß von den Menschen der aufstrebenden Klasse erkämpft werden. Die Tätigkeit der Menschen ist das wichtigste und unentbehrlichste dabei.

Es handelt sich nicht nur um den Besitz der Macht, sondern auch um ihre Ausübung. Kein Zweifel, daß z. B. im heutigen Deutschland die tatsächliche Macht im Besitz der Bourgeoisie sich befindet. Aber aus Gründen, die uns hier nicht interessieren, überläßt sie die Ausübung der Macht dem Junkertum. Wie schlecht die Bourgeoisie dabei fährt, das wissen wir. Die Ausübung der Macht nun, das ist die eigentliche Aufgabe des Staates und seiner Politik. „Die politische Gewalt im eigentlichen Sinne ist die organisierte Gewalt einer Klasse zur Unterdrückung einer anderen“, heißt es im kommunistischen Manifest. Damit ist schon klar und deutlich ausgedrückt, wie wichtig es ist, nicht nur die tatsächliche Macht in den Besitz des Proletariats zu bringen, was hauptsächlich durch die allmähliche — ebenfalls von Menschen bewirkte — wirtschaftliche Umänderung geschieht, sondern auch deren politische Ausübung an sich zu reißen, mit anderen Worten: die politische Macht zu erobern.

Dazu kommt noch eins. Ist bisher die Aufgabe des Staates politischer Natur, so soll sie in Zukunft eine ganz andere werden. Das Wesentliche am Sozialismus ist bekanntlich, daß er die Produktion, die Herstellung der Güter als eine öffentliche Angelegenheit, als Aufgabe der Gesellschaft ansieht und ihr überweisen will. Der „Staat“ im eigentlichen Sinne des Wortes ist nicht imstande, eine solche Aufgabe zu erfüllen. Denn nach der heute noch herrschenden Anschauung ist die Produktion eine Privatangelegenheit, weil sie nur der Profitverwertung dient. Der „Staat“ in seiner heutigen Form ist dasjenige Organ, welches die Macht der herrschenden Klasse ausübt, und seine ganzen Institutionen sind auf diesen speziell politischen Zweck eingerichtet. (Daß ihm trotzdem schon heute mehr und mehr wirtschaftliche Aufgaben überwiesen werden, daß er tatsächlich schon einen Teil der Produktion hat übernehmen müssen, beweist nur, daß die Entwicklung nicht still steht. Dank seiner rein auf das Politische gerichteten Organisation ist er diese Aufgaben ja auch schlecht genug.) Aus dem heutigen „Staat“ will und muß die Sozialdemokratie ein Organ machen, das — wie unsere französischen Genossen es ausdrücken — nicht mehr der „Regierung“ über Personen, sondern lediglich der „Verwaltung der Sachen“ dient. D. h. ein Organ, welches die Produktion der Güter besorgt. An Stelle der politischen Aufgaben soll das Gesellschaftsorgan, das man heute „Staat“ nennt, lediglich wirtschaftliche Aufgaben erfüllen, wozu es selbstverständlich einer vollkommenen Umformung bedarf. Es ist klar, daß auch zum Zweck dieser Umformung das Proletariat dieses Organ, nämlich den Staat, erst in der Hand haben muß, so daß auch von dieser Seite her die Eroberung der politischen Macht, die „Diktatur des Proletariats“ eine Aufgabe ist, welcher die Arbeiterbewegung nicht aus dem Wege gehen darf.

Die russische Revolution.

Anarchische Zustände.

Wenn der Leser eine russische Zeitung öffnet, so wird er förmlich überschüttet von massenhaften Nachrichten über Mord, Raub, Plünderung, Einbrüche, Gewalttätigkeiten jeder Art. In jeder Zeitung sind mehrere Spalten mit solchen aus allen Teilen Russlands kommenden Meldungen gefüllt. Eisenbahnzüge, Postwagen, Züge werden überfallen, in Bankhäusern, Monopolläden, Kontoren, Privathäusern wird eingebrochen, auf den Verkehrsweegen herrschen Zustände wie zur Zeit des Faustrechts. Es sind nur wenige revolutionäre Organisationen und nur in der Minderzahl der Fälle an solchen Raubzügen beteiligt. Im allgemeinen haben alle gemeinen Räuber und Diebe jetzt ein gutes Operationsfeld. Von den politischen und Agrarunruhen sehen wir dabei ganz ab. Von der Regierung, den Strafexpeditionen, den schwarzen Banden, der Polizei, den Kosaken geht die Anarchie aus, und alles, was rauben und plündern will, benützt den von der Regierung geschaffenen Bürgerkrieg, um sich auszutoben. Die schwarzen Banden und Kosaken morden und rauben; darum tun die gemeinen Verbrecher dasselbe. Die Regierung unterdrückt jeden Versuch des Volkes, sich selbst zu organisieren; sie führt eine rein zerstörende Tätigkeit. Die Regierung selbst kann aber nichts organisieren. Sie kann nur den Bürgerkrieg führen, nur schießen, verhaften, unterdrücken. Die normalen Funktionen einer Regierung auszuüben ist sie unfähig geworden. Sie ist eine kriegsführende Partei mitten im Bürgerkrieg; sie ist keine Regierung mehr.

Der bekannte Radetk Stilman (der allerdings die anti-revolutionäre Stimmung der Radettenpartei, ihren Wunsch nach einer bürgerlichen Reformpolitik teilt) schreibt im „Towarisch“ (17. August): „Die Tage vergehen, und das durch die Dumaauflösung geschaffene Bild wird immer deutlicher. — Die Anarchie hat in drei Wochen denselben Weg durchgemacht wie früher in mehreren Monaten. — Die persönliche und die den Machthabenden so teure Eigentums-

Sicherheit wird eine Vergangenheitsmär. — Wir stehen vor solchen Erscheinungen, gegen die alle volkswirtschaftlichen Heilmittel, verstärkter und außerordentlicher Schutz, Kriegs- und Belagerungszustand, völlig machtlos sind.“ Die Moskauer Professorenzeitung „Russkaja Wedomosti“ (19. August) schreibt: „Wir haben vor uns das Bild eines so vollständigen Chaos, einer so vollkommenen Entfesselung aller elementaren Leidenschaften, daß die weiteren Geschicke Russlands, wenn alles auf demselben Wege und in demselben Tempo sich fortentwickelt, eine solche Finsternis, einen solchen Schaden bieten werden, wie sie die Geschichte noch nicht kennt. — Volle Straflosigkeit der Mordtaten, Raubtaten und Ueberfälle, d. h. volle Machtlosigkeit der Regierung, ihr Bankrott, und gleichzeitig eine außerordentlich rege Tätigkeit derselben Regierung im Unterdrücken der Zeitungen, Versammlungen, Verbände, im Aufserlegen von Geld- und Gefängnisstrafen, von Verschöpfung, von Todesurteilen — diese sind die Nachrichten, die immer häufiger und gewöhnlicher werden.“

Die Anarchie wächst, die Agrarunruhen wachsen. Gleichzeitig breitet sich die gewerkschaftliche Bewegung über immer größere Bevölkerungsmassen aus. Auch in entlegenen Provinzorten reißt die Arbeiterkraft schnell in solchen Zeiten. Die revolutionären Parteien sind durch die erlittenen Schläge nicht ihrer Macht beraubt worden; im Gegensatz zu der zitternden und tödlich erschrockenen Bourgeoisie leben sie der Zukunft kampfbereit entgegen. Der steigenden Blut steht das Ministerium machtlos gegenüber. Täglich beraten die Minister und Höflinge . . . ergebnislos. Wieder wird mit Gutschkow u. a. verhandelt . . .

Die Regierung denkt indes ihre zerstörende Tätigkeit noch zu steigern. Der „Russ. Kurier“ behauptet, daß ein Projekt neuer Unterdrückungsmaßnahmen erwogen wird, das etwa folgendes vorsehe:

Für die revolutionären Gewaltakte soll in erster Linie die Dreißigköpfigkeit zur Rechenschaft gezogen werden, in jedem Polizeirevier, in dem ein Attentat geschehen ist, soll eine Geldstrafe verhängt werden, deren Höhe von Fall zu Fall festzusetzen und im Wiederholungsfall zu verdoppeln ist. Am Tatort und in dessen weiterer Umgebung sind Verhaftungen in großem Umfang vorzunehmen und Beweise oder Geständnisse mit allen Mitteln von den Häftlingen zu erzwingen. Wenn aber, wie dies z. B. in Warkau der Fall war, das systematische Ermorden der Polizeibeamten fortgesetzt wird, so soll auch nicht davor zurückgeschreckt werden, aus der Zahl der „Nebelgansschnecken“ („Unzuverlässigen“) der betreffenden Ortsverwaltung Geiseln zu nehmen und sie so zu behandeln, wie dies General Rennenkampf bei der Unterdrückung der revolutionären Umtriebe in den sibirischen Städten mit Erfolg getan hat, also im Bedarfsfälle einen oder mehrere Geiseln den schärfsten Verstrafungen zu unterziehen eventuell auch solche hingerichten, und zwar entsprechend der Zahl der ermordeten Polizeibeamten. In den russischen Regierungskreisen trägt man sich sogar mit dem Gedanken, nötigenfalls mehrere örtliche Diktaturen in Russland zu errichten und die Diktatoren mit den weitgehendsten Vollmachten auszustatten, um die revolutionären Gewaltakte entsprechend zu beseitigen.

Das Projekt liest sich wie ein Produkt höllischer Phantasie. Unschuldige sollen büßen für die Taten der Revolutionäre! Es ist das Eingeständnis höchster Hilflosigkeit und absoluter Vertierung. Aber wer wollte behaupten, daß die Nachricht deshalb unglücklich sei!

Die Agrarunruhen.

Die Agrarbewegung ist jetzt im schnellsten Wachsen begriffen. Die Ausbrüche mehren sich aufs Neue. Die Ernte der Herren wird von den Bauern geraubt. Die Obstdörfer der Güter werden ausgeplündert. An die Wirtschaftsgebäude wird Feuer gelegt. Wieder mehren sich die Fälle von Ausplünderung und Niederbrennen der Herrensitze. Die Unruhen breiten sich über neue Gebiete aus (Wladimir, Wjatka). Die „Swobodnaja Schin“ (19. August) meldet: „Wie uns mitgeteilt wird, erhält der Bauernverband täglich immer drohendere Meldungen von der stürmischen Erregung der Bauern. Das ganze Wolgagebiet, die Ukraine (Meinrußland), der nördliche Teil Transkaukasiens sind von der Gärung ergriffen. In den anderen Gegenden ist die Stimmung eine gehobene.“ Am ruhigsten geht es dort zu, wo die ländlichen Streiks zur Erzielung hoher Arbeitslöhne geführt haben. — Die Antwort auf die Unruhen sind neue Repressalien. Es kommen wieder Nachrichten von blutigen Zusammenstößen. „Russkaja Wedomosti“ (19. August) bringen ausführliche Meldungen über die Unruhen in Salamitino, Gouvernement Saratow. Zwei Personen wurden von den Soldaten auf der Stelle getötet, ungefähr 30 verwundet. Wieweil führen die Unruhen zu Organisationsversuchen der Bauern: im Kreise Wetluga, Gouvernement Kostroma, ist das Bestreben vorhanden, einen „Bauern-deputiertenrat“ zu wählen.

(Towarisch, 21. Aug.) An Personen vergehen sich die Bauern gewöhnlich nur dann, wenn sie stark provoziert werden. In Ufscha, Gouvernement Winsk, hat der junge Fürst Swiatopolk-Mirski, Sohn der Kaiserin, ein 18jähriger Jüngling der Rechtschule, selbst an der Spitze der Strafnikis die Bauern, Männer und Frauen mit Knäueln durchgepeitscht; in derselben Nacht wurde der Herrschaft der Fürstin niedergebrannt und der junge Fürst entkam nur durch die Flucht dem Vornerrichter. (Dieselbe Zeitung.) Die beherrschenden Verhättnisse gestalten sich wieder bisweilen äußerst grausam. In den Kreisen Feodosia und Simpheropol (Krim) erschien eine Strafexpedition von Inguschen (aus dem Kaukasus stammende Krieger); man sah auf den Wegen Scharen fliehender Frauen, die wie wahnsinnig laut schrien, und galoppierende Fuhrten mit Flüchtlingen, die Ungeheures von der Grausamkeit der Inguschen erzählten; diese Kriegsmänner der Regierung waren betrunken, sie verschonten sogar nicht die Säuglinge, sie verewaltigten die Frauen, sie verstümmelten die Männer; ins Krankenhaus von Karosubasar wurden eine Frau und ein Mann gebracht, denen der Leib aufgeschlitzt war und die noch andere Wunden aufwiesen. (Dieselbe Zeitung.) Das ist „Pazifizierung“.

Arbeiterbewegung.

In Moskau hat sich ein Verband der Friseur, in Petersburg ein Verband der Zeichner gebildet. Ungeachtet der Verfolgungen existieren die geschlossenen Verbände faktisch weiter.

Unter den Arbeitern werden viele Verhaftungen vorgenommen. Zahlreiche Arbeiter werden aus Petersburg ausgewiesen. In den Fabriken, besonders in den staatlichen, werden Arbeiter entlassen aus politischen Gründen. Jede Nummer des „Tawariš“ ist voll Nachrichten über solche Entlassungen. Die Unternehmer benutzen die Zeit, um die Löhne (besonders Akfordlöhne) zu drücken.

Die Finanznot.

Petersburg, 24. August. (Russ. Korr.) Um die Finanznot zu bekämpfen und ausländisches Geld herbeizuziehen, wird in der Regierung der Plan ventilirt, die Reichsbank in eine Aktienbank umzuwandeln bei Begebung von 600 Millionen Rubel in Aktien. Der Plan, der mit ausländischen Bankiers bereits besprochen worden, erregt den größten Unwillen der intelligenten Kreise, die die Auslieferung des Nationalgeldinstituts an das Ausland verabscheuen. Zweifelloser würde nach dem Urteil hervorragender Politiker ein solches Vorgehen die Zustimmung seiner künftigen Duma finden.

Ein neuer Mann?

Petersburg, 24. August. (Russ. Korr.) Von hohen Bureaukraten wird die Stellung Stolypins als schwankend bezeichnet. Sein Vorschlag, den Wahltermin der neuen Duma festzusetzen, wurde vom Jaren zweimal abgelehnt. Stolypin wird wahrscheinlich durch den Oberstaatsminister Wassiljtschikoff, einen ausgesprochenen Reaktions- und Antifeministen, sowie Gegner der ernsten Agrarreformen ersetzt werden. Noch vor vier Jahren hat Wassiljtschikoff öffentlich in einer Versammlung vorgeschlagen, auf Witte einzuwirken, daß die Bauern-Agrarbank kein Land zum Wiederverkauf an Bauern aufkaufe.

Eine neue Militärkammer.

Odesa, 24. August. (W. L. V. Von einem besonderen Korrespondenten.) In dem Sommerlager von Morosowka bei Odesa haben sich Unruhen ereignet, das 11. und 12. Sappeurbataillon meuterten; sie versammelten sich unter Abführung der Marschälle zu einem politischen Meeting und faßten den Beschluß, auf Anordnungen und Revolutionäre nicht zu schießen. Offiziere, die auf Anordnung der Militärbehörde in der Versammlung erschienen, wurden mißhandelt.

Satrapenpolitik in der Provinz.

Als ein Muster der schamlosen und herausfordernden Politik der örtlichen Satrapen, welche gegenwärtig mit fast unbefchränkter Machtbefugnissen in den meisten Gouvernements, Kreisen, Gebieten und Nihilands herrschen (wie Generalgouverneure, Stadthauptmänner usw.), führen wir Auszüge aus dem Erlaß des Odesaer Generalgouverneurs Karangosow vom 13. August an.

1. Die Streibewegung wird dadurch gefördert, daß die Unternehmer häufig für die Dauer des Streiks die Löhne auszahlen. Die Unternehmer, bei welchen Arbeiter gestreikt haben, werden, falls sie den Arbeitern für die Dauer des Streiks die Löhne auszahlen, administrativen Strafmaßregeln unterzogen werden, das Schließen der ihnen gehörenden Unternehmen einbezogen.

2. Die Personen, welche von Anarchisten, Kommunisten und sich auch anders nennenden Räubern überfallen werden, erfüllen bisweilen die Forderungen dieser Räuber, geben ihnen Geld und unterlassen es bisweilen auch, der Polizei die Missetäter anzuzeigen. Solche Personen werden künftig im Höchstmaß administrativ bestraft werden, wie Helfershelfer. Jeder Bürger soll gedenken, daß er das Recht hat, mit bewaffneter Hand sich und andere gegen Angriffe auf Person und Eigentum zu verteidigen.

3. Die Ueberfälle auf Handelshäuser und Druckereien, die Blätter oder das Drucken verbotener Auftrufe bezwecken, werden bisweilen mit Erfolg gekrönt, indem die Polizei wegen der mangelhaften Signalisierung nicht rechtzeitig verständigt worden war. Alle Besitzer von Handelshäusern und Druckereien werden verpflichtet, genügende Signalisierung einzurichten.

4. Die Presse hat zur Aufrechterhaltung der Bevölkerung beigetragen, indem sie durch eine solche Beleuchtung die Regierungsmassnahmen und auch durch Zusammenfragen von allerlei Gerüchten, falschen Nachrichten und tendenziösen Erfindungen aus der regierungsfreundlichen Presse Ursache gesetzt hat. Es sind nur darum nicht alle solche Prehorgane unterdrückt worden, weil sie für unschuldige Arbeiter und andere Arbeiter als Erwerbsquelle dienen. Ich mache die Druckereiarbeiter darauf aufmerksam, daß sie, so weit möglich ist, selbst die Leiter der Presse beeinflußen sollen und auch dessen bewußt sein sollen, daß, wenn sie eine tendenziöse Kritik oder Korrespondenz setzen oder drucken, sie sich selbst und ihre Familien der Erwerbsquelle berauben, indem sie die administrative Wahrgelung der Zeitung nötig machen. Die Druckereiarbeiter sollen die Presse von revolutionären Äußerungen abhalten, um nicht selbst brotlos zu werden.

Soweit Karangosow. Klingt es nicht wie Hohn, daß er, der die Bürger entwaffnete, die sich gegen die Schwarze Bande verteidigten, jetzt von ihnen fordert, sie sollen die Waffen gebrauchen, und daß er, der gegen jeden Streik vorgeht, von den Druckereiarbeitern fordert, sie sollen die Zensur der Zeitungen ausüben?

Tragödie im Moskauer Butyzi-Gefängnis.

In den russischen Gefängnissen sind furchtbare, tragische Ereignisse, die durch die unmensliche Behandlung der Gefangenen verursacht werden, eine häufige Erscheinung. Am 16. August spielte sich im Butyzi-Gefängnis eine derartige Tragödie ab. Die kranken Politischen im Lazarett beklagten sich über die dort herrschenden Zustände. Der Gefängnisinspektor kam, es wurde aber bei ihm nichts erreicht, so daß er von den Kranken angegriffen wurde. Als Strafe dafür wurden den Kranken die Selbstbestrafung, die Spaziergänge und die Besuche ihrer Angehörigen geraubt; Soldaten wurden im Lazarett aufgestellt. Alle Politischen, die kranken und die gesunden in den Einzelzellen und in den gemeinsamen Kammern, protestierten, aber ohne Erfolg. Dann griffen sie zur Obstruktion: Sie sangen und klopften. Soldaten wurden darauf in die Gänge und Höfe des Gefängnisses geführt; der Offizier Senlawski ließ auf die wehrlosen Gefangenen durch die Fenster und Türen feuern. Zwei Politische wurden getötet. („Tawariš“, 19. August.)

Die Pressefreiheit.

Der sozialdemokratische Schriftsteller Pribaldosowitsch Roskow, der als ehemaliger Redakteur der sozialdemokratischen Zeitung „Swetotšch“ verfolgt wurde, wurde am 21. August in Moskau zu einem Jahr Festungshaft verurteilt.

Das Wüten der Reaktion und die Arbeiter.

Aus Riga wird und geschrieben: Während das Landvoll unter den Folgen des Kriegszustandes anfänglich zu leiden hat und immer von neuem auftauchende Strafexpeditionen die Bauern in Schreden halten, hat man sich in den Städten an die läglichen Hausjudungen, an die Massenarreste und demontierten Zusammenstöße so ziemlich gewöhnt. Die Gefühle sind so abgestumpft, daß man über den Tod einzelner Personen kaum noch aufregt. Wie wenig Eindruck auf die Arbeiterschaft all die bluttriefenden obligatorischen Verordnungen der Generalgouverneure machen, dafür hat die Streibewegung der letzten Wochen ein sprechendes Beispiel geliefert.

Trotz der vermehrten Patrouillen, die Tag und Nacht die Arbeiterviertel durchstreifen, gelang es doch überall eine Unmasse Flugblätter zu verbreiten, und in einigen Quartieren waren die Schaulente fortwährend damit beschäftigt, die Straßengänge zu „reinigen“. Auch der Wiborger Ausruf prangte während der letzten Tage in russischer Sprache an den Straßengängen Rigas und Libaus. Ich sah, wie einige Beamte verhaftet wurden, die ihn abschrieben. — Von den russischen Blättern ist in Riga nur noch die „Kowoje Wremja“ zum Verkauf aufgestellt. Das Konfession der vier reaktionären deutschen Blätter muß sich noch immer mit der gemeinsamen Ausgabe eines kleinen Nachrichtenblattes begnügen. Die Buchdrucker haben die baltischen Provinzen von dem blutigen Geifer der „Duna-Zeitung“ befreit. Am 2. August hat die baltische Gesellschaft der deutschen Buchdruckerbesitzer ihrerseits noch einmal

den früheren Beschluß bestätigt und alle Forderungen der Buchdrucker abgelehnt. Die Forderungen der Straßenbahner, der Brauereiarbeiter und einiger kleineren Fabriken sind teilweise bewilligt worden und die Arbeit hat in diesen Fabriken wieder begonnen. Von neuem sind in den Ausstand getreten: die Bauarbeiter, die Arbeiterinnen der Kartonnagefabrik Kaplan und der Schiefertafelfabrik des Herrn Wickelohn. Die Gesamtzahl der Streikenden erreicht noch immer die Zahl 10 000. In Libau ist der Streik in der Draht- und Eisengießerei Boder u. Co., in der Kapselfabrik und auf der elektrischen Straßenbahn von Erfolg gekrönt gewesen. Ueberhaupt war die Arbeiterschaft der baltischen Städte jeden Augenblick bereit, in den Generalausstand zu treten, wenn nur die Aufforderung dazu erfolgt wäre. Hier und da mußte das örtliche sozialdemokratische Komitee direkt die Streikwut der Arbeiter brechen, um einem vorzeitigen Generaustreik auszuweichen. Aus allem sieht man aber, daß der Kriegszustand, die Strafexpeditionen und die Todesurteile den Kampfesmut des Proletariats nicht gebrochen haben.

Nach den Ereignissen in Sveaborg, Kronstadt und Rebal hat man auch in Riga und Libau mit der Säuberung der Flotte begonnen. Am 3. August wurden die Verhandlungen gegen die Matrosen der Festung Dünamünde, die des Versuches der Uebergabe der Festung im Dezember an die Revolutionäre angeklagt waren, beendet. Sechs Unteroffiziers wurden zur lebenslänglichen Anfechtung in Sibirien verurteilt, die 17jährige Chaja Finkelschein und ein weiterer Matrose freigesprochen. In Libau sind außer den 68 Matrosen des Schulschiffes „Riga“ noch 30 Matrosen verhaftet worden. Am 3. August wurde daselbst der Revolutionär Purin, den das Mikausche Kriegsgericht zum Tode verurteilt hatte, erschossen.

Sonstige Meldungen.

Karwa, 24. August. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) 6000 Arbeiter der Arenholmer Tuchfabrik sind in den Ausstand getreten, weil die Direktion ihre Forderungen abgelehnt hatte. Die Fabrik ist geschlossen.

Warschau, 24. August. (Von einem besonderen Korrespondenten.) Gestern nacht wurde das Stationsgebäude in Otmocz bei Warschau durch bewaffnete Räuber überfallen. Ein Lokomotivführer wurde getötet. Es gelang mehrere der Räuber zu verhaften.

Warschau, 24. August. (Von einem besonderen Korrespondenten.) Auf einen Transport Gefangener wurde von einer Bande von 50 Mann ein Ueberfall ausgeführt, der jedoch mißlang.

Moskau, 23. August. Mehrere bewaffnete junge Leute überfielen heute die Kasse der Güterstation der Kasanbahn und raubten 14 000 Rubel. Bei der Verfolgung der Täter, denen es gelang zu entkommen, wurden zwei Personen aus dem Publikum verletzt.

Kiew, 23. August. Auf der Station Smjela überfielen fünf mit Revolvern bewaffnete Personen den Stationschef und raubten aus der Güterkassette 1700 Rubel. Der Stationschef und ein Reisender wurden verletzt.

Odesa, 23. August. (Von einem besonderen Korrespondenten.) Vertreter der Regierung sowie der Stadt arbeiten Maßnahmen aus, um die Stadt vor bewaffneten Ueberfällen zu schützen. Für Reinigung der Hausbesitzer werden Tagewachen in den Straßen eingeführt.

Helsingfors, 24. August. Auf der Insel Utterö wurde von Strandwächtern ein großes Lager Gewehre und Munition entdeckt und beschlagnahmt. — Aus dem Wästermagazin der Eisenbahnstation Masaby wurde eine Sendung von für die Bürgerwehr bestimmten Gewehren gestohlen.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 23. August.

Die schwarze Parade.

n. Essen, 23. August. (Sig. Ber.)

Heute, am letzten Tage, hielt die Katholikerversammlung großes Aufräumen. In der geschlossenen Generalversammlung wurden im Eilzugtempo einige Duzend Anträge erledigt, darunter auch die des Ausschusses für die soziale Frage — mit jener Aufmerksamkeit, die Leuten mit dem Weisloffer in der Hand eigen zu sein pflegt. Immerhin bot die letzte geschlossene Generalversammlung insofern einiges Interesse, als sich hier zum erstenmal auf einem Katholikentage eine Frau als Rednerin zeigte. Es lag ein Antrag vor auf Schutz der Heimarbeiterinnen, der die Mitunterschrift von Fräulein Barbara Graf, Sekretärin des Vereins deutscher Arbeiterinnen (München-Grubbad) trug. Die Genannte hatte auch schon im Ausschuss das Wort ergriffen, und heute, in der geschlossenen Versammlung, beantragte der Vorsitzende des sozialen Ausschusses, den Antrag durch Fräulein Graf begründen zu lassen. Er fand Widerspruch beim Präsidium, das auf die Statuten des Katholikentages hinwies, die Frauen von der Mitgliedschaft und demzufolge auch von der Teilnahme an den Verhandlungen ausschließen. Endlich kam man überein, Fräulein Graf als „Gastarbeiterin“ zu hören; in dieser Eigenschaft erhielt die Dame dann auch das Wort. Zum erstenmal, hat also, wenn auch unter Vorbehalten, eine Frau auf einem Katholikentage gesprochen; nicht lange mehr und wir werden das bis dahin unerhörte Schauspiel erleben, daß auch in den großen Paradedebatten sich ein weiblicher Redner zeigt. Der Merkantilismus ist zu allem fähig — wenn es nicht anders geht!

Jung Erberger, der sich, sichtlich gehoben im Bewußtsein, der Träger eines dergleichen Namens zu sein, an allen Ecken und Enden des Katholikentages dem bewundernden Volke zeigte, kam ebenfalls heute zu Wort. Er hatte ohne Zweifel das Bedürfnis, zu beweisen, daß er nicht nur Kolonialhandale aufzudecken und der Regierung Verlegenheiten bereiten kann, sondern trotz alledem ein loyaler Mann ist, und so sprach er denn der Kaiserin den Dank des Katholikentages aus für das Interesse, das sie dem traurigen Lose der Heimarbeiterinnen zuwendet. Im übrigen meinte Herr Erberger, daß für die Heimarbeiterinnen vor allen Dingen die Hilfsmittel der christlichen Caritas von Bedeutung seien.

In seinem Schlusswort wies der Vorsitzende des Ausschusses für soziale Fragen, der Zentrumsagrarier Herold (H), darauf hin, daß heute Beschluß gefaßt seien für alle Berufsstände ohne Ausnahme. Arbeitgeber und Arbeitnehmer hätten zusammen in dem Ausschusse getagt und in voller Harmonie und Einmütigkeit ihre Beratungen gepflogen. Daraus ergebe sich, daß die sozialen Schwierigkeiten an erster Stelle gelöst werden könnten durch die katholische Religion, in Betätigung der Grundsätze der christlichen Nächstenliebe. Die wichtigsten Anregungen seien hier gegeben worden, mit deren Verwirklichung ein großes Stück der sozialen Schwierigkeiten erledigt werden könnte.

Man hätte denken sollen, daß der „Arbeitervertreter“ Giesberts, der in der letzten öffentlichen Versammlung über die Betätigung des Katholiken in der sozialen Bewegung der Gegenwart redete, so viel Ehrlichkeit und Selbstständigkeit gehabt hätte, um die Art, in der in Essen die Arbeiterfrage behandelt worden war, zurückzuweisen, oder daß er, wenn sein Mut dazu nicht langte, nun wenigstens seinerseits die Wünsche und Forderungen der Arbeiter, die selbst im christlichen Lager erhoben werden, gebührend in den Vordergrund gerückt hätte. Aber nichts von alledem. Herr Giesberts trug nicht umsonst den Grad, das Gewand der guten Gesinnung und des Wohlverhaltens. Er hielt seine bekannte Rede über die Bedeutung und Notwendigkeit der christlichen Arbeiterbewegung, die zwar Gleichberechtigung für den vierten Stand forderte, aber sich freihalten wollte vom Klassenkampf, um mit allen Berufsständen für das allgemeine Wohl einzutreten und mit allen denselben, die sich zu Christo bekennen, die

große Kulturmission des Christentums verwirklichen zu helfen. Er sang ein langes Loblied auf die katholischen Arbeitervereine, die zur Pflege der religiös-stilligen Bestrebungen und zur Aufführung über die sozialen Zustände heute nötiger denn je seien; er feierte den katholischen Volksverein als Vereinigung der Katholiken aller Stände, fand aber nicht den Mut, die christlichen Gewerkschaften gegen die scharfmäckerischen Angriffe zu verteidigen. Er stellte fest, daß manche Vorwürfe erhoben würden gegen das Verhalten der christlichen Gewerkschaften — „ob mit Recht oder Unrecht“, so sagte er, „will ich hier nicht untersuchen“. Nichts hörte man von den Forderungen, die Herr Giesberts, wo er zu Arbeitern spricht, selber zu erheben pflegt; nichts von den Forderungen, die andere Redner am Sonntag vorher in den Arbeiterversammlungen gestellt hatten. Im Loyalitätsrad war ihm das höchste Maßmaß, das ihm die Unterordnung unter die Zentrumspolitik gelassen hat, vollends abhanden gekommen. Der Mann kann es noch weit bringen. Einen angemessenen Abschluß fanden die Verhandlungen des Essener Katholikentages in der Rede des Trierer Seminarprofessors Einig über Offenbarungsglauben und Wissenschaft. Mit Gründen, die ihr Gewicht mehr aus der Kraft der Lungen als aus der des Geistes erhielten, versuchte er zu beweisen, daß sich Gott und der Offenbarungsglaube mit dem modernen Menschen und seiner Wissenschaft wohl vereinigen lasse. Er polemisierte gegen Nietzsche, Haedel, Hebel und andere „Apostel des modernen Unglaubens“. Hebel beabsichtige die Menschheit durch den Darwinismus zum Sozialismus, durch den Atheismus zum Anarchismus zu führen. Die Kirche fürchte von der Wissenschaft nichts für ihren Glauben; wenn eine päpstliche Kongregation Galilei verurteilt habe, so sei das nicht aus Haß gegen die Wissenschaft geschehen, sondern aus der Beforgnis, daß die noch nicht völlig erwiesene Lehre Galileis von Uebelwollenden gegen den Glauben ausgebeutet werden könne.

Witten in diese Offenbarungen ultramontanen Geistes fiel der Blodenschlag der Mittagsstunde. Der Präsident unterbrach, die Versammlung erhob sich zum Gebet, Kardinal Fischer sprach von „Engel des Herrn“.

Nachdem der Trierer Professor unter dem üblichen minutenlangen Weisfall seine Rede beendet hatte, hielt Kardinal Vannutelli noch eine lateinische Ansprache, Herr Gröber redete einige Schlussworte — und die 53. Generalversammlung der Katholiken Deutschlands ging auseinander.

Der nächste Katholikentag ist in Würzburg, zu dessen Empfehlung Herr Viktorius Gerfenberger unter anderem anführte, daß es dort einen besonders guten Tropfen gebe.

Auch der Tagungsort des übernächsten Katholikentages ist festgesetzt: Düsseldorf, im Herzen des industriellen Rheinlands. Die soziale Frage, die in Essen bereits zu einem guten Stück gelöst worden ist, soll in Düsseldorf ihrer endgültigen Lösung entgegengeführt werden.

Der „Avanti“ über die Zusammenkunft in Cronberg.

Rom, den 20. August.

Im heutigen „Avanti“ beschäftigt sich Arturo Labriola an leitender Stelle mit der Zusammenkunft in Cronberg. Der Artikel konstatiert zunächst, daß die alten Gründe des Zwiespalts zwischen Deutschland und England keineswegs verschwunden sind. Der Interessenwiderstreit der beiden Mächte in der Balkanhalbinsel, in Kleinasien, in Afrika, auf dem ganzen Weltmarkt dauert fort. Auch politisch befinden sich beide Länder in schärfstem Gegensatz: demokratisch das eine, während das andere sich immer mehr zur Militärdiktatur „zurückentwickelt“. Was bedeutet nun dieser Besuch, nachdem König Eduard so oft und so hartnäckig den Gelegenheiten eines Zusammenkommens mit seinem Neffen aus dem Wege gegangen ist? England hat seit einiger Zeit seine alte Politik, die sich mit den europäischen Verhältnissen nur beschäftigte, soweit die balkanische Frage im Spiel war, aufgegeben. Die Abmachung mit Frankreich in der Marokkofrage war der erste offizielle Schritt auf diesem Wege, die Zusammenkunft in Cronberg ist der zweite.

Der Autor forscht dann nach den Ursachen dieses Wandels in der äußeren Politik Englands und findet sie in der doppelten Bedrohung, die die Hegemonie des Inselreiches durch die Vereinigten Staaten und durch Deutschland erfährt. Die Vollendung des Panamakanals sichere Nordamerika das industrielle Monopol auf dem ganzen Stillen Ozean und den östlichen Küsten Südamerikas und wird der englischen Handelsmacht den schwersten Schlag zufügen. Gleichzeitig bedroht Deutschland das englische Einfluß in Kleinasien und in Persien. Darum hat England seine isolierte Stellung aufgegeben und bescheiden Platz genommen im Kreise der europäischen Mächte. In dieser neuen Phase hat das Inselreich zunächst eine auffallend deutschfeindliche Haltung gezeigt. Die „entente cordiale“ mit Frankreich und das Bündnis mit Japan sind besonders als ein Wall zu verstehen, den England dem vordringenden deutschen Imperialismus entgegenstellt. Daß diese ostentativ deutschfeindliche Haltung der englischen Diplomatie nicht angehalten hat, daran ist nach Labriola der Umschwung der öffentlichen Meinung in England schuld, der im Zusammenhange steht mit dem Siege der Liberalen bei den letzten Wahlen. Eine lebhafteste Besorgnis für „Frieden auf Erden und den Menschen ein Wohlgefallen“ hat sich der englischen Bourgeoisie bemächtigt, in offener Reaktion gegen den Chamberlainischen Imperialismus. Dieser Stimmung hat König Eduard Rechnung tragen zu müssen geglaubt und hat es deshalb für gut befunden, nicht noch einmal durch Deutschland zu reisen, ohne eine Zusammenkunft mit seinem Neffen zu haben.

Wenn sich so Englands Verhalten erklärt aus dem inneren Zustand des Inselreiches, so erklärt sich der Umstand, daß auch Wilhelm II. auf die Zusammenkunft einging, aus den Besorgnissen vor Komplikationen an der russischen Grenze. Der deutsche Hof, meint Labriola, blicke mit großer Sorge auf Rußland. Warum soll man, in so drohender Stunde, die Spannung mit England aufrecht erhalten, wenn man sie mit einer friedliebenden Gestalt und Präse momentan los werden kann, ohne daß Deutschland darum einen Augenblick aufzuhören braucht, in seinen Arsenalen neue Kriegswerkzeuge zu schmieden?

Deutsches Reich.

Die Probe auf das Exempel.

Herr Dr. Theodor Barth redet auch in der neuesten Nummer seiner „Nation“ dem Liberalismus wacker zu, sich mit der Sozialdemokratie zu einem Block der Linken zusammenzuschließen. Er schreibt:

„Man mag die Sache drehen und wenden, wie man will, man kommt über die Einsicht nicht hinweg, daß die Dinge in Deutschland einmal entwickelt haben, der Liberalismus — selbst bei weitester Auslegung dieses Begriffes — völlig außer Stande ist, allein aus eigener Kraft eine Wache zu schaffen, die auch nur die bescheidensten liberalen Reformen durchzuführen vermöchte. Wer nicht dauernd darauf verzichten will, ernstliche liberale Politik zu treiben, der muß dieser unbequemen Wahrheit sofort ins Gesicht sehen und sein politisches Verhalten danach einrichten. So gewiß es nun einerseits ist, daß auch eine Zusammenfassung aller liberalen Kräfte

Dem Liberalismus keine Mehrheit zu schaffen vermag, so gewiß ist es andererseits, daß schon heute der Gesamtliberalismus mit der Sozialdemokratie zusammen über eine große Mehrheit in der Bevölkerung verfügt. Auf die Kandidaten der gesamten Linken, mit Einschluß der National-Liberalen und der Sozialdemokratie, entfiel bei den letzten Reichstagswahlen ungefähr eine Million Stimmen mehr als auf die Kandidaten aller übrigen Parteien zusammengenommen. Wenn jene anderen Parteien trotzdem rund sechzig Mandate mehr besitzen als die gesamte Linke, so ist das eben nur dem Umstande zuzuschreiben, daß die Wahlkreis-einteilung im Reich allmählich zu einer Kardinalen Ungerechtigkeit geworden ist.

Man sollte meinen, daß angesichts dieser Konstellation der demokratische Liberalismus den einzigen Weg, der ihn zu politischem Einfluß und realer Macht führen kann, klar vorgezeichnet sähe. Er muß den Gesamtliberalismus zu demokratisieren versuchen. Nur ein Liberalismus, der sich sehr energisch demokratisch betätigt, hat eine Existenzberechtigung. Läßt er sich von dem demokratischen Boden verdrängen, so geht die Mission der Demokratisierung Deutschlands ausschließlich auf die Sozialdemokratie über; die demokratischen Elemente in der liberalen Wählerschaft werden zu bloßen Mitläufern der Sozialdemokratie, und der Rest wird genötigt, unter den Fittichen der Reaktion Unterschlupf zu suchen. Sozialistische Heißsporne prophezeien diese Entwicklung und erklären sie für unabwendbar und wünschenswert. Die Reaktionen aller Schattierungen arbeiten auch ihrerseits auf das selbe Ziel los. Das Kartell aller bürgerlichen Parteien, das Kartell der einen reaktionären Masse würde, indem es den Gegenangriff zur Sozialdemokratie verschärft, zugleich den Liberalismus für die Reaktion unschädlich machen. Vom reaktionären Interessenstandpunkt aus ist die Lösung natürlich die denkbar erstrebenswerteste, für den Liberalismus aber bedeutet sie die einfache Aufschaltung aus der realen Politik.

Der Freisinn könnte auf die Zimmung, ihn in ein Kartell aller bürgerlichen Parteien gegen die Sozialdemokratie einzubeziehen, nicht wirksamer antworten, als wenn er sich an die Spitze eines Kartells der gesamten Linken gegen das elendeste aller Wahlsysteme stellte.

Herr Barth hat die Frage durchaus richtig gestellt. Auch wir wollen keinen Zweifel darüber lassen, daß wir einen Entschluß des Liberalismus, gemeinsam mit der Sozialdemokratie gegen die preussische und deutsche Reaktion zu kämpfen, mit Freuden begrüßen und mit aller Kraft unterstützen würden. Der „demokratische“ Liberalismus mag also seine Truppen aufmarschieren und kundgeben, welche Heerhaufen er zu stellen gewillt ist. An den sozialdemokratischen Truppen soll's nicht fehlen! Es liegt also in den Händen des Liberalismus, den gemeinsamen Kampf gegen die Reaktion zu beginnen. Die Sozialdemokratie ist längst zum Angriff formiert! Am Liberalismus ist es ausschließlich, die Probe auf das Exempel zu machen.

Die Agrarier für ihren Bod.

Die „Deutsche Tages-Ztg.“ erlaubt nicht im Kampfe um ihren Bod. So sucht sie heute den Nachweis zu führen, daß Bod Wilows Nicht an die Deffenlichkeit nicht provoziert habe. Sie schreibt:

„Die Erklärung der „Nordd. Allg. Ztg.“ vom 18. August war vom Landwirtschaftsminister nicht „herausgefordert“ worden. Vorher hatte Herr von Poddolski lediglich erklärt, daß der Kaiser ihn nicht aufgefordert habe, ein Entlassungsgesuch einzureichen, und daß er ein solches Entlassungsgesuch nicht eingereicht habe. Diese Erklärung entsprach formell den Tatsachen. Ein Juwang, sie irgendwie zu widerlegen, lag nicht vor. Hielt man es aber für nötig, davon Mitteilung zu machen, daß der Landwirtschaftsminister in seinem Schreiben an den Reichskanzler diesen erwidert hatte, seinen Wunsch nach Entlassung aus dem Amte dem Kaiser zu unterbreiten, so konnte man mit der Veröffentlichung warten bis zum 20. August und unmittelbar an diese Mitteilung die zweite knüpfen, daß der Kaiser sich seine Entschliessung vorbehalten habe. Denn wäre der Landwirtschaftsminister nicht dazu veranlaßt worden, der ersten Erklärung die bekannte zweite entgegen zu stellen, dann wäre die unerquickliche Differenz vermieden worden.“

Die Agrarier nehmen also für ihren Bod gegen den Reichskanzler Partei. Wilow wird sich dadurch freilich nicht anfechten lassen. Er besitzt für solche Angriffe die von ihm selbst als staatsmännisches Requisite bezeichnete Rhinogeroshaut.

Ergberger kontra Wörmann.

Ergberger hat einen erneuten Angriff gegen die Monopolfirma Wörmann unternommen. In einer Zentrumsversammlung in Hagen in Westfalen führte er nach dem Scherl-Blatt aus:

„Zwar habe die Firma Wörmann erklärt, sie werde alle die- jenigen Zeitungen verlagern, die sie neben die Firma Tippelskirch stellen; allein die Wörmannsche Empfindlichkeit sei um so auffallender, als bekanntlich Tippelskirch in Berlin der Agent der Firma Wörmann sei. Somit pflege doch das Verhältnis von Firma und Agent ein derartiges zu sein, daß erstere nicht von letzterem abrade. In dem könnten die Zeitungen beruhigt sein: Wenn erst einmal über die Firma Wörmann alles bekannt geworden sei, so werde man sehen, daß Tippelskirch ein Waßentnabe gegen Wörmann sei. Das Zentrum sei für die sofortige Lösung solcher Verträge, die sich nicht mit der politischen Moral vertrügen.“

Herr Ergberger will also als geschäftstätiger Journalist seine Pfeile erst nach und nach verschleßen. Er hofft offenbar, bis zum Wiederzukommen des Reichstages noch Munition genug im Köcher zu behalten!

Uebrigens ist das Scherl-Blatt wieder einmal in der Lage, Mitteilungen über das Ergebnis der Untersuchungen des Falles Tippelskirch liefern zu können. Es schreibt nämlich:

„Im Anschluß hieran wollen wir hinzufügen, daß die amtliche Nachprüfung des „Kontrafes Tippelskirch“ seitens der Behörden bereits so weit gediehen ist, daß die Auflösung dieses Vertrages nicht mehr lange auf sich warten lassen dürfte.“

Die Ministerpension des Herrn v. Poddolski wird zwar nur einen mageren, aber doch immerhin noch einen gewissen Ersatz für die durch die Vertragslösung des Reiches mit der Firma Tippelskirch der Frau v. Poddolski erwachenden Geschäftsverluste darstellen!

Zum Bierkrieg.

In Frankfurt a. M., wo nach unserer letzten Meldung zwischen Brauereien und Wirten eine Verständigung über die Teuerung der Brauereierhöhung zustande zu kommen schien, hat der Bierkrieg jetzt stärkere Formen angenommen. Ueber den bisherigen Verlauf des dattigen Kampfes wird uns kurz zusammenfassend berichtet: Die vereinigten Brauereien von Frankfurt und Umgegend erhöhen mit dem 1. August den Lieferpreis um 1,50 M. pro Hektoliter und empfehlen den Wirten, die Erhöhung auf das Publikum abzumwälzen. Die Wirte beschließen darauf, weder den Brauereien mehr zu zahlen, noch vom Publikum mehr zu fordern als bisher. Trotz dieses Beschlusses zahlten aber noch wenigen Tagen die meisten der Wirte den erhöhten Preis an die Brauereien, weil eben die wirtschaftliche Selbständigkeit der Wirte in Frankfurt so gut wie anderwärts nur eine Illusion ist, und das Biergewerbe gar nicht imstande ist, dem

Großkapital der Brauindustrie ernsthaft Widerstand zu leisten. Vom Publikum, dem gegenüber die strikte Befolgung des Beschlusses behauptet wurde, erwarteten die Wirte die Verhängung des Boykotts, in der naiven Hoffnung, durch denselben den ungemein kapitalkräftigen und durch Rückversicherungen und Boykottschußverträge gesicherten Ring der koalitierten Großbrauereien in wenigen Tagen zur Kapitulation zwingen zu können. In sieben großen Versammlungen, die von der sozialdemokratischen Parteileitung einberufen waren, wurde der Standpunkt der Konsumenten jedoch dahin präzisiert, daß die Erhöhung des Bierpreises eine von jedem Einsichtigen vorausgesehene Folge der Brauereierhöhung und der ganzen Politik der indirekten Volksbelastung sei, weshalb vom Publikum lediglich der Versuch zurückzuweisen sei, die beschlossenen Reaktionen auf die Konsumenten abzumwälzen. In einer Resolution wurde daher empfohlen, kein Bier zu trinken, das nicht zum bisherigen Preise in bisheriger Qualität und Quantität verabfolgt würde. Einige Tage später wurde dann von einer größeren Sitzung von Partei- und Gewerkschaftsfunktionären noch eine Kommission gewählt, mit der Aufgabe, zwischen den Brauereien und den Wirten eine Verständigung anzubahnen. Weiderseits wurde der Einladung zu einer Verständigungssitzung Folge geleistet und es hatte, wie schon berichtet, zunächst den Anschein, als sollte es zu einer Verständigung kommen. Seitens der Vermittlungskommission war der Vorschlag gemacht worden, die Erhöhung des Bierpreises von 1,50 M. auf 0,50 M. zu reduzieren und das Rückvergütungswesen zu reformieren. Beide Parteien versprachen, den Vorschlag in ihren Körperschaften zu beraten und dann wieder mit der Vermittlungskommission zusammenzutreten. Als nun die zweite Vermittlungssitzung stattfand, erklärten sich die Brauereien bereit, in eine Herabsetzung der Erhöhung auf 1 M. einzuwilligen, die Bierverträter dagegen hatten es wider die Abrede veräumt, einen positiven Beschluß ihrer Verursachenden herbeizuführen, und so war ein Zustandekommen der Verständigung in der Sitzung nicht möglich. Die Brauereien erklärten zum Schlusse derselben, auch weiterhin noch zu Verhandlungen bereit zu sein. Die Wirte haben nun am Dienstag in einer Versammlung beschlossen, sowohl den um 1,50 M. erhöhten Lieferpreis an die Brauereien zu zahlen, als auch die bisherigen Ausschankpreise zu erhöhen und künftig für 0,3 Liter 11 Pf. statt 10 Pf., für 0,4 Liter 13 Pf. statt 12 Pf. zu fordern. Dieser Beschluß steht in direktem Gegensatz zu dem von den Wirten zuerst gefaßten. Dieses von einem Extrem ins andere Fallen der Wirte ist ein Beweis für ihre wirtschaftliche Ohnmacht und die verzweifelte Lage, in der sich die Mehrzahl von ihnen befindet. Durch ihren letzten Beschluß vorausgesetzt, daß sie denselben halten, besteht nun faktisch der Boykott. Die Wirte fordern höhere Preise und das Publikum lehnt gemäß den Versammlungsbeschlüssen alles Bier zu höheren Preisen ab. Die unaussprechliche Folge des jetzigen Zustandes wird die Vernichtung zahlreicher Existenzen im Biergewerbe sein, und es gibt kein Mittel, das zu verhindern, so lange breite Massen des Volkes, und vor allem des Mittelstandes, noch immer Leute in den Reichstag wählen, die völk- und mittelstandsfeindlichen Gesetzen, wie der Brauereierhöhung und den übrigen neuen Reichsteuern, ihre Zustimmung geben.

Ein unbegreifliches Urteil!

Der frühere Pionier B., der vor Ableistung seiner Dienstzeit zur Disposition der Ersatzbehörden gestellt worden ist, weil er von einem Unterleibslenden befallen war, wurde kürzlich vom Kriegsgericht der 18. Division wegen Ungehorsams und Beharrens im Ungehorsam zu 48 Tagen Gefängnis verurteilt. Wegen dieses ganz unverständlichen Urteils hat B. Verurteilung eingelegt, mit der sich am Dienstag das Oberkriegsgericht des 9. Armeekorps (Altona) beschäftigte. Der Anklage liegt folgender Vorfall zugrunde: Am 16. Juli d. J. mußten die Harburger Pioniere Baden und B., der Freischwimmer ist, erhielt den Befehl, er solle sich ausziehen und baden. Er litt aber, wie so oft, an großen Unterleibschmerzen und klagte aus über Seitenstechen, was er dem aufstrebenden Leutnant mitteilte. Dieser ließ ihn durch einen — Sanitätsgefreiten untersuchen, der nach flüchtiger Untersuchung erklärte, er könne nichts Krankhaftes an dem Mann entdecken. Der Leutnant wiederholte seinen Befehl, ohne daß B. Folge leistete. B. wurde nun zur Wache gebracht, wo er über heftige Schmerzen klagte. Auf Anordnung des Hauptmannes wurde B. ärztlich untersucht und es wurde festgestellt, daß er an einem Unterleibslenden erkrankt war, das sich zu einem Bandschmerz verschlimmerte und zur Entlassung aus dem Militärdienst führte. Und trotz dieser Feststellungen soll B. sich gegen das Allerheiligste, gegen die militärische Disziplin, vergangen haben! Der Angeklagte erklärt, er sei an dem fraglichen Tage infolge seines Leidens so aufgeregt gewesen, daß er nicht gewagt habe, was er tat. Der Feldwebel habe ihm gedroht, er werde mit dem Zeug ins Wasser fliegen und vor ein Kriegsgericht kommen, und der Leutnant habe trotz aller Vorhalte auf dem Befehl bestanden. Der Feldwebel will nicht nur nicht gedroht, sondern dem Soldaten gütlich zugeredet haben, weil er glaubt habe, daß der Mann nicht krank, sondern wasserheuer sei. Andere Zeugen bekunden, daß der Angeklagte viel gelitten und oft gezittert habe. Ein als Zeuge vernommener Stabsarzt führt aus, die Schmerzen seien wohl nicht so groß gewesen, daß die freie Willensbestimmung ausgeschlossen gewesen sei; der Angeklagte hätte sich, als er Schmerzen verspürte, bei einem Arzte melden müssen. Der Verteidiger hebt hervor, daß von einem Ungehorsam vor verammelter Mannschaft keine Rede sein könne, weil er sich dessen gar nicht bewußt gewesen sei. Der Mann sei unvorschriftsmäßig behandelt worden, denn er hätte sofort zu einem Arzte gebracht werden müssen. Der Angeklagte erklärt noch, er habe den Befehl so ausgefaßt, daß er sich nicht nur ausziehen, sondern auch schwimmen solle, zumal er früher schon, trotz seiner Schmerzen, mit Wasser begossen und gewaltsam ins Wasser gebracht worden sei. Der Ankläger beantragt die Verurteilung der Verurteilung. Das Oberkriegsgericht ermäßigt die Strafe auf 3 Wochen Mittelarrest, da kein Ungehorsam vor verammelter Mannschaft vorliege und der Angeklagte unvorschriftsmäßig behandelt worden sei. — Der Angeklagte hätte also auch nach der Auffassung dieses Gerichts den Befehl ausführen müssen; er hätte sich eventuell beschweren können, wenn er noch — lebend aus dem Wasser gekommen wäre. Anders ist das die dreimal heiligste militärische Disziplin schützende Urteil nicht zu verstehen.

Ausland.

Frankreich.

Partei und Gewerkschaften.

Der kommende Gewerkschaftskongreß wird eine Debatte zeitigen über das Verhältnis der Gewerkschaften zur sozialistischen Partei. Bei den französischen Parteigenossen reißt je länger je mehr die Erkenntnis, daß ein Zueinandergreifen der beiden Bewegungen im Interesse des Proletariats dringend notwendig ist. In dieser Beziehung liegen gerade aus jüngster Zeit viele Neuherungen hervorragender Parteiführer vor. Als ein Schritt des Entgegenkommens seitens der Partei ist auch zu betrachten das Anerbieten der Redaktion der „Humanité“, (die ja gegenwärtig gewissermaßen als das Zentralorgan der geeinten Sozialisten zu betrachten ist) die bekanntlich die Führer der Gewerkschaften ein- lud, Artikel über gewerkschaftliche Thematika in ihren Spalten zu behandeln. Die andere Seite allerdings verhält sich noch sehr ablehnend; die führenden Vertreter der Konföderation erklärten, daß ihre Mitarbeit an der „Humanité“ durchaus nicht etwa im Sinne eines Entgegenkommens gebietet werden dürfe, daß sie strikte an ihrer Auffassung festhielten.

Nun ist aber in ihren eigenen Reihen ein Ereignis eingetreten, dem sie mehr Beachtung zu schenken gezwungen sind. Der nationale Kongreß der Textilarbeiter hat nämlich — und zwar mit 45 gegen 23 Kolossalgruppen — beschlossen, eine Verständigung mit dem Zentralkomitee der sozialistischen Partei herbeizuführen, ent- weder durch eine permanente Körperschaft oder von Fall zu Fall

durch Delegationen. Emil Pouget, der Redakteur des Zentralorgans der Konföderation nennt diesen Beschluß bedauerlich, der Reim der Zwietracht werde dadurch in die Organisation verpflanzt. Was Meise dann noch übrig von einem Syndikat? Er verweist auf Belgien, wo es Gewerkschaften politischer Richtungen gebe. Die Folge sei die Machtlosigkeit und Zersplitterung der Arbeiter. Als ob es in Frankreich nicht auch „gelbe Gewerkschaften“ gibt!

Und noch von einer anderen Seite droht den anarchisierenden französischen Syndikaten Gefahr: Die Vergleute des Nordens nämlich wollen mit ihren 80 000 Mitgliedern der Konföderation beitreten. Dieser Verband war der Konföderation gerade deswegen fern geblieben, weil er die Taktik derselben nicht gutheißen und nicht mitmachen wollte. Vasil, einer der Führer der Vergleute, hat sich, wie Pouget mitteilt, dahin geäußert, daß der Verband nunmehr eintreten wolle, um mit der Theorie der „Sabotage“ und der „Aktion direkt“ aufzuräumen, denn diese Theorie sei „nicht bloß unvernünftig, sie sei auch verbrecherisch“.

Seit 1895, so sagt Pouget weiter, habe ein Aufschwung der französischen Syndikate stattgefunden, und zwar nur dadurch, daß man den Streit der politischen Richtungen vermieden habe. Die Nurgewerkschaftler vergessen nur, daß innerhalb jener Zeit auch eine große Wandlung im französischen Sozialismus vor sich gegangen ist. Die frühere Zersplitterung, das Gezänze der vielen kleinen Schulen und Sekten mag gewiß abtöndend gewirkt haben, und man kann wohl anerkennen, daß es notwendig war, alle jene Streitigkeiten aus den Gewerkschaften fern zu halten. Diese Taktik aber und die schlechten Erfahrungen, welche die französischen Arbeiter früher vielfach mit den allerhand Politikern, die sich als „Sozialisten“ gebärdeten, gemacht haben, hat die Gewerkschaften allmählich in die antiparlamentarische, anarchistische Strömung getrieben. Wie die Dinge aber jetzt liegen, wird es sicherlich zu Auseinandersetzungen über die zukünftige Taktik kommen und, wenn es auch zunächst erbitterte Kämpfe gibt, so wird doch sicherlich die unpolitische, antiparlamentarische Richtung innerhalb der französischen Gewerkschaften schließlich überwunden werden.

Spanien.

Ueber den Generalkrieg in Bilbao wird gemeldet:

Bilbao, 23. August. Heute kam es auf der Grube Montegni zu einem Handgemenge, in dem mehrere Personen Verletzungen erlitten. Zahlreiche Verhaftungen wurden vorgenommen. Der Arbeiterklub ist geschlossen worden.

Santander, 24. August. Der Ausstand nimmt an Ausdehnung zu. Die Nacht soll in Bilbao ruhig verlaufen sein.

Madrid, 24. August. In Bilbao herrscht scheinbar Ruhe. Drei Kriegsschiffe ankern im Hafen. („Frankf. Ztg.“)

Der Sozialismus unter den Bauern. Im Gegensatz zu anderen Ländern erhält Spanien einen beträchtlichen Zuwachs für die Partei aus ländlichen Kreisen. Die Ursache dieser Erscheinung liegt in den besonderen agrarischen Verhältnissen; ähnliches finden wir nur noch in Italien und Ungarn. Jede Nummer unseres Madrider Parteiorgans, des „Socialista“, bringt zahlreiche Beispiele von dem regen Parteileben, das in vielen spanischen Dörfern herrscht. So brachte die letzte Nummer des Blattes u. a. die Mitteilung, daß der sozialistische Arbeiterverein von Villena sein dreijähriges Stiftungsfest unter harter Beteiligung abgehalten habe. Ferner: der Verein sozialistischer Bauern von Albana ist in die allgemeine sozialistische Union der Bauern und Landarbeiter eingetreten und in Lavadores betrieben die Genossen des dortigen Vereins eine lebhaft propagandistische Arbeit zum Zwecke des allgemeinen Zusammenschlusses der bäuerlichen Genossen und Vereine.

Norwegen.

Die Schließung der Grenzfestungen.

Das im Oktober vorigen Jahres geschlossene Uebereinkommen, das die Auflösung der schwedisch-norwegischen Union besiegelte, legte den Norwegern bekanntlich auch die Pflicht auf, ihre in der zwischen beiden Ländern geschaffenen neutralen Zone liegenden Grenzfestungen zu schließen. Zur Untersuchung, ob Norwegen diese Verpflichtung auch getreulich erfüllt, wurde eine aus einem preussischen, einem österreichischen und einem niederländischen Oberst bestehende Kommission gebildet. Diese hat nun am 20. August das Ergebnis ihrer Untersuchung veröffentlicht und erklärt, daß diese Bestimmungen des Uebereinkommens in vollem Maße erfüllt sind. Kurz bevor diese Erklärung veröffentlicht wurde, tauchte in der schwedischen Presse die Nachricht auf, der preussische Oberst habe behauptet, daß die Schließung bei einem Teile der Festungswerke gänzlich ungenügend durchgeführt sei. Diese Nachricht war offenbar nichts als ein Ausfluß des Mißtrauens, das noch immer bei gewissen Leuten in Schweden gegen Norwegen herrscht. — Vielleicht wird es zur Besserung des Verhältnisses zwischen den beiden Ländern beitragen, wenn die jetzigen Störungswahlen zum Sturze des Ministeriums Michelsen führen, das den Kampf um die Autonsauflösung gegen Schweden geleitet hat.

Amerika.

Gesetz zum Schutze der Frauen — verfassungswidrig!

Die Kapitalisten in den Vereinigten Staaten finden in ihrem Kampfe gegen unbequeme Arbeiterschutzgesetze sehr häufig die Unterstützung hoher Gerichtshöfe. Schon zu wiederholten Malen sind Gesetze, die zum Schutze der Arbeiterklasse im allgemeinen oder zu dem bestimmter Schichten erlassen worden waren, deshalb für unkonstitutionell erklärt worden, weil sie nur für eine bestimmte Klasse gemacht worden seien, es waren also Klassengesetze. Bisher hatten die unteren Instanzen die Entscheidung hierüber stets den Appellationshöfen und schließlich dem Obergerichte überlassen. Kürzlich hat aber ein unterer Gerichtshof eine solche schwerwiegende Entscheidung getroffen. Im Staate New York wurde im Jahre 1907 ein Gesetz angenommen, durch das die Fabrikarbeit von Frauen und Kindern während der Zeit zwischen 9 Uhr abends und 6 Uhr morgens verboten wurde. Um einen Versuchsfall zu schaffen, hatte ein Buchdruckerbesitzer gegen dieses Gesetz verstoßen; er wurde verhaftet und man machte ihm den Prozeß. Der Generalanwalt verlangte Verurteilung. Es sei zwar das Recht eines jeden Bürgers, Arbeiter zu beschäftigen; ein anderes Fundamentalgeseß aber sei, daß durch die Ausübung dieses Rechtes keine andere Person geschädigt werden dürfe. Frauen und Kinder würden aber geschädigt, wenn man sie zur nächtlichen Arbeit zwingt. Der öffentliche Wohlstand werde geschädigt, indem man die Gesundheit der Mütter kommender Generationen gefährde. Die Legislatur sei also berechtigt gewesen, ein solches Schutzesetz zu erlassen. Man sollte meinen, gegen diese klare Auffassung ließe sich nichts einwenden. Der Richter Amited aber sprach den Angeklagten frei. Aus der Begründung seien folgende sonderbare Sätze angeführt: Als einzigen Punkt habe der Generalanwalt nur den Schutze künftiger Bürger angeführt, aber auch da beziehe er sich nur auf die Fabrikarbeiterinnen und nicht auf alle Frauen, die daheim arbeiten müssen. Der Staat erwarte nicht nur von den Fabrikarbeiterinnen Kinder, die später gute Bürger werden sollen und er könne nicht einsehen, warum die Hausfrauen, die zu Hause beschäftigt sind oder die weiblichen Angestellten von Geschäftshäusern oder die Gesellschaftsdamen, die überhaupt nicht arbeiten, nicht in gleichem Maße geschützt werden sollten. Und wo bleiben die Rechte der Frauen, die überhaupt keine Kinder gebären? Hier liege also ein Einfluß Klassengesetzgebung vor, eine unzulässige Befreiung der konstitutionellen und der individuellen Freiheit. — Gegen dieses haarsträubende Urteil hat der Generalanwalt Verurteilung eingelegt und will bis zur höchsten Instanz gehen.

Westindien.

Die Revolution auf Kuba macht ständige Fortschritte. Gleichzeitig werden allerlei Behauptungen verbreitet, daß die Union eingreifen, ja daß sie Kuba annektieren werde, Behauptungen, denen von New York ebenso unbegründete Dementis entgegengelegt werden. Gesäße zur Verpeisung Kubas werden die Janteks, richtiger die Bourgeois der Union schon haben, fragt sich nur, ob sie den günstigen Zeitpunkt gekommen erachten. Die wichtigsten Meldungen lauten:

Havana, 23. August. (Melbung des Reuterschen Bureaus.) Die Aufständischen haben unter Führung von Vito Guerra die Enclavation der Westküste von San Juan de Martinez genommen. Staatssekretär O'Farrell u. Chappotin sowie der Minister des Innern sind heute von ihren Posten zurückgetreten.

Havana, 24. August. Die Revolution nimmt noch weiter zu, und man glaubt nicht, daß es der Regierung gelingen werde, die Bewegung ohne eine Intervention der Unionregierung zu unterdrücken. Die Verbindungen zwischen Havana und den Provinzen Santa Clara und Cardenas sind unterbrochen. Viele Blätter treten für die Errichtung einer Diktatur ein.

New York, 24. August. Auf Kuba ist die Lage bedenklicher geworden. Der Insurgentenführer Guerra steht mit 5000 Mann in Pinar del Rio und erwartet noch 2000 Mann Verstärkung. Die Regierung schickt 5000 Soldaten mit 250 Mann Artillerie dorthin. Senator Morquetti ist zu den Insurgenten übergegangen. Gegenwärtig finden Kämpfe bei Guines, 70 Kilometer von Havana statt. (Frankfurter Zeitung.)

New York, 24. August. (Melbung des Reuterschen Bureaus.) Man hält es hier für unwahrscheinlich, daß die Vereinigten Staaten auf Kuba intervenieren werden, und glaubt allgemein, daß die kubanische Regierung imstande sein werde, die Ordnung wieder herzustellen.

Japan.

Die Robbenjägeraffäre. Der Londoner „Daily Telegraph“ meldet aus Tokio: Da der japanische Konsul in Vancouver gemeldet hat, daß es nicht möglich sei, über die Robben-Angelangelegenheit auf den Aleuten, bei der der Japaneer von amerikanischen Robbenwächtern getötet wurden, einen befriedigenden erschöpfenden Bericht zu erhalten, hat die japanische Regierung beschlossen, eigene Ermittlungen in der Angelegenheit anzustellen. Der Konsul soll zu diesem Zwecke sich nach Briblow-Eiland begeben, um persönlich den Tatbestand festzustellen.

Gewerkchaftliches.

Der preussische Staat als Streikbrecherlieferant.

Die Zahl der Fälle, in welchen den Unternehmern Soldaten als Streikbrecher geliefert worden sind, sind mit der Zeit so zahlreich geworden, daß man sie nur noch registriert, ohne sie gerade als Besonderheit zu würdigen. Der Streik in der Berliner Elektroindustrie bescherte uns die Feuerwehrlente als Streikbrecher, der jetzige Kohlenarbeiterstreik hat die Eisenbahnverwaltung zur Kommandierung von bei ihr angestellten Arbeitern als Streikbrecher angeregt.

Durch den seit Montag währenden Streik der Kohlenarbeiter ist vor allem die Verwaltung des Direktionsbezirks Berlin in eine beispiellose Besorgnis um die vollbeladenen Kohlenwagen geraten. Die Nervosität des Kohlenlieferantenverbandes hat sich auch auf diese Behörde übertragen. Regierungsrat Wamjanz, Vorsitzender der Betriebsinspektion IV, verordnete gestern morgen, selbstverständlich im Einvernehmen mit der Verkehrsinspektion und Güterverwaltung des Schlesischen Bahnhofes die Abkommandierung von neun Mann von dem Güterboden zum Kohlenausladen. Die gedrückten und nach allen Regeln der Kunst ausgebeuteten Staatsproletarier mußten von früh 9 Uhr an bis nachmittags 4 Uhr für verschiedene Firmen Kohlen entladen. Für 200 Zentner wurden 6 M. vorausgibt. In jeder Lore waren drei Mann beteiligt und so erhielten dieselben pro Mann 2 M. Aber das allerbeste dabei für die Arbeiter ist, daß die Zeit für Kohleentladen vom Staatslohn gekürzt wird. Die Kollegen der Leute auf dem Güterboden müssen dabei selbstverständlich durch Ueberantragung die Arbeit ihrer Kollegen, die mittlerweile gezwungenermaßen Streikbrecherdienste leisten, wieder mit herausholen.

Daß die Verordnung des Regierungsrats Wamjanz im staatlichen Interesse liegen soll, wissen wir nicht recht zu fassen. Wir glauben vielmehr, daß diese rücksichtslose Stellungnahme für die Interessen des Unternehmertums auch manchen Bahnproletarier die Augen darüber öffnen wird, wie sehr der moderne Staat sich als Nachwächter des Kapitals fühlt.

Berlin und Umgegend.

Bekanntmachung. In Mitgliederkreisen wird für eine Versammlung, welche zu Sonntag, den 26. August, im Lokal von Suggenbogen, Moritzplatz, einberufen ist, Propaganda gemacht. Dieselbe ist von dem Mitgliede Alfred Hanke als Vereinsversammlung einberufen und soll der Eintritt gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuches gestattet sein. Die Ortsverwaltung stellt auf Grund der Geschäftsordnung fest, daß kein einziges Mitglied berechtigt ist, Vereinsversammlungen einzuberufen, sowie daß nur der Ortsverwaltung das Recht zusteht, gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuches den Eintritt zu gestatten. Weiter erhebt sie Protest dagegen, daß unter Verletzung der Geschäftsordnung Quertreibereien gemacht werden, durch welche der Anschein erweckt werden soll, daß die Ortsverwaltung damit einverstanden ist.

Die Ortsverwaltung Berlin des Deutschen Buchbinderverbandes.

Lohnbewegung der Kupferschmiede. Am 1. September d. J. läuft der bisherige Tarif der Kupferschmiede ab. Nach den Bestimmungen desselben betrug die Arbeitszeit 10 Stunden, der Stundenlohn für Ausgelernte im ersten Jahre 47½ Pf., im zweiten Jahre 50 Pf. und ferner 55 Pf. — Seit einiger Zeit schwebten Verhandlungen über den Abschluß eines neuen Tarifes zwischen den Organisationen der Arbeiter und der Unternehmer. Die Arbeiter forderten 8 stündige Arbeitszeit und Mindestlöhne von 50 Pf. im ersten Jahre nach der Lehrzeit, 55 Pf. im zweiten Jahre, ferner 65 Pf. Diese Löhne sollen sich bis zum Jahre 1909 in allen drei Gruppen von Jahr zu Jahr um 2½ Pf. pro Stunde erhöhen. — Die Unternehmer erklärten sich bereit, die 8 stündige Arbeitszeit zu bewilligen und Stundenlöhne von 47½, 52½, 57½ Pf. zu zahlen, von der jährlichen Steigerung wollten sie nichts wissen. Außer diesen Differenzen über die Hauptpunkte der Forderungen bestanden noch Differenzen zwischen Arbeitern und Unternehmern über die Zulage, welche für Stadtmontagen zu gewähren sind. Während die Arbeiter Entschädigung des Jahrgeldes, sowie der Reise- bezw. Laufzeit forderten, wollen die Unternehmer statt dessen eine Lohnzulage von 2½ Pf. pro Stunde bei Stadtmontagen gewähren, was die Arbeiter als eine Verschlechterung ansehen. — Am Donnerstag fand eine Versammlung der Kupferschmiede statt, welche zu der Angelegenheit Stellung nahm. Da gleichzeitig auch eine Versammlung der Unternehmer tagte, welche sich mit den letzten Gegenanschlägen der Arbeiter beschäftigte, so setzte die Arbeiterversammlung ihre Beschlußfassung so lange aus, bis der Bescheid über die Beschlässe der Unternehmerversammlung eintraf. Derselbe ging dahin: Dem letzten Vorschlage der Arbeiter entsprechend wird den Stadtmontagen eine Zulage von 5 Pf. pro Stunde bewilligt, hinsichtlich der allgemeinen Lohnsätze dagegen halten die Unternehmer an ihren Vorschlägen: 47½, 52½ und 57½ Pf. fest und erklärten sich bereit, unter diesen Bedingungen einen neuen Tarifvertrag auf ein Jahr, beginnend am 1. Oktober d. J., abzuschließen.

Die Versammlung diskutierte nun darüber, ob sie sich mit diesen Bedingungen einverstanden erklären oder sie ablehnen solle, was gleichbedeutend gewesen wäre mit dem Streik. Die Ansicht der meisten Redner wie auch der Verbandsleitung ging dahin, daß man sich mit dem, was die Unternehmer bieten, zufrieden geben könne. Wenn man bedenke, daß man ohne jeden Kampf die 8 stündige

Arbeitszeit und eine Erhöhung des Mindestlohnes um 7½ Pf. pro Stunde erlangen könne, dann dürfe man mit solchem Erfolg wohl zufrieden sein. Da der Vertrag nur auf ein Jahr abgeschlossen werde, so könne man ja nach Ablauf desselben unter Ausnutzung der Konjunktur eine weitere Verbesserung durchsetzen.

Die Versammlung beschloß, den durch die gegenseitigen Vereinbarungen zustande gekommenen Lohnarif anzunehmen.

Zum Streik der Kohlenarbeiter.

Gestern, Freitag, vormittag, war der große Saal des Gewerkschaftshauses wieder von den streikenden Kohlenarbeitern bis auf den letzten Platz besetzt und mit Aufmerksamkeit lauschte die Versammlung den Ausführungen des Genossen A. Werner. Die Unternehmer, so meinte der Referent, sollten sich eine solche Versammlung der Kohlenarbeiter einmal ansehen, dann würden sie sich nicht länger über den Stand der Dinge täuschen. Die Behauptung der Grohhändler, daß keine Firma die Forderungen des Verbandes bewilligt habe, ist falsch. Es sind und bleiben sieben Firmen, die durch Unterzeichnung eines Vertrages mit dem Verband Frieden geschlossen haben. Wer es nicht glaubt, kann sich durch persönliche Einsicht davon überzeugen. Auf den Bahnhöfen ist die Lage sehr schwierig für die Grohhändler; die Kohlen können nicht ausgeladen werden aus Mangel an Arbeitskräften, und die Verwaltung braucht die Wagen notwendig für andere Transportzwecke. Bei Karlsdorf stehen z. B. allein 60 Waggons voll Kohlen; am Schlesischen Bahnhof werden königliche Eisenbahnarbeiter den Kohlengrohhändlern zur Verfügung gestellt. Dabei haben die Grobhändler den Grohhändlern versprochen, mit der Versendung der Kohlen vorläufig einzuhalten. Werner meinte, daß von 65 Firmen nur drei arbeitswillige Aufträge bekommen hätten; die neuen, ungelübten Kräfte seien nicht zu fürchten, so lange die alten, eingearbeiteten Leute nicht zu gewinnen sind. Beim Hauptvorstand des Verbandes wurde der Antrag gestellt, daß auch die Streikenden unterstützt werden, die nicht Verbandsmitglieder sind. Am Montag findet die erste Auszahlung statt.

In der Diskussion wurde vielfach über die Polizei und ihre Uebergriffe gegen Streikposten Klage geführt. Ein Arbeiter erzählte, daß ein Schuhmann ihn vorwies und ihm auf seine Verheerung die Antwort gab, daß die Polizei die Streikposten nur eben duldet, daß sie aber nicht auf ein Recht Anspruch machen können und daß er ihm 24 Stunden Zeit geben würde, darüber nachzudenken, wenn er sich noch einmal bilden ließe. — Die Versammlung gab ihrer Entrüstung darüber lauten Ausdruck.

Die Kohlenaffordarbeiter resp. Hafnarbeiter von allen Wasserladestellen, die sich bisher nicht am Streik beteiligt haben, hielten gestern Abend im „Englischen Garten“ eine Versammlung ab, um Stellung zum Streik ihrer Arbeitsbrüder zu nehmen. Genosse Werner hatte auch hier das Referat übernommen und erklärte die gegenwärtige Situation.

Der Appell an die Solidarität der Affordarbeiter fand begeisterte Aufnahme. Die folgende Resolution wurde einstimmig angenommen:

„Die am 24. August im „Englischen Garten“ versammelten Affordkohlenarbeiter für Kahn- und Eisenbahnladungen nehmen Kenntnis von dem Stand des Streiks ihrer Kollegen (Hafnarbeiter) und sprechen ihre lebhafteste Entrüstung über das rigorose Vorgehen der Kohlengrohhändler Berlins aus. Mit Rücksicht darauf, daß durch allerlei Manipulationen, welche die Grohhändler namentlich durch das „Abschieben“ der notwendigen Ladungen vornehmen, die Affordarbeiter zur Streikarbeit herangezogen und dadurch gezwungen werden, den Streikenden in den Rücken zu fallen, sind die Versammelten fest entschlossen, dieser Situation ein Ende zu machen, sich mit den Streikenden solidarisch zu erklären und die Arbeit bis zur Einleitung des Streiks ruhen zu lassen! Soweit Kahnladungen in Betracht kommen, sollen angefangene Afforde fertig gestellt, neue dagegen nicht in Angriff genommen werden.“

Somit ist der Streik der Kohlenarbeiter auf der ganzen Linie erklärt!

Heute, Sonnabend vormittag, findet eine Versammlung der Streikenden im Gewerkschaftshaus statt.

Der Streik der Guamiarbeiter in der Fabrik von Schwanz, Groß-Lichterfelde, ist ohne Erfolg beendet worden. Die Streikenden mühten die Arbeit zu den alten Bedingungen wieder aufnehmen. Wie die Direktion verlauten ließ, will sie nachträglich aus „eigener Initiative“ eine Lohnaufbesserung zugestehen.

Deutsches Reich.

Die Hafnarbeiter Stettins sind gestern in einer Stärke von etwa 1100 Mann in den Ausstand getreten. Da nach dem Scheitern der Lohnarbeitsverhandlungen zwischen dem Hafnarbeiterverband und dem Schutzbund der Reedereien der Streik vorauszu sehen war, hatten die Reedereien bereits Vorkehrungen getroffen, so daß heute morgen das Löschen und Laden der Schiffe ohne Störung vor sich ging. Die zu entladenden Schiffe werden so weit als möglich in den Freihafenbezirk gebracht, wo sie von den eigenen Leuten der Schiffe und einer Anzahl bereits in den letzten Tagen angeworbener Streikbrecher weiter entladen werden.

Uchtung, Feilenhauer und Schleifer! Die Feilenhauer und Schleifer in Offenbach befinden sich in einer Bewegung zur Eringung der 8 stündigen Arbeitszeit und Festsetzung von Anfangslöhnen. Die Firma C. A. L. sucht unter der Adresse C. L. H. n. n., Mainzerlandstraße 172, Arbeitswillige. Die angegebene Adresse ist die der Niederlage der genannten Firma, Offenbacher Feilenfabrik in Offenbach, und bitten wir, daß keine Arbeit noch dorthin angenommen wird, da es sich um Streikbrecherfrage handelt, ebenso, wenn Arbeiter für Carl Fuhr gesucht werden sollten.

Deutscher Metallarbeiterverband.

Der Streik der Elberfelder Konfektionsarbeiter hat nach sechs wöchentlicher Dauer mit einem Erfolg für die Arbeiter geendet. Es wurde ein Tarif für die Dauer von drei Jahren abgeschlossen, der für die Arbeiter gute Verbesserungen enthält. Der Erfolg ist um so höher anzuschlagen, als bisher ein Tarif in dieser Branche nicht existierte.

Noch ein Wordanschlag gegen einen Streikenden.

Am Montag früh ist in Nürnberg das Opfer eines Wordanschlages von Streikbrecherseite gestorben und am Dienstagabend zählte in Nürnberg ein Streikbrecher den Dolch gegen einen Streikenden. Auf eine ruhige Anekdote hin stieß ein Arbeitswilliger den Streikposten in ungewöhnlich roher Weise zurück, worauf sich der Posten von gerechtem Jorn übermannen ließ und dem rohen Kerl einen Schlag auf den Nacken versetzte. Darauf gingen beide eine Strecke nebeneinander her, der Arbeitswillige anscheinend ruhig, dabei aber auf einen geeigneten Moment passend, um den Posten „kalt“ zu machen. Plötzlich rief der Schurke seinen Dolch aus der Tasche und ließ ihn dem ahnungslosen Streikposten in die Brust, glücklicherweise das Herz nicht treffend. Um den Wordhieb vor eventueller Landjustiz zu retten, nahm ihn die Polizei in Gewahrsam, ließ ihn aber später wieder laufen. Am anderen Tage räumte sich der Schurke im Wirtshaus: „Nur schade, daß ich ihn net trocken hab“, wozu ich wollte.“ (Das Messer war nämlich an einer Rippe abgeglitten und ging deshalb eine Rippe weiter unten in die Brust und traf somit das Herz nicht.) Helle Empörung über diesen zweiten Wordanschlag innerhalb wenigen Tagen trieb abends die Arbeiter massenhaft an den Schauplatz des Verbrechens. Es kam zum Zusammenstoß mit der Polizei. Ein Schutzmann, der mit seinem Säbel wie wild losstürmte, wurde vom Publikum am Unterbergelien verhindert; man nahm ihm seinen Säbel ab. Nun zog der Schutzmann den Revolver und mit stieren Augen verlangte er

seinen Säbel zurück, anderenfalls werde er feuern (!). Damit nicht weitere Menschenleben geopfert würden, gab man den konfiszieren Säbel zurück. Zahlreiche Verhaftungen wurden vorgenommen. Der Wordhieb aber befindet sich auf freiem Fuße; er kann jeden Tag einen weiteren niederdolchen!

Daß die Streikbrecher direkt zu Word und Totschlag aufgefordert werden, dafür haben die ausländigen Maurer in Nürnberg-Nürnberg nun einen direkten Beweis. Ein Gendarm hat Arbeitswillige aufgefordert, sich Revolver und Wadsteinbroden einzufinden. Ein Gendarmmerie-fergeant erklärte, er würde jeden Posten, der ihn aufmunterte, mitzuführen, auf den Kopf schlagen... und wenn es einmal Feigen gäbe!

Es herrscht Gewitterstimmung. An die Kerben der Ausständigen werden fürchbar hohe Anforderungen gestellt. Wenn die Polizei den von ihr angehäuftes Zündstoff zur Explosion bringt, sie allein trägt die Verantwortung!

Uchtung, Wäschearbeiter Deutschlands!

In der Glasmannschen Wäschefabrik in Budapest ist am 15. August ein Streik ausgebrochen. Budapest ist bis auf weiteres für alle Wäschearbeiter gesperrt.

Verband der Wäschearbeiter Deutschlands.

Ausland.

Sechs Stunden Trambahnerfreilich in Rom.

Rom, 21. August. (Fig. Ver.)

Gestern früh gegen halb neun sah das hiesige Publikum nicht ohne Verwunderung und Mißbehagen, daß alle an den Endstationen angelangten Trams die Schilder, die die Fahrpläne anzeigen, einzogen und dann, ohne neue Fahrgäste aufzunehmen, den Weg ins Depot einschlugen. Um halb zehn Uhr war kein Wagen mehr zu sehen; auch die Omnibuswagen, die zur Tramgesellschaft gehören, hatten den Dienst eingestellt; selbst die an den Endstationen als Wartesäle dienenden Trams waren verschunden. Was hatte das zu bedeuten? Die Stadtverwaltung hatte, unvernünftig und bodenlos wie immer, trotz der andränglichen Drohung des Personals, einen Trambahnwagen auslaufen lassen, auf dem sich 12 Schutzeleute und angehende Schutzeleute im Trambahn dienst übten sollten. Die Trambahner Roms sind aber entschlossen, sich diese Streikbrecherzucht unter ihren Augen nicht gefallen zu lassen. Zunächst wollten sie protestieren durch sofortiges Verlassen der Wagen, wo sie sich gerade befanden, aber schließlich überwiegt die Ansicht derer, die eine mildere und geordnetere Form des Protestes forderten. Man brachte die Wagen ins Depot und ließ dem Publikum als einzigen Trost den Schulwagen, der bis 1 Uhr zirkulierte. Um diese Zeit sah die Stadtverwaltung ein, daß sie gegen die Einmütigkeit der Streikenden nichts ausrichten konnte und zog es vor, das Kerngarnis zu entfernen, obwohl natürlich ihr formelles Recht, Schutzeleute im Trambahndienst auszubilden, unbestreitbar ist. Kaum war der Schulwagen ins Depot, so beschloßen auch schon die Trambahner die Wiederaufnahme der Arbeit, die bald nach 3 Uhr ohne Zwischenfälle erfolgte. Gleichzeitig erklärten sie aber, auf jedes Erscheinen der Streikbrecherhülle wieder mit sofortiger Einstellung des Dienstes zu antworten. Die mit imponierender Einmütigkeit vollzogene Protestaktion hat in der Bevölkerung den allerbesten Eindruck hinterlassen. Sollte die Stadtverwaltung Lust haben, ein da capo zu probieren?

Streiks und Lohnbewegungen in Schweden.

Die Angestellten der Strahlenbahnen in Göteborg sind am Sonnabend in den Streik getreten. Der ganze Strahlenbahnverkehr liegt danieder. Der Streikbeschlus wurde mit 378 gegen 6 Stimmen gefaßt. Die Strahlenbahnen sind städtisches Unternehmen. Verhandlungen mit der Verwaltung haben fruchtlos geendet, scheiterten aber hauptsächlich daran, daß im Einverständnis mit den Verwaltungen der übrigen städtischen Werke, ein Kollektivübereinkommen mit der Organisation grundsätzlich abgelehnt wurde, obwohl in einer großen Anzahl anderer Städte Schwedens derartige Übereinkommen mit den Organisationen städtischer Arbeiter bestehen. — Die Strahlenbahnangestellten in Stockholm haben Forderungen auf Lohn-erhöhung und ebenfalls auf Abschluß eines Kollektivübereinkommens gestellt. Von der bürgerlichen Presse wird behauptet, sie wollten für ihre Göteborger Kollegen in einen Sympathiestreik treten. Die Absicht haben sie jedoch nicht, schon darum nicht, weil es gänzlich zwecklos wäre. Uebrigens handelt es sich bei den Stockholmer Bahnen um ein Privatunternehmen.

Ein Streik der städtischen Arbeiter von Estil, Runa hat am Donnerstag mit dem Abschluß eines Tarifvertrages zwischen der Stadtverwaltung und dem schwedischen Grob- und Fabrikarbeiterverband geendet. Die gestellten Forderungen wurden fast sämtlich anerkannt, und alle Streikenden wurden wieder eingestellt.

Die Lohnforderungen des Extrapersonals der schwedischen Staatsbahnen sind bei den seit dem 10. August gepflogenen Verhandlungen nur in einem Distrikt soweit bewilligt worden, daß eine Einigung zwischen den Vertretern der Parteien zustande kam. In den übrigen vier Distrikten kam es über verschiedene mehr oder minder wichtige Forderungen zu keiner Einigung. Die ganze Angelegenheit wird jetzt der Oberverwaltung der Staatsbahnen überwiesen.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Eine Antwort an die schwarze Parade.

Essen. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Eine von etwa 1500 Personen besuchte Versammlung protestiert gegen die auf dem Katholikentag fortgeführte Verunglimpfung der Freidenker und Sozialdemokraten. Sondere mußten wegen Ueberfüllung des Saales umkehren. Referate hielten die Genossen Reichsblattsabg. Hoffmann und Dr. Cramer-Nagelburg.

Zwei Bergarbeiter in der Grube verbrannt.

Weißenselz, 24. August. (B. G.) Auf der Ribbeckischen Grube Nr. 522 bei Theissen entstand in der vergangenen Nacht im Förderkammer ein Brand, der den ganzen Betrieb lahmgelegt hat. Die Bergarbeiter Erl und Welzer aus Theissen sind dabei umgekommen; ihre Knochenreste wurden heute früh gefunden. Beide waren verheiratet und Familienväter. Die Ursache des Brandes ist unbekannt.

40 Revolutionäre verhaftet.

Riga, 24. August. (B. G.) Die Polizei verhaftete hier neuerdings 40 Revolutionäre, darunter mehrere langgesuchte Führer der revolutionären Organisation. Wichtige Dokumente wurden beschlagnahmt. Alle 40 werden vor ein Kriegsgericht gestellt.

Odeffa, 24. August. (B. G.) Auf Befehl des Gouverneurs werden am 24. ds. Mts. die Häuser überwacht werden, da man für diesen Tag umfangreiche anarchistische Attentate erwartet.

40 Streifende verhaftet.

Karwa, 24. August. (B. T. B.) Im Verlaufe des Ausstandes der Arbeiter der Krantolmer Buchfabrik mißhandelten die Arbeiter den Fabrikdirektor, daraufhin wurden Truppen herbeigerufen. 40 Radelstähler wurden verhaftet und nach Nowal geschafft, wohin sie 3000 Arbeiter begleiteten.

Auch ein Kritiker.

In bürgerlichen Blättern lasen wir in den letzten Tagen sonderbare Dinge über einen Artikel, den Genosse Maurenbrecher in der „Neuen Gesellschaft“ geschrieben habe.

Da wir auf die Behauptung der „Deutschen Tageszeitung“ hin nicht ohne weiteres glauben konnten, daß Genosse Maurenbrecher in der Tat so tolles Zeug geschrieben haben könne...

Genosse Maurenbrecher hat erst vor drei Jahren seinen Uebertritt zur Sozialdemokratie vollzogen. Er war vorher Nationalsozialer und hat, wie seine beiden Artikel beweisen, seine nationalsozialistischen Auffassungen bei weitem noch nicht so völlig überwunden...

Der erste Artikel Maurenbrechers betitelt sich „Innere Kämpfe“. Während die übergroße Mehrheit der Parteipresse, ohne die Bedenkenhaftigkeit der zwischen der Partei einerseits und einer Anzahl von Gewerkschaftsführern andererseits bestehenden Meinungs-differenzen zu verkennen, die Ansicht vertreten hat, daß der Mannheimer Parteitag beweisen würde, daß zwischen der Partei und der übergroßen Mehrheit der Gewerkschafts-genossen keinerlei tiefere Meinungsverschiedenheiten bestehen...

Auf die Frage, aus welchem Grunde zwischen Partei und Gewerkschaften eine gewisse Spannung eingetreten, gibt Maurenbrecher die klassische Antwort, einer der gewichtigsten dieser Gründe sei wohl der, daß politische und gewerkschaftliche Organisationen nebeneinander, statt miteinander sich entwickelten...

Ueberhaupt sieht Maurenbrecher hauptsächlich in der Partei tiefen Schatten. Und es ist nach Maurenbrecher schließlich kein Wunder, wenn den Gewerkschaften die Partei je länger, je weniger imponiert.

„Nurgewerkschaftler und Revolutionsromantiker sind die Gegenstände, die da und dort sich herausbilden. Sie sind es, die durch die Art der Behandlung der Frage des Massenstreiks Verwirrung, Unruhe und gefährliches Irrlichtelieren erzeugt haben. Und die ungesunden Auswüchse hier und dort haben die weitere Folge, daß die leitenden Personen namentlich in der politischen Bewegung die Sicherheit der Führung verlieren und gelegentlich, wie in dem Kampf gegen das Dreiklassenwahlrecht, in einen Zickzackkurs geraten...

Damit ist denn Maurenbrecher bei seinem eigentlichen Thema angelangt, das er in einem zweiten Artikel „Die nächste Aktion“, ausführlich behandelt.

Er ärgert zunächst eine Reihe von Forderungen, die auf der Gewerkschaftskonferenz gefallen sind. So das Diktum Eins über die „Revolutionsromantiker“, die zudem, wenn man ihnen den radikalen Firnis abtrage, ganz gewöhnliche Spießer seien.

Und dann entwickelt Maurenbrecher breit und befraglich seine Parteikritiktheorie:

„Es ist die Unzufriedenheit mit der gegenwärtigen Situation, die sich in solchen Redewendungen ausdrückt; man sieht, daß wir in einer Sackgasse stehen, aus der wir schwer wieder heraus können.“

Die Gewerkschaften sprechen sie (die Unzufriedenheit) auf andere Weise aus. Die politisch organisierten Genossen haben oft andere Worte. Aber zu Grunde liegt überall das Gefühl: Wir wollen nun endlich einmal einen Fortschritt sehen.

Der 21. Januar war uns wirklich der Anfang unserer Aktion; wir meinten wirklich, es sei ernst, daß mit diesem Tage eine neue Periode der preussischen Geschichte begünne. Es ist nur halb wahr, wenn hinterher gesagt wird, es sei niemals mehr „geplant“ worden, als die Versammlungen zum 21. Januar usw.

Jetzt wissen wir, daß der Parteivorstand derjenige war, der gebremst hat, und der mit der Generalkommission einig war: jetzt noch nicht! Mag sein, daß er recht hatte. Nicht immer kann man Begeisterung auf Flaschen ziehen.

Jetzt weiß man doch, wo und wie! Der böse Radikalismus mit seiner politischen Unfähigkeit ist's, der die Gewerkschaftsführer absetzt. Er war's, der die Gewerkschaften, die vom Massenstreik nichts wissen wollten, durch die Massenstreikdebatte und Resolution von Jena brüskierte.

Und dieser Artikel erschien am 22. August, nach der Debatte über den Massenstreik und nach der Gewerkschaftsdebatte!

Es muß wohl so eigenartig konstruierte Hirne geben, daß sie ganz außerstande sind, ihnen fremde Gedankengänge in sich aufzunehmen. Anders können wir es uns wenigstens nicht erklären, daß Genosse Maurenbrecher trotz aller von uns beigebrachten Tatsachen und Argumente alles das wiederholt, was wir in einer ganzen Reihe von Artikeln widerlegt haben.

Schließlich verlangt Maurenbrecher von der Partei zu wissen, wann es denn nun eigentlich losgehen solle. Die „Anfuhr über die Unfruchtbarkeit unserer Arbeit“ sei da. Sie sei nur zu heben, wenn wir „in Bewegung“ blieben.

Man sollte meinen, daß ein so überlegener Parteikritiker nun selbst wenigstens so sagen wüßte, wann die „große“, die seiner Ansicht nach erfolgversprechende Wahlrechtsaktion inszeniert werden müßte.

Er sagt: Am 21. Januar waren wir (also doch?) noch zu schwach, um der preussischen Regierung zu imponieren. Wollen wir weiter kommen, muß die Wahlrechtsfrage als Volksforderung (!), nicht als Parteiforderung (!) erscheinen.

„Es bleibt also doch unsere Aufgabe, die Agitation auch in die Kreise des Zentrums und der Freisinnigen zu lenken. Und zwar bewußt, nach einheitlichem Plan, als Einleitung einer neuen Aktion, nachdem die alte an unserer Isoliertheit gescheitert ist.“

„Was an dieser Anregung Verwünschtes ist, ist im „Vorwärts“ bereits viele Monate früher angeregt worden. Wir schrieben am 22. Januar: „Der Kampf gilt nicht nur der Regierung, nicht nur den Parteien der unerschrockenen Reaktion, er gilt auch den verkappten Arbeiterfeinden, den heimlichen Wahlrechtsfeinden: dem Freisinn und Zentrum!“

„Der Kampf gilt nicht nur der Regierung, nicht nur den Parteien der unerschrockenen Reaktion, er gilt auch den verkappten Arbeiterfeinden, den heimlichen Wahlrechtsfeinden: dem Freisinn und Zentrum!“

„Der Kampf gilt nicht nur der Regierung, nicht nur den Parteien der unerschrockenen Reaktion, er gilt auch den verkappten Arbeiterfeinden, den heimlichen Wahlrechtsfeinden: dem Freisinn und Zentrum!“

„Der Kampf gilt nicht nur der Regierung, nicht nur den Parteien der unerschrockenen Reaktion, er gilt auch den verkappten Arbeiterfeinden, den heimlichen Wahlrechtsfeinden: dem Freisinn und Zentrum!“

„Der Kampf gilt nicht nur der Regierung, nicht nur den Parteien der unerschrockenen Reaktion, er gilt auch den verkappten Arbeiterfeinden, den heimlichen Wahlrechtsfeinden: dem Freisinn und Zentrum!“

„Der Kampf gilt nicht nur der Regierung, nicht nur den Parteien der unerschrockenen Reaktion, er gilt auch den verkappten Arbeiterfeinden, den heimlichen Wahlrechtsfeinden: dem Freisinn und Zentrum!“

„Der Kampf gilt nicht nur der Regierung, nicht nur den Parteien der unerschrockenen Reaktion, er gilt auch den verkappten Arbeiterfeinden, den heimlichen Wahlrechtsfeinden: dem Freisinn und Zentrum!“

„Der Kampf gilt nicht nur der Regierung, nicht nur den Parteien der unerschrockenen Reaktion, er gilt auch den verkappten Arbeiterfeinden, den heimlichen Wahlrechtsfeinden: dem Freisinn und Zentrum!“

„Der Kampf gilt nicht nur der Regierung, nicht nur den Parteien der unerschrockenen Reaktion, er gilt auch den verkappten Arbeiterfeinden, den heimlichen Wahlrechtsfeinden: dem Freisinn und Zentrum!“

„Der Kampf gilt nicht nur der Regierung, nicht nur den Parteien der unerschrockenen Reaktion, er gilt auch den verkappten Arbeiterfeinden, den heimlichen Wahlrechtsfeinden: dem Freisinn und Zentrum!“

Die anderen Vorschläge Maurenbrechers verraten ebensoviele Ueberfluß an politischer Konfusion wie Mangel an praktischer politischer Erfahrung. Soweit wir an Zentrumsarbeiter und Landproletarier überhaupt herankommen, wäre es geradezu eine Torheit, wenn wir sie nicht auch zu Sozialdemokraten zu machen suchten.

Genosse Maurenbrecher wird seinen Latendrang zügeln müssen. Die preussische Dreiklassenwahlrecht wird erst zusammenbrechen, wenn das sozialistische Proletariat eine Macht ist, deren Drängen noch länger zu widerstehen für die herrschende Klasse die Entfesselung schwerster wirtschaftlicher und politischer Konflikte bedeuten würde.

Genosse Maurenbrecher sollte also zuerst selbst noch einige Jahren eifrigen theoretischen Studien und praktischer Kleinarbeit obliegen, bevor er den Schulmeister der Partei spielt!

Aus der Partei.

Zum Thema „Sozialistische Minister“ schreibt der belgische Genosse Vanderveelde im Brüsseler „Peuple“ in einer Polemik gegen den Genossen Louis Bertrand.

Ich kann mir Bertrand nicht als Minister Leopolds II. vorstellen. Ich kann mir nicht denken, daß die Arbeiterpartei eines oder zwei ihrer Mitglieder in eine Regierung schickt, die von Braun, Dupont oder Wiener präsidiert wird.

Aber, wird man mir ohne Zweifel einwenden, die Person des Monarchen kann wechseln. Der Tag kann kommen, an dem, unter einer Regierung, in der die doktrinaire Demokraten geworden sind, unter Bedingungen, wo die Mithilfe der Sozialisten unentbehrlich wäre zur Verwirklichung irgend einer großen Reform, man der Arbeiterpartei vorschlägt, an der Regierung teilzunehmen.

Ich habe nicht das Recht, im voraus zu sagen, wie die Arbeiterpartei unter günstigeren Bedingungen entscheiden wird. Aber das Recht habe ich zu konstatieren, daß alle Erfahrungen, die man bis heute gemacht hat, den schlagenden Beweis dafür erbracht haben, daß ein Sozialist, der in eine bürgerliche Regierung eintritt, sich früher oder später in einer moralisch unhaltbaren Situation befindet.

Ich spreche nicht vonURNS, der ein Liberaler, ein Radikaler ist. Aber Millerand, Briand. Ihr Beispiel ist uns so wertvoller, als es sich in einem wie im anderen Falle um Männer von Bedeutung handelt, die vom Standpunkte der praktischen Reform wirklich verdienstliches geleistet haben und denen man keineswegs vorwerfen kann, daß sie kleinlicher Eitelkeit oder eigenem Interesse nachgeben.

Ich frage also alle Sozialisten, sind die Erfahrungen mit Millerand und Briand nicht zwingend? Muß man künstig nicht zugeben, daß selbst in der Republik, in der Demokratie, selbst als Mitarbeiter mit Radikalen, ein Sozialist einer bürgerlichen Regierung nicht angehören kann, ohne sein Erstgeburtserbe für ein Einseitiger zu verkaufen, ohne daß er untätig die solidarische Verantwortung übernimmt für die Maßnahmen, die gegen das Proletariat gerichtet sind, ohne daß er schließlich alle die Verurteilungen anhört, welche seine Kollegen gegen den Sozialismus schleudern!

Aber, wird man einwenden, wenn es sich um einen Parteibeschluß handelt, der auf einem Kongreß gefaßt worden ist, dann heißt es doch, tatkräftige Mitarbeit, welche die Partei offiziell verlangt, und das ist doch etwas ganz anderes, als wenn der einzelne sich wählen läßt.

Zu der Tat ist das etwas anderes. Ich glaube sogar, daß das viel schlimmer sei.

Im ersten Fall haben sich Millerand und Briand die Hände beschmutzt.

Im zweiten läge der Makel auf der ganzen Partei.

Die persönlichen Erfahrungen Millerands und Briands kompromittieren nur sie selbst. Sie hatten nur zur Folge, daß man sie aus der Partei ausschloß. Millerand ist Herr Millerand geworden. Briand, so fürchte ich, ist auf dem Wege, Herr Briand zu werden.

Aber die Kollektivverführung würde die ganze sozialistische Partei kompromittieren, verbürgerlichen und von ihren Richtlinien abbringen. Sie hätte zur Notwendigkeit, daß der internationale Sozialismus beiseite geschoben würde. Sie würde zu einer Politik der Schonung, der KonzeSSIONen, der Kompromisse und der Entsagung nötigen, die jede „revolutionäre Propaganda bis zum äußersten“ unmöglich machte, welche uns unvermeidlich erscheint.

Die Parteigenossen im sozialdemokratischen Verein Rürnberg-Altendorf nahmen nach lebhafter Diskussion folgende Resolution gegen 2 Stimmen an:

„Die heutige Parteiversammlung spricht ihr Einverständnis mit dem Parteivorstand in der Massenstreikfrage aus. Sie begrüßt die Veröffentlichung des Protokolls der Konferenz der Zentralverbände, da sie der Auffassung ist, daß hierdurch die bestehenden Meinungsverschiedenheiten zwischen den Führern der Partei und der Gewerkschaftsbewegung am besten ausgeglichen werden. Die Versammlung steht in bezug auf die Frage des politischen Massenstreiks auf dem Boden der Jenaer Resolution und beauftragt ihre Delegierten (Dr. Adolf Braun und Parteisekretär Treu), in diesem Sinne in Mannheim zu wirken.“

Die Generalversammlung des sozialdemokratischen Vereins für Magdeburg und Umgebung beschloß, den Antrag der Kasseler Genossen auf Vermehrung der Parteisekretäre im Parteivorstand zu unterstützen. Abgelehnt wurde u. a. mit großer Mehrheit ein Antrag wonach es denjenigen Genossen, die in der Partei hervorragend tätig sind oder als Angestellte fungieren, zur Pflicht gemacht wird, aus der Landeskirche auszuscheiden.

Eine Parteiversammlung in Halle nahm einen von dem Genossen Redakteur Thiele eingebrachten Antrag mit großer Majorität an, wonach zur Herbeiführung einer engeren Fühlung zwischen dem Parteivorstande und den Parteiorganisationen sowie zwischen diesen letzteren selbst jährlich drei Konferenzen — gegen Jahresanfang, Anfang April und Anfang Juli — stattfinden sollen. Die Konferenzen, die sich aus etwa 60 bis 75 Delegierten zusammensetzen, sollen die Agitationen usw. vorbereiten und die provisorische Tagesordnung für den Parteitag festsetzen. Die Wahl der Delegierten soll durch Abstimmung in den Organisationen und zwar auf ein Jahr erfolgen. Die Dauer einer Konferenz soll in der Regel zwei Tage nicht überschreiten. Die Kosten trägt die Parteihauptkassette.

Der Wahlverein Langenbielau stellt den Antrag, daß die Parteitage regelmäßig in Berlin stattfinden sollen; es soll dies der Kostenersparnis wegen geschehen.

Im Lüneburger sozialdemokratischen Verein wurde folgender Antrag angenommen:

„Der Parteitag wolle beschließen, eine alle 14 Tage erscheinende Zeitschrift für Unterhaltung und Belehrung herauszugeben. Diefelbe müßte nicht zu sehr illustriert sein und nicht über 25 Pf. kosten.“

Die Generalversammlung des sozialdemokratischen Vereins für Neuh. a. L., die am letzten Sonntag in Altgommnia bei Greiz stattfand, war von 89 Delegierten besucht. Der Kassenerbericht ergab eine Einnahme von 3445,81 M., als Bestand verblieben 658 M. Eine lebhafte Debatte fand beim Punkt „Presse“ statt. Der Pressekommision in Gemeinschaft mit einer weiteren fünfgliedrigen Kommission wurde der Auftrag zuteil, eine Verbesserung der Preisverhältnisse herbeizuführen.

Nach einem Referat des Parteisekretärs Genossen Leber-Jena über Organisation und Agitation wurde eine Resolution angenommen, in der es heißt, daß von jedem Genossen, gleichviel ob er mehr in der Partei oder der Gewerkschaft tätig sei, verlangt werden müsse, daß er sich gegenwärtig halte, wie Partei und Gewerkschaften eins seien, und alles unterlasse, was die beiden großen Armeen der Arbeiterbewegung von einander entfremdet. Die Versammelten verurteilten aufs schärfste die persönlichen Ausfälle einzelner Gewerkschaftsvorstände, wie sie sich auf der Konferenz der Zentralvorstände in Berlin bei dem Punkt: „Partei und Gewerkschaften“ abgepielt haben. Die organisierte Arbeiterschaft von ganz Deutschland hat alle Ursache dafür zu sorgen, daß solche Extravaganzen auf Kosten der Arbeiterbewegung unterbleiben.“

Die Massenfreibewegung. Wir berichteten vor einigen Tagen unter dieser Stichmarke über eine Versammlung des sozialdemokratischen Vereins für den zweiten Hamburger Wahlkreis, in der Genosse Paul Hoffmann nach bürgerlichen Depeschendebatten gefragt haben sollte, der Parteivorstand habe im Januar in Hamburg den Massenstreik als Demonstration gegen die Verschlechterung des Bürgerrechtswahlrechts „geplant“ (soll wohl heißen: empfohlen) und Bebel habe es bedauert, daß statt des Massenstreiks nur eine Protestversammlung am Nachmittag zustande gekommen sei.

Wir fügten damals hinzu, daß wir im Bericht des „Hamburger Echo“ nichts dergleichen gefunden hätten. Jetzt wird uns aus Hamburg dazu geschrieben, daß Genosse Hoffmann in der Tat nicht das gesagt hat, was ihm die Depeschendebatten in den Mund legten, sondern daß die betreffende Stelle seiner Rede lautete:

„Wie gut derselbe (Müller) sich informiert zeigte, beweist die von ihm und Silberstein aufgestellte Behauptung, der Parteivorstand habe in Hamburg gebremst. Wer den Verlauf der Dinge in Hamburg kennt, wird wissen, daß alles andere eher wahr ist als dieses. Daß es Genossen Bebel, der als langjähriger Vertreter des ersten Hamburger Wahlkreises eng mit den hiesigen Verhältnissen verknüpft ist, nahe gegangen ist, daß zurzeit nichts weiter unternommen werden konnte, ist begrifflich.“

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Redakteursfreuden. Genosse Redakteur Mollenhuth vom „Volkswort“ in Halle muß am Sonnabend wegen Verleumdung eines Gutbesizers eine einmonatliche Gefängnisstrafe antreten.

Genosse Hoffmann von der freien Presse in Eiberfeld soll durch eine Notiz während des Banarbeiterstreiks eine größere Anzahl Polizeibeamte beleidigt haben. Unser Genosse hatte deswegen eine kommissarische Vernehmung, wobei sogar, wie bei einem Verbrecher, sein Signalement festgestellt wurde. Es fehlt also nur noch, daß man ihn — photographiert und dem Verbrecher-Album einverleibt. . . .

Wie man uns behandelt. Dem sozialdemokratischen Verein Eiberfeld-Warmen wurde der zum Parteifest geplante Festzug von den Obrigkeitlichen Eiberfelds und Warmens verboten.

Soziales.

Ueber die Arbeitszeit der gewerblichen Arbeiter in Preußen gibt der Jahresbericht der Gewerbeinspektionen für 1906 bemerkenswerte Aufschlüsse. Nach diesen Berichten ist klar ersichtlich, daß das Bestreben der organisierten Arbeiter, die Arbeitszeit in vernünftig begrenzten Bahnen zu halten, doch allmählich auch auf Verständnis bei den Unternehmern stößt und eine Verkürzung der Arbeitszeit mehr und mehr um sich greift. So berichtet der Aufsichtsbeamte für den Bezirk Darmstadt, daß die im Bezirk verlaufenden Ausstände meistens eine Verkürzung der Arbeitszeit, fast überall aber eine Vereinbarung über die Vermeidung der Überzeitarbeit im Gefolge gehabt haben. So haben in Darmstadt die Möbelschreiner eine 1/2stündige und vom 1. April d. J. eine 1/4stündige Arbeitszeit, die Tapezierer und Polsterer wie die Arbeiter einer Eisengießerei eine 1/2stündige Arbeitszeit vereinbart. Besonders auffällig ist die Ausbreitung der Arbeitsverkürzung im hessischen Fabrikbezirk Offenbach. Bahndrehschlag ging dort eine Seifen- und Parfümeriefabrik vor, die 185 Leute beschäftigt und welche die 10stündige Arbeitszeit erst verfahrensweise und dann definitiv in eine 8stündige umwandelte. Die Löhne der Arbeiter wurden entsprechend erhöht. Bezüglich der Erfahrung mit dieser Neuerung sagt der Bericht: „Die Fabrik hat bisher günstige Resultate erzielt, denn nach den bisherigen Erfahrungen ist die tägliche Leistung der Arbeiter gegen früher die gleiche geblieben.“ Bekanntlich ging dann auch die Stadt Offenbach dazu über, für ihre Arbeiter allgemein die 8stündige Arbeitszeit festzusetzen, das bedeutete z. B. bei den Arbeitern des Schlachthofes eine dreistündige Arbeitszeitverkürzung. Bei den Ofenarbeitern des Gaswerks war vorher schon die 8stündige Arbeitszeit eingeführt. Die Portierkassensarbeiter erreichten durch eine Lohnbewegung ebenfalls eine wöchentliche Arbeitszeit von 64 Stunden, während früher täglich 10—10 1/2 Stunden gearbeitet wurde. Ingesamt brachte diese Bewegung eine Verkürzung der Arbeitszeit von rund 8200 Stunden. Während bisher in den Metallwarenfabriken wöchentlich 60—63 Stunden gearbeitet wurde, wurde auf Drängen des Metallarbeiterverbandes fast allgemein die 8stündige Arbeitszeit eingeführt. Hierbei kommen 16 Fabriken mit 1620 Arbeitern in Betracht. Der Rest dürfte sich bald nachfolgen. Eine Schraubenfabrik versand sich dazu, ihren 470 Arbeitern den Sonnabendnachmittag freizugeben und den Lohn für die freigegebenen 3/4 Stunden zu bezahlen. Eben-

falls wurde durch den Druck und die Anregung der Organisationen der Schuhmacher wie der Buchbinder und Kartonnagearbeiter der Reinstundenbetrieb durchgeführt. Bei den Schuhmachern profitierten davon seit dem 1. Oktober 1905 1540 Arbeiter in 13 Fabriken, bei den Kartonnagearbeitern 400 Arbeiter in 20 Fabriken seit dem 1. Januar 1906.

Auch die Lithographen und Steindrucker in Offenbach wie in einigen Landorten dieses Kreises setzten in 15 Betrieben für 500 Arbeiter eine Festsetzung der Arbeitszeit für Lithographen auf acht und für Steindrucker auf neun Stunden durch, während bisher eine 1/2—10stündige Arbeitszeit üblich war. Im Bezirk Mainz betrug in 83 Proz. der Fabriken die Arbeitszeit im Sommer 10 Stunden und weniger. Die längste Arbeitszeit findet sich mit über 10 Stunden in den Biegeleien vor; aber auch da macht sich eine Herabsetzung der Arbeitszeit bemerkbar. Die geringste Arbeitszeit findet sich in den graphischen Berufen, denn in diesen ist in 59 Proz. der Betriebe eine 8stündige und in 26 Proz. die 1/2stündige Arbeitszeit durchgeführt. In Worms setzten die Möbelschreiner in 48 Betrieben die 8stündige Arbeitszeit durch. Wo Licht ist, fehlt bekanntlich auch der Schatten nicht, und so fehlen in den Betrieben auch nicht Beispiele von übermäßig langer Arbeitszeit. In einem Asphaltwerk des Bezirkes Worms wurden 10stündige Arbeitsschichten festgestellt, was freilich auf das Konto der Arbeiter selbst gesetzt wird, da der weite Weg zum Heimatsorte für diese Arbeitsschichten auslagelagert gewesen sei. In gleichen Bezirken wurde ein Besitzer einer Ringofengießerei deshalb angezeigt, weil er einen Brenner tagtäglich monatelang — selbst Sonntags — 18 Stunden beschäftigt. Recht eigenartige Sprünge machen zuweilen die Unternehmer, wenn es gilt, gesetzliche Bestimmungen zu umgehen. So sagten die Besitzer dreier Eisenhauerbetriebe des Bezirkes Darmstadt, daß sie nicht nötig hätten, die neunstündige Arbeitszeit einzuführen, weil sie fünf Arbeiter und weniger beschäftigten. Dabei stützten sich diese Herren anscheinend auf § 3 der Bundesratsverordnung, nach dem einzelne Teile der Verordnung auf Betriebe mit weniger als fünf Arbeiter nicht ohne weiteres anzuwenden seien. Im nun zu dieser reduzierten Arbeiterzahl zu kommen, hatte einfach ein Unternehmer seinen Betrieb mit seinem Sohn geteilt. Dadurch kamen auf jeden nur fünf Arbeiter und man glaubte, der gesetzliche Vorbehalt ein Schnippen schlagen zu können. Ja, die „blinden“ Fesseln können manchmal recht helfend sein. Auch um Ausreden bei Gesuchen um Arbeitszeiterweiterungen ist man nicht verlegen. „Notwendige“ Arbeiten sollten in einem Falle vorliegen und dabei stellte sich bei näherer Untersuchung heraus, daß nicht einmal bestimmte Termine für die Fertigstellung der Arbeiten angegeben waren. Der Wiesener Gewerbeinspektor klagt, daß die Kontrolle der neunstündigen Arbeitszeit in den Steinmetzgeschäften dadurch erschwert werde, wenn die Arbeiter, von dem Geschäftsinhaber instruiert, falsche Aussagen machten. Schlimm genug, wenn derartige passiert — aber zwingt nicht die Furcht vor dem Brotloswerden der Arbeiter zu derartigen Gesellschaftern dem Unternehmer gegenüber? Denn daß die Arbeiter nicht aus purem Gefallen an solchen Ungerechtigkeiten die Hand zu solchen bieten, zeigt ja die Feststellung der Tatsache durch denselben Berichterstatter, daß auf Grund von Mitteilungen aus Arbeiterkreisen einige recht empfindliche Verstärkungen erfolgten, wie die weitere, daß durch die Zunahme der Organisationsbestrebungen unter den Arbeitern solche ungesetzliche Vereinbarungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitern immer seltener werden. Ein neues Zeugnis für die alte Beobachtung, daß der Organisationsgedanke der Arbeiter zugleich der Lohnbrecher besserer, gesunderer Verhältnisse ist. In welcher Weise übrigens die Arbeiter „angeleitet“ werden, ungesetzliche Arbeitszeiten zu erklären, ergibt sich aus dem Umstand, daß in mehreren kleineren Sandsteinhauerbetrieben des Bezirkes Gießen die Gehülfen den revidierenden Beamten erklärten, als sie noch nach neunstündiger Beschäftigungsbauer in den Betrieben angetroffen wurden, daß sie „Privatarbeiten“ ausführten und hierzu von den Meistern die Erlaubnis zur Benutzung der Werkstätte erhalten hätten. Besonders Schwierigkeiten bietet die Durchführung der Bundesratsvorschriften betreffend den Betrieb von Gast- und Schankwirtschaften, speziell auch in Bad Nauheim, da dort die „Saisonverhältnisse“ vorgegeben werden, wenn Verstöße gegen die Angestellten zu gewöhnliche Ruhezeit ermittelt werden. Die vorstehenden Eintragungen in die zu führenden Verzeichnisse werden zwar jetzt, nachdem früher eine Reihe Verstärkungen erfolgte, gemacht, „ob aber der Wahrheit und Wirklichkeit entsprechend, ist bei den geschilberten Verhältnissen äußerst schwer zu ermitteln.“ Gab doch selbst eine Büffeldame dem Aufsichtsbeamten, den sie nicht kannte, gegenüber zu, daß, als ein Schuhmann nach ihren Ruhepausen und dem Verzeichnis fragte, sie erklärte, das Verzeichnis sei eingeschlossen und ihr Herr sei nicht zu Hause. Sie wußte aber, daß das Verzeichnis nicht vorchriftsmäßig geführt wurde. Wie sehr auch die Arbeiterforderung auf Vermehrung der Aufsichtsbeamten berechtigt ist, zeigt die Klage des Wiesener Beamten, daß sich z. B. jetzt eine wirksame Beanspruchung der Wärendbetriebe nach wie vor als schwer durchführbar erwiesen habe. Was helfen denn da die besten Verordnungen zum Schutze der Arbeiter, wenn sie nicht auf ihre Anwendung kontrolliert werden können. Zum Schluß noch ein Beispiel, wie man den gesetzlichen Vorschriften ein Schnippen schlagen kann. In einer Röhre des Bezirkes Gießen, die einem Konfitorium von Bauern gehörte, herrschte ein ununterbrochener Betrieb auch regelmäßig Sonntags, obwohl dort nur ein Röhrlurche angestellt war. Um dies zu ermöglichen, hatten die Eigentümer mit dem Angestellten einen Vertrag abgeschlossen, nach dem der Bürsche von Montag früh 6 Uhr bis Sonntag früh 6 Uhr für die Gesellschaft verpflichtet war und für diese Zeit dem Titel VII der Gewerbeordnung unterstellt war. Den Sonntag über hörte diese Unterstellung auf, denn da markierte der Bürsche den „Unternehmer“; er löste sich ein Gewerdepapier und führte dann „Privatarbeiten“ aus. Eine Anzeige wegen Übertretung der Sonntagsruhe gegen die Röhrgenossenschaft mußte daher von der Staatsanwaltschaft fallen gelassen werden. Eigentümlich ist nur, daß der betreffende Bürsche einige Jahre vorher durchaus kein Freund von Sonntagsarbeit war und als er an anderer Arbeitsstelle mit solcher beauftragt wurde, Beschwerde bei der Gewerbeinspektion erhob. Da kann man wohl seinen Schluß ziehen auf die Pfliffigkeit der oberhessischen Bauern.

Aus Industrie und Handel.

Wehr Fleisch!

Die Entwicklung der deutschen Viehzucht hat in den letzten Jahren nicht so zugenommen, wie es der Zunahme der Bevölkerung entsprechen würde. Das ist das wichtige Ergebnis der Viehzählung des Jahres 1904. Die Viehbestände sind in dem Zeitraum 1901—1904 langsamer gewachsen als in der um ein Jahr längeren Periode 1898—1900. Versolgen wir die Entwicklung der Viehzucht an der Hand der Zählungen seit 1892, so läßt sich dies ungünstige Ergebnis mit Händen greifen. Für Rindvieh, das für die Fleischversorgung nächst Schweinen am wichtigsten ist, ergeben die Zählungen folgende Resultate für das Reich:

	1000 Stück	Jährliche Zunahme in 1000 Stück
1892	17 555,7	—
1897	18 490,8	187,0
1900	18 939,7	149,6
1904	19 331,6	97,9

Die Bestände an Rindvieh wachsen also schon seit 1907 langsamer an als während der Periode 1892—97. Der jährliche Zuwachs betrug in der letzten Periode nur noch wenig über die Hälfte von dem Zuwachs während der ersten Periode. Noch ungünstiger stellt sich das Verhältnis für Preußen, wo die jährliche Zunahme in der ersten Periode 156,2, in der zweiten 108,1 und in der dritten nur 60,8 Tausend Stück betrug. Man zählt nämlich in Preußen an Rindvieh in 1000 Stück:

	1000 Stück	Jährliche Zunahme in 1000 Stück
1892	12 174,3	—
1897	14 274,6	420,0
1900	16 807,0	841,1
1904	18 920,7	522,5

Hier bleibt die Zunahme in der Periode 1901—1904 erheblich hinter der in der Periode 1898—1900 zurück. Wieder stellt sich der Zuwachs in Preußen am ungünstigsten. Er betrug hier in der ersten Periode 332,9, in der zweiten 525,6, dagegen in der dritten nur 309,2 Tausend Stück. Daß der Bestand an Schafen zurückgeht, ist eine schon lange beobachtete Tatsache. Bemerkenswert ist nur, daß der Grad des Rückganges in der Periode 1901—1904 wieder erheblich stärker war als 1898—1900. Anstatt auf eine Steigerung der Viehbestände bedacht zu sein, sucht man das anormale Preisniveau durch Aufzucht möglichst hoch verwerfbarer Schlachtwiebs auszunutzen, unbedünnt um die Folgen einer solchen Wirtschaftsweise für die gesamte Volkswirtschaft. Mit einer Deckung der Grenzen ist es nicht getan, denn die uns benachbarten Länder können nicht entfernt das Defizit in Deutschland decken. Es müßte vielmehr die überseeische Fleisch- und Viehfuhre förmlich organisiert werden, um namentlich den Industriezentren ausreichende Fleischmengen zur Verfügung zu stellen. Daß diese Lieferungen zollfrei eingehend müßten, braucht nicht weiter begründet zu werden. Durch diesen Wettbewerb würde der Preis für deutsches Fleisch nicht in dem bestirhten Maße geworfen, vielmehr ein starker Preisunterschied zwischen überseeischem und deutschem Fleisch bestehen bleiben, wie dies ja auch in England zwischen überseeischem und englischem Fleisch beobachtet wird. Weiter könnte durch Versorgung der Großstädte und Industriezentren mit Seefleisch auch in etwas die Fleischknappheit vermindert werden. Der Konsum an Fischfleisch bleibt in Deutschland auch viel zu sehr hinter England und Amerika zurück. Geschicht aber in der Frage der Fleischversorgung nichts, so geht nicht nur der Konsum weiter zurück, auch die Volkskraft leidet unter der unbefriedigenden Ernährung.

1892	1897	1900	1904
9871,4	10 552,7	10 877,0	11 156,1

Es fehlt während der letzten Periode sogar nicht an Probenzügen, in denen der Rindviehbestand absolut zurückgegangen ist, so in Schlesien, Sachsen, Westfalen, Hessen-Nassau und im Rheinland. Bei Schweinen ist die ungenügende Zunahme der Bestände gleichfalls erheblich. Man zählt nämlich im Reich Schweine:

	1000 Stück	Jährliche Zunahme in 1000 Stück
1892	12 174,3	—
1897	14 274,6	420,0
1900	16 807,0	841,1
1904	18 920,7	522,5

Stahlwerksverband. In der Generalversammlung des Stahlwerksverbandes wurde über die Marktlage folgendes berichtet: Das Geschäft in Halbzeug hat sich im Inlande sehr günstig entwickelt. Da die Nachfrage im ersten Quartal 1906 noch dringender wurde, stellte der Verband seine Verkaufstätigkeit nach dem Auslande fast völlig ein. Diese Maßnahme wird sich erst im zweiten und dritten Quartal 1906 bemerkbar machen, und zwar für den Inlandsmarkt in recht vorteilhafter Weise. Das Auslandsgeschäft in Halbzeug hätte lebhafter sein können, wurde aber durch Zurückhaltung der Verkäufe künstlich in engen Rahmen gehalten. Das Inlandsgeschäft in Eisenbahnmaterial war bedeutend besser als im Vorjahre. Die preussisch-hessische Eisenbahngemeinschaft und die süddeutschen Staatsbahnen haben von dem für sie sehr vorteilhaften Optionsrecht Gebrauch gemacht und die Verträge über Lieferung von Schienen, Schwellen und Kleinseisenzeug zu den bisherigen Preisen und Bedingungen für das Jahr 1906/07 verlängert. Ihr Bedarf wird den des Vorjahres erheblich übersteigen. Mit einigen anderen deutschen Staatsbahnen wurden neue Verträge geschlossen. Das Auslandsgeschäft in Eisenbahnmaterial nahm im Laufe des Jahres einen erheblichen Aufschwung, so daß die Preise stiegen. In Formeisen setzte das Inlandsgeschäft mit Beginn des Geschäftsjahres sehr lebhaft ein. Der Trägerkonsum ist im Inlande regelmäßig gestiegen. Allerdings entstand später ein Anfall durch den großen Ausfall der Wagnhandwerker im rheinisch-westfälischen Industriebezirk. Mit Beginn des 2. Quartals 1906 setzte wieder harter Wechsell ein. Im Ausland hielt die zu Anfang des Jahres 1905 bestehende günstige Lage nicht an; es trat vielmehr eine Ruhe ein, die fast bis Ende des Jahres anhält infolge von Anständen, Wettbewerb usw. Erst in den letzten Monaten begann sich das Ausfuhrgeschäft zu heben. Bei steigenden Preisen herrschte große Kauflust und es konnten beträchtliche Mengen aus dem Auslande hereingeholt werden. Verschiedene Abkäufer kamen mit Amerika zustande. Der Gesamtverkauf in Produkten A im zweiten Geschäftsjahr beträgt 5 471 898 Tonnen, er übertrifft somit die Vorkriegsziffer für diese Zeit (5 014 021 Tonnen) um 457 877 Tonnen oder 9,13 Proz.

Die Beteiligungsziffern konnten mehrfach erhöht werden und zwar die der Produkte B viermal um zusammen 16 1/2 Proz., die der Produkte C Stabeisen usw. dreimal um zusammen 14 1/2 Proz., Walzdraht zweimal um zusammen 15 1/2 Proz., Grob- und Feinbleche fünfmal um zusammen 29 1/2 Proz., Röhren viermal um zusammen 19 1/2 Proz. und Eisenbahnachsen viermal um zusammen 30 Proz.

In der Weiratsung des Stahlwerksverbandes wurden die Preise für Halbzeug um fünf Mark pro Tonne unter den bisherigen Bedingungen erhöht und der Verkauf für das erste Quartal 1907 freigegeben. Ferner wurde die Freigabe des Verkaufes von Formeisen für das vierte Quartal d. J. zu den bisherigen Preisen und Bedingungen beschlossen.

Liefer u. Wasmater. Das amerikanische Warenhaus John Wanamaker in New York und Philadelphia, das zu den größten Unternehmungen Amerikas dieser Art gehört, hat dem „Konf.“ zufolge mit dem Warenhause Tief in Berlin eine Vereinbarung dahin getroffen, daß diese Warenhausfirmen für die Folge sich gegenseitig ihre Einkaufsorganisationen zur Verfügung halten.

Ein gutes Jahr. Nach reichlichen Abschreibungen bringt die Geirr. Lapp-Aktiengesellschaft für Tiefbohrungen in Acherleben eine Dividende von 23 Proz. — im Vorjahre 20 Proz. — zur Verteilung. — Die Aktiengesellschaft Reichelbräu-Rulmbach kann nach hoch bemessenen Abschreibungen 10 Proz. ausschütten.

Aus der Frauenbewegung.

Einwirkung des Berufes auf die Gesundheit von Männern und Frauen.

„Zur Gesundheitskassette der Berufs.“ Unter diesem Titel schreibt Dr. Siegfried Rosenfeld-Wien in der Wochenschrift „Medizinische Reform“ einen Artikel, in welchem er u. a. auch untersucht (nach statistischen Darlegungen von Wiener Krankenassen), ob der Beruf auf Männer und Weiber in gleicher Weise einwirkt. Er kommt zu dem Schlusse, daß die schädigende Einwirkung des Berufes auf die Gesamtmorbidity sich bei beiden Geschlechtern so ziemlich die Waagschale hält und daß wir demnach im allgemeinen von einer geringeren Widerstandskraft des einen oder anderen Geschlechts gegenüber der Berufseinwirkung nicht reden können. Die Untersuchungen erstrecken sich auf folgende Berufe: Bäcker, Buchbinder, Buchdrucker, Dachdecker, Drechsler, Gärtler, Handschuhmacher, Gutmacher, Juweliere, Kleidermacher, Lithographen, Papiementiere, Schuhmacher, Seidenfärber, Webwaren-zurichter, Zunderbäder.

Das ist für diejenigen, die den Frauen bestimmte Berufe verschließen möchten und dabei vorgeben, daß nur die Sorge über die Gesundheit der Frau sie dazu veranlaßt, eine un-bequeme Feststellung. Es war stets ein sehr beliebter Grund, wenn man die Konkurrenz der Frauen fernhalten wollte, daß man erklärte, die Konstitution der Frauen sei nicht geeignet, diesen oder jenen Beruf auszuüben, den sie sich selbst a n g e h o r t h a t e n. Die Männer nahmen gewöhnlich das Recht in Anspruch, den Frauen bestimmte Berufe zuzuwenden — z. B. Rindholz-fabrikation —, für sich selbst aber jeden Beruf zu wählen, der erreichbar war. Dr. Rosenfeld kommt nach weiteren Untersuchungen zu dem genaueren Resultat, daß bis zum 25. Jahre die Morbidity

der Männer häufig größer als die der Frauen desselben Berufes ist, daß aber die Morbidität der Frauen vom 20. Jahre an, insbesondere aber zwischen dem 20. und 30. Jahre, zumeist größer als die der Männer ist. Er sagt ferner, daß auch ungefähr vom 30. Lebensjahr an die Frauen eine geringere Sterblichkeit als die Männer haben und sieht die Ursache dafür in der stärkeren Berufstätigkeit der Männer. Dann macht er darauf aufmerksam, daß die Frauen neben ihrer Berufstätigkeit auch noch der Schwangerschaft ausgesetzt sind, wodurch das häufiger vorkommende geringe Morbiditätsplus zumungunsten der Frauen wohl erklärt werden kann.

Dieser natürliche Verursacher der Frau, Mutter zu werden, ist zugleich der schwerste und gefährlichste, so schwer und gefährlich auch alle anderen Verursacher in unserem Kulturleben sein mögen, die gerade für die Arbeiter und Arbeiterinnen durch die steigende Ausbeutung und geringen Schutzmaßnahmen immer erhöhte Gefährdung für Leben und Gesundheit bedeuten.

Für die ausgesperrten Buchbinder Deutschlands

und eingezogen:

Liste 3162/6 11.55. Buchbinder-Gewerkschaftsartikel 1. Rate 45.—, Zentralverband der Buchbinder: Liste 317 Stübel u. Friedrichsen 11,80, Liste 319 Feuerhahn 11,50, Liste 320 Doehmann 4.—, Liste 321 Robbe 7.—, Liste 322 Lange 3,50, Liste 323 Hoff 12,10, Summa 40,90. Juliusturm 5. Reg. Treptow 20.—, Liste 2043 Ernst Walter 10,05. Verband der Verwaltungsbeamten auf Listen 2224, 25, 48, 50 14.—, Liste 641 Fortkreuter 2,20, Liste 699 9,40, Liste 699 H. Bod 13,05. Verband der Päder. Wittlichstraße Berlin 100.—, Annalidenfrage gewonnen H. D. durch G. B. 1.—, Verband der Töpfer auf Listen: 4081 1,50, 301 13,75, 4097 2,80, 4096 4,10, 4082 2,30, 3849 7,60, 247 8,35, 251 10,60, 3863 5,25, 4704 9,10, 3858 7,90, 297 9.—, 4698 5,50, 4699 7.—, 4684 12,10. Bau-Röhmigweg 4,05. Schüle 1,80, Summa 113,30. Angestellte der Nummerndruckerei der Töpfer 13.—, Liste 22 Karl Herrmann 7,64, Liste 3143 4,35, Liste 3009 2,20, Liste 4097 4,50, H. C. G. Turbinenfabrik: Liste 3833 Keltmann 19,20, 3834 Böde 14.—, 3836 Gieseler 20,20, 3832 Schreidtmannbau 34,95, 3835 Signalfabrik 21,65, 3827 22,85, 3828 9,30, 3829 9,75, 3830 11,35, 3831 2,65, Summa 165,90. Liste 3091 4,30. Liste 45 durch Winkler 9,45. Liste 71 Dorff 6,50. Verband Berliner Lehrkräfte 10.—, Liste 528 8.—, Liste 3045 1,50, Liste 686 H. Rabig 4,55. Verband der Holzbearbeitungsmechaniker, auf Listen: 2175 10.—, 2176 16,50, 2179 9,00 Summa 36,20. Liste 3160 3,35, Liste 402 6,75, Liste 615 1,25. Von Buchbinderei der Gesellschaftsbücherei Wilmshaus 65.—, Liste 3001 Töpfer, Pöcherer und Maschinenarbeiter der Firma R. O. Wegner

19,55. Liste 364 Kollegen der Firma Wolf u. Sohn 3.—, Kollegen der Maschinenfabrik Hinge, Berger u. Co. 5. Rate 7,50. Liste 3926 Kollegen der Firma Nürnberg Koch 9.—, Liste 15 3,50. Zentralverband der Stein- und Zementarbeiter Berlin II 50.—, Liste 3158 durch H. Dubzgal 5,10. Liste 554 Kollegen der Firma Hartung, Tempelhof 19,75. Liste 3037 Kollegen der Firma Hilde 8,75. Liste 4041 Kollegen der Firma Weich, Pöcherer u. Co., Canal 4 Tr. 21.—, Liste 629 2,70. Liste 630 11,55. Jahrbuch Teichmann 13,15. Listen 905 u. 215 Verband der Steinlehrer 18,05. Kollegen und Kolleginnen Wix u. Genet, Liste 4735 Carl Weide 12,85, Liste 4741 Carl Wolf 24,25, Liste 4733 Carl Hilde 11,45, Liste 4732 Carl Wolf 2,85, Summa 51,40. Liste 3206 Arbeiter der Albaumfabrik Vöber u. Runge 12,95. Genosse Braunbrecher für ein Meter in Kirdorf 10. 8. 06. 6.—, Kottenerer Norden 1903 3,60. Verband der Vorsteher auf Listen 51,45. Sechler-Kolleg 179 e 6,45. Liste 3208 Kollegen der Firma Hagerberg 8,95. Kollegen und Kolleginnen vom Werner-Werk auf Listen 2255 7,30, 55 7,15, 57 5,50, 59 7,35, 61 9,20, 63 14,60, 64 6,25, 65 8,10, 66 12,75, 67 14.—, 68 12,50, 69 11,75, 70 11,36, 71 4,35, 72 10,45, 73 8,35, 74 15,80, 77 29,25, 79 6.—, 80 6,60, 81 4.—, 82 12,35, 83 9,75, 84 7,60, 85 8,75, 86 12,35, 88 8,95, 89 5.—, 90 6.—, 91 4,35, 92 29,25, 95 13.—, 97 9,25, 98 6,05, Sa. 344,26. Hamb. Sechler durch Enders 15.—, Liste 4719 Heimlich 14,55. Liste 4038 Frau Zimmer 6,25. Liste 140/47 Herr Renner 4,60. Kol. Röhrezahl d. Schulz 27,50. Liste 4029 Neubau Friedrich Kori-Wer, darunter 29.—, Bierprozent, 40,25. Liste 4637 Neubau Wülfinger, darunter 25,10 Bierprozent, 38,40. Zentralverband der Brauer, Sektion der Glas- und Jemenbrönne, auf Listen 25,90. Liste 652 H. C. G., Turbinenfabrik, 15,95. Liste 80 4,25. Liste 648 7,10. Liste 422 durch Heine 5.—, Liste 3043 Wagner 1,20. Kollegen und Kolleginnen der deutschen Telefon-Werke auf Listen 147,10. Verband der Seiler (Lichtverwertung Berlin) auf Listen 229,80, darunter 26,40 von den Milliardeuren der Firma Tippelbrosch. Vom Arbeiter-Verband 240.—, Vom Verband der Töpfer auf Listen: 287 7,10, 286 10,25, 285 14,25, 284 8,45, 283 10,50, 254 7,70, 4702 6,95, 273 4,85, 4078 0,50, 77 2,50 76 9.—, 3840 8,55, 4700 7,15, 252 3,30, 259 5,50, zusammen 111,55. Vom Aktionsausschuß auf Listen 1781,57, welche in der Einzahlung schon verrechnet sind. Liste 752 Seemannchen d. H. Rigge 14,95. Liste 758 Formor Hartung, Moabit 14.—, Liste 754 12,15. Liste 757 15,05. Liste 759 Bauhilf d. Ernst Wittig 21,95. Liste 769 5,15. Liste 829 9,85. Liste 841 12,80. Liste 842 13,65. Liste 851 23,20. Liste 852 Tischlerei Gieseler u. Conrad, Wilmersdorf 23,80. Liste 859 19.—, Liste 863 2,35. Liste 867 11,30. Liste 866 8,15. Liste 869 3,85. Liste 871 4,20. Liste 872 7,80. Liste 877 Arbeiter d. Firma Paul Rege, Seandenburgstr. 75 9,75. Liste 876 3,55. Liste 2901 durch Salomon 7,55. Liste 2303 17,70. Liste 2305 5.—, Liste 2307 2.—, Liste 2312 5,05. Liste 2318 durch Streich 8,40. Liste 2319 9,10. Liste 2321 4.—, Liste 2323 durch Reige 15,55. Liste 2329 Maurer u. Bauarbeiter am Kriminalgericht Moabit 18,05. Liste 2331 Zentralorgan, Zimmerer, 12. Bezirk 2,70. Liste 2339 Beschäftigte 16.—, Liste 2341 14,25. Liste 2342 7,45. Liste 2345 Bau Vahnenhofer

Watterer, Moabit 8,00, Liste 2346 6,10. Liste 2347 12,90. Liste 2348 Gieseler u. Gölke, Bernerstr., Abteilung Siegmund 22.—, Liste 2349 5,25 von den Bohren der Firma Ernst Jakob, Listen 2352 5,50, 2353 2,50, 2359 7,80, 2340 8.—, 2342 6,50, 2343 5,85, 2344 1.—, 2347 12,05, 2349 1.—, 2350 10,75, 2351 9,70, 2354 5.—, 2356 8,40, 2357 1,50, 2358 5,10, 2359 20,70 von den Arbeitern der Schuhfabrik Rosenbergl, Listen 2361 6,75, 2369 2,30, 2370 1,70, 2371 9.—, 2372 2.—, 2373 7,55, 2374 4,85, 2375 10,10, 2377 11,30, 2378 7,40, 2379 1,15, 2380 6.—, 2381 2,25, 2390 27,92 aus dem Hahnenfelder Vahnenhofer Nordost durch Gieseler, Listen 2391 9,50, 2392 4,35, 2393 9,70, 2394 1,40, 2395 5.—, 2396 24,30, 2397 10,25, 2398 2.—, 2399 8,40, 3000 5,05, Liste 4802 3,50 durch Richard Marls, 4811 2,70, 4813 13,40 Tischlerei Dehlschläger, Gieselerstr. 41, 4816 4,40 durch Streich, 4819 9,85 Treppengießerfabrik, Doppeltrepp, 2310 3,90, 2311 5,55, 2376 8.—, 2380 13,60, 2382 11,45, 2384 63,45 Turbinenfabrik, Wst. Ulrich u. Radom, 2385 1.—, 2386 4,65, 2389 2,40, 2395 11,15, 2313 6,30, 2317 3,60, 2318 21,75, 2319 6,50, 2320 9,80, 2328 4,20, 2329 14,50, 2330 14,50, 2331 15,70, 2332 1,75, 2333 9,80, 2334 4,50, 2335 5,90, 2321 10,80, 2331 9,95, 2335 9,80, 2344 14,70, 2345 5,60, 2352 7,10, 2355 5,90, 2359 8.—, 2370 28,40 Tischlerei, Turbinenfabrik, 5077 10.—, 5080 4,80, 2412 2,65, 2416 2,75, 2417 5,90, 2418 6.—, 2419 10,50, 2421 34,25, 2422 13,45, 2423 26,60 gesammelt durch E. Benfel, 2424 11,20, 2427 14,95, 2432 2,20, 2434 13,20, 2436 13,30, 2438 13,30, 2441 11,25, 2442 23,40 vom Werk Wilmad durch Otto, Elio, 2443 2,55, 2444 6,10, 2448 7,15, 2450 15,10 durch H. Kuffin, Köllinerstraße 27, 4893 11,95, 4894 12,90, 4895 9,55, 4902 21,25, 4903 8,30, 4907 2,55, 4908 3,65, 4910 10,65, 4915 25,60 Firma Grauert, Strauß, Abteilung Gieseler, 2831 10,35, 2834 33,40, 2848 14,65, 2850 15,25 (Beitrag 545), 2851 17,80 G. L. 2859 11,75, 2861 17,40 Präzisions-Werkzeugmaschinenfabrik, 2865 5.—, 2867 11,40, 2886 2,60 Bezirk 716, 2887 9,70 Fenger, 2890 25,75 Fabrik Bergmann Abteilung Schmar, 2892 7,70, 2893 17,75, 2894 9,65 Berlin, 2905 2,10 Fritz Röhre, 2906 17,95 von den Arbeitern der Gieseler Gebr. Arnold, Fennstraße, 5287 26,05 von den Arbeitern der Firma Volgan, 5290 11.—, 5301 11,00 von den Arbeitern der Firma Volgan.

Im ganzen 2346,75 M. Beilags quittiert 24134,01 M. Summa 26480,75 M.

Weitere Gelder sind zu richten an Alwin Körsten, Berlin SO., Engel-Ufer 15.

Der Aufsicht der Berliner Gewerkschaftskommission.

Es werden alle Genossen und Vertrauensleute höflichst ersucht, so bald als möglich die nach anstehenden Listen abzurechnen.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Sonnabend, den 25. August. Anfang 7 1/2 Uhr.

Oberhaus, Fra Diavolo. Schauspielhaus. Cifella. Neues Operntheater. Die Fledermaus. Deutsches. Ein Sommernachts Traum.

Anfang 8 Uhr.

Leffing, Traumulus. Berliner. Sherlock Holmes. Schiller O. (Wagner-Theater.) Moritz-Oper. Die Afrikanerin. Schiller N. (Friedrich Wilhelm-Schauspielhaus-Theater). Geschlossen. Komische Oper. Hoffmanns Erzählungen.

Westen. Die lustige Witwe. Residenz. Die Höhle des Löwen. Zentral. Der Kastelbinder. Trianon. Die Rotbrücke. Kuffelhaus. Spaghenliebe. Kleines. Rimenjense. Diplomatie in der Ehe. Das Trottoir roulant.

Carl Weiß. Wela. Deutsch-Amerikanisches. Im wilden Westen. Metropol. Auf ins Metropol. Apollo. Berlin im Omnibus. Das blaue Bild. Spezialitäten. Wintergarten. Spezialitäten. Passage. Spezialitäten. Reichshallen. Stettiner Sönger. Urania. Tondenzstraße 48/49. Abends 8 Uhr: Im Lande der Mitternachtsonne. Sternwarte. Juwelenstr. 57/62.

Ferdinand Bonus Berliner Theater. Sonnabend und folgende Tage: Sherlock Holmes. Anfang 8 Uhr.

Kleines Theater. Anfang 8 Uhr. Mimensiege. — Hille Bobbe. Die Schlangendame. Sonntag nachm. 3 Uhr: Nachtsyl. Abends 8 Uhr: Ein idealer Gatte. Montag: Ein idealer Gatte.

Neues kgl. Operntheater (Kroll). Anfang 7 1/2 Uhr. Sonnabend, den 25. August: Sondervorstellung. Die Fledermaus mit Konzerteinlage. Mitwirkende: L. Godowski, Fr. Provasi, Ludwig Wöllner. Vorverkauf im kgl. Opernhaus, Schalter II, A. Wertheim und Invalidendank.

Komische Oper. Heute abend 8 Uhr: Hoffmanns Erzählungen.

Sonntag: Hoffmanns Erzählungen. Montag zu volkstümlichen Pr.: Hoffmanns Erzählungen. Dienstag: Hoffmanns Erzählungen.

Bernhard Rose-Theater. Gesundbrunnen, Badstraße 58. Täglich: Das Sensations-Angust-Spezialitäten-Programm. U. a.: Paul Coradini. Neiß Troupe. Steffen Bros. Außerdem 15 Attraktionen. Im Saale: Großer Ball. Anfang 4 1/2 Uhr.

Urania.

Wissenschaftliches Theater. Heute im Theater 8 Uhr: Im Lande der Mitternachtsonne.

ZOOLOGISCHER GARTEN. Täglich ab nachmittags 5 Uhr: Großes Militär-Doppel-Konzert. Eintritt 1 M., v. 6 Uhr ab 50 Pf. Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.

Zentral-Theater. (Operette). 8 Uhr: Kastelbinder. Operette in 3 Akten.

Luisen-Theater. Reichenbergerstr. 34. Eröffnungs-Vorstellung Die Hochzeit von Valeni. Sonntag nachmittags 3 Uhr: Die Ahnfrau. Abends 8 Uhr: Die Hochzeit von Valeni.

Lustspielhaus. Täglich 8 Uhr: Spaghenliebe.

Deutsch-Amerikanisches THEATER. Köpenickerstr. 67-68. Jeden abend 8 Uhr: Gastspiel Adolf Philipp: Im wilden Westen. Sonntag nachm. 3 Uhr halbo Preis: „Übern großen Teich.“

Residenz-Theater. Direction Richard Alexander. Heute und folgende Tage Anf. 8 Uhr: Die Höhle des Löwen. Schwan in 3 Akten v. R. Harnquin und W. Villand. Gaston Thallendreg: Rich. Alexander.

Apollo-Theater. 10 Uhr: Novität: 10 Uhr: Berlin im Omnibus. Im zweiten Bilde: Der Omnibus, Zeit. Vorher: Gute Spezialitäten! Ab 7 1/2 Uhr: Gartenkonzert. Anfang 8 Uhr.

Trianon-Theater. Anfang 8 Uhr. Die Rotbrücke.

Prater-Theater. Kastanien-Allee 79. Zwischen Himmel u. Erde. Milardo, Dumovist. Borussia-Sextett. Sands Sportakt. „Der grüne Teufel“ große Fantomime. Konzert. Ball. Anfang 4 Uhr. Eintritt 30 Pf. Nummerierter Platz 50 Pf.

Reichshallen. Täglich: Stettiner Sönger. Anfang Sonntag 8, Sonntag 7 Uhr.

Volksgarten-Theater. Gäststr. 8 (Sehm- u. Beckermannstr.) Täglich: Konzert, Theater u. Spezialitäten. Das neue August-Programm! Monte Christo, The Barret, Henry Sago, Verona de Fossace, Verbands-Lustspieltheater. Hierzu: „Auf fremder Erde“. Große Ausstattungsstück mit Gesang.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Wagner-Theater). Moritz-Oper. Sonnabend, abends 8 Uhr: Zum letztenmal: Die Afrikanerin. Große Oper in 5 Akten v. Giacomo Meyerbeer. Sonntag, nachm. 3 Uhr, bei halben Preisen: Die Zauberflöte. Sonntag, abends 8 Uhr: Carmen. Montag, abends 8 Uhr, Das Nachtlager in Granada.

Schiller-Theater N. (Friedr.-Wilh. Th.) Moritz-Oper. Sonnabend: Geschlossen. Sonntag, abends 8 Uhr: Letzte Opernvorstellung und Abschied Heinrich Bütel: Der Troubadour. Montag, abends 8 Uhr: Eröffnung der Schauspiel-Season. Weh' dem der lügt. Im Garten kgl. gr. Militär-Konzert.

Castans Panoptikum Friedrichstraße 165. Dreyfus — Esterhazy Oberst Picquard 1389L* Schreckenkammer — Hennig

Landes-Ausstellungspark. Neu erbaut: Festsaal, Café u. Konditorei, gedeckte Gartenhallen, Fontaine lumineuse. Dejeuners von 2,50 Mark an bis 2 Uhr nachmittags. Diners von 3,50 Mark, Soupers von 4 Mark an. Täglich: Doppel-Konzert.

Schloß Weißensee. „Zum Sternecker“. Inhaber C. Koch. Sonntag, 26. August. Große Sehenswürdigkeit, nur kurze Zeit: Afrika. Dorf mit 53 Eingeborenen, zahlreiche Tiere. — Fantasia, geritten vor dem deutschen Kaiser in Tanger. Erste Vorstellung Sonntags 11 1/2 Uhr, zweite Vorstellung 4 1/2 Uhr usw. Gr. Militär-Konzert. Spezialitäten-Vorstellung. Künstler ersten Ranges. Entree 50 Pf. Kinder 20 Pfennig.

Max Kliems Sommer-Theater. Hasenheide 13-15. Reichliche Leitung: Paul Milbitz. Täglich: Gr. Konzert, Theater und Spezialitätenvorstellung. Jeden Montag: Sommerfest. — Jeden Mittwoch: die beliebtesten Kinderfeste. — Jeden Donnerstag: Elite-Tag.

Metropol-Theater. Henry Bender. Josef Giampietro. Fritz Massary.

Carl Weiß-Theater. Gr. Frankfurterstr. 132. Im Theater: Täglich 8 Uhr: Adele. Sonntag, den 26. August, nachmittags 3 Uhr, zu H. Preisen: Adele. Im Sommergarten täglich: Große Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 5 Uhr.

Reichshallen. Täglich: Stettiner Sönger. Anfang Sonntag 8, Sonntag 7 Uhr.

Volksgarten-Theater. Gäststr. 8 (Sehm- u. Beckermannstr.) Täglich: Konzert, Theater u. Spezialitäten. Das neue August-Programm! Monte Christo, The Barret, Henry Sago, Verona de Fossace, Verbands-Lustspieltheater. Hierzu: „Auf fremder Erde“. Große Ausstattungsstück mit Gesang.

Reichshallen. Täglich: Stettiner Sönger. Anfang Sonntag 8, Sonntag 7 Uhr.

WINTER GARTEN

Großer Erfolg des Eröffnungs-Programms. Robert Steidl, Humorist. Das Entfest, engl. Ballettsoz. Paul Conchas, Kraftjongleur. Bonhair Gregory, Akrobat-Truppe. Campbell und Johnstone, komische Radfahrer. Der Biograph. Mia Werber, Söngerin. Chung Ling Seo, chin. Zauberkünstl. De Wit Burns und Terrano, amerikanische Exzentriks. Die Pisslutti, Reitakt. Ferry Corway, musikal. Klown. Price u. Toledo, Kontorsionisten. Anfang 8 Uhr.

Fröbels Allerlei-Theater. Schönhauser Allee 148. Klown Dolly ist da! Taglioni Ballett-Ensemble. The Regals musikalischer Akt. Das Bild des Vaters. Volkshaus in 2 Akten. Anf. 4 1/2 Uhr. Tanz. Entree 30 Pf.

Folies Caprice. Linienstr. 132, Ecke Friedrichstraße. Dir. Felix Borg. Premiere Sonnabend, den 1. September. Vorverkauf bei Wertheim und an der Theaterkasse. W. Noacks Theater. Direction: Rob. Dill. Brunnstr. 16. Theater, Konzert, Spezialitäten. Director Dill in Försters Wilhelm. Fredo Seyband, bester Verwandlungs-Charakter-Schauspieler. Anfang 6 Uhr. Kaffeeküche von 3 Uhr. Bei schlechtem Wetter: Vorstellung im Saale.

Passage-Theater. Anfang 8 Uhr. Nyssima international. Couplet-Söngerin. Auf der diesjährigen Schönheits-Konkurrenz in Karlsbad mit dem ersten Preise gekrönt. 14 erstklassige Nummern!

Diez' Spezialitäten-Theater. Landsberger Allee 76/77, direkt Ringbahnstation. Nur noch bis 30. August 1906. 16 Löwen mit noch nie gesehenen Tricks! u. a.: Auf-treten der englischen Tänzerin Miss Viola im Löwenkäfig. 4 neugeborene Löwen werden im Publikum herumgeführt! Dazu das beste Programm Berlins! — Nur Sensations-Bite! Anfang 4 Uhr. — Entree 30 Pf. — Vorzugsk. gültig.

Palast Theater. Burgstr. 24, 2 Min. v. Bahnhof Börse. Sonnabend, 1. September, 8 Uhr: Beginn der XII. Saison. Das Elite-Eröffnungs-Programm. 15 Debüts. Zum erstenmal: Der Sommerleutnant.

Gstbahn-Park. Am Küstrinorplatz, Rüdersdorferstr. 17. Hermann Imbs. Täglich: Gr. Konzert, Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.

Nur noch 5 Tage! I. Deutsch-Amerikanischer Cirkus

von Norton B. Smith. Direktor Nat. Behrens. Berlin, Memelerstraße, am Comeniusplatz. Sonnabend, den 25. August cr. nachmittags 4 Uhr: Einzige Familien-, Fremden- und Kinder-Vorstellung bei billigen Eintrittspreisen. In dieser Nacht: Vortell bezogen Groß u. Klein für Logen 1,50 Pf. Eintritt 1 M., 1. Platz 60 Pf., 2. Platz 40 Pf., Gallerie 20 Pf. Sonnabend, 25. Aug., abds. 8 Uhr: Big Light Evening bei geschätzlichen Preisen. Rendezvous der vornehmen Welt.

Sanssouci. Kottbuser Straße 1a. Sonntag, Montag, Donnerstag und Sonnabend: Hoffmanns Nordd. Sönger und Tanztrönschen. Heute: Wegen großer Vereinsfestlichkeit geschlossen. Sonntag, 26. August, abds. 8 Uhr.

Palast Theater. Burgstr. 24, 2 Min. v. Bahnhof Börse. Sonnabend, 1. September, 8 Uhr: Beginn der XII. Saison. Das Elite-Eröffnungs-Programm. 15 Debüts. Zum erstenmal: Der Sommerleutnant.

Gstbahn-Park. Am Küstrinorplatz, Rüdersdorferstr. 17. Hermann Imbs. Täglich: Gr. Konzert, Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.

Diez' Spezialitäten-Theater. Landsberger Allee 76/77, direkt Ringbahnstation. Nur noch bis 30. August 1906. 16 Löwen mit noch nie gesehenen Tricks! u. a.: Auf-treten der englischen Tänzerin Miss Viola im Löwenkäfig. 4 neugeborene Löwen werden im Publikum herumgeführt! Dazu das beste Programm Berlins! — Nur Sensations-Bite! Anfang 4 Uhr. — Entree 30 Pf. — Vorzugsk. gültig.

Schweizer Garten
Am Königstor — Am Friedrichshain.
Täglich:
Theater und Spezialitäten.
Sonntag, den 25. August cr.:
Extra-Vorstellung.
Straulaner Festsings-Fest.
Großer humoristischer Lustspiel.
Fadellustspiele. Auf der Bühne:
Volksbelustigungen. Im Saale:
Kroben- und Badisch-Ball.
Arm und reich.
Vollständ. mit Gesang in 2 Akten.
Entree 30 Pf., reiner Pl. 40 u. 55 Pf.
Alle Sommerarten hab. Gültigkeit.

Welt-Ausstellungs-Biograph (St. Louis)
Theater lebender Photographien mit abwechselndem Abnormitäten-Programm.
Verbindung mit größter Film-Fabrik Frankreichs, daher täglich neueste Bilder.
Den ganzen Tag Vorstellung.
Otto Pritzkow, Münzstr. 16.

Etablissement Bugenhagen
Horstplatz.
Täglich im Garten begibt.
in den unteren Sälen

Gottschalk Freikonzert
Mittwoch u. Sonnabend: Freilanz.

Borussia-Theater u. Festsäle
Zuh.: J. Leschkowski
Ackerstr. 67. Teleph.: Amt III, 2074.
4 elegante Festsäle, 150, 300, 500 Personen fassend, mit Bühnen, für Hochzeiten, Vereinsfestlichkeiten, Veranlassungen bestens empfohlen.
Jeden Mittwoch und Sonntag:
Großer Ball.
Tanzschule S. Weber.
Anfang neuer Kurse jeden Monat.
Täglich Musikbörse 10-2 Uhr.

!!Buss Salon!!
Große Frankfurterstr. 85.
Inhaber: Chr. Theol.
Sonnabende im Sept., Oktober und November noch frei für Vereine usw.
Totenfontäne auch noch zu vergeben.

Gustav Behrens Theater,
Berlin O.,
Frankfurter Allee 85.
Das Auffehen erregende
Eröffnungs-Programm.
15 erstklassig. Nummern
Paul und Mary Wilson
Gedankenübertragung
in höchster Vollendung.
Anfang 7 1/2 Uhr. Sonntag 5 1/2 Uhr.

Berolina
Verein. Mineralwasserfabrik,
G. m. b. H.
Berlin S. 59
Haybach-Ufer No. 9.
Spezialität:
Bero-Sekt
feinstes alkoholfreies
Erfrischungs-Getränk.
Gen.-Vertret.:
1938L*
Aachener Kaiserbrunnen.

Kolonie Röntgenhöhe,
Stat. Buch-Röntgenhof, gesunde
hohe Lage, Sandparzellen noch billig.
[Karte p. 12,50 M. an. Größe zu
kauf. Nächster Nähe b. Zerrain
Straßenb. Berlin-Buch in Sicht.
Wochen. nächtl. Sonn. tagsüber a. d.
Zerrain. Hohenberg, Ramistr. 33. *

Ausschneiden!
94 Kottbuser Damm 94
Keller.
Vorkauf von
Militär-Hemden,
Drellhosen, weißleinenen Hosens,
Tuchhosen, Litewken, Hand-
schuhen, Unterhosen, Mänteln etc.
Spezialität!
Militär-Stiefel und
Schnürschuh alt und
neu
in großer Auswahl.
für jedermann
in reichlicher
Auswahl! Stoffhosen, engl.
Lederhosen, Manchester-
Hosen, Maurer-Anzug,
Socken etc. 1764L*
— Alles sehr billig!
Feste Preise!

Deutscher Holzarbeiter - Verband.
Zahlstelle Berlin.
Achtung! Möbelpolierer! Achtung!
Montag, den 27. August, abends 8 1/2 Uhr, im Königstadt-Kasino,
Holzmarktstraße Nr. 72:
Branchen - Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Kollegen Nitschko über: „Massenlumpen“. 2. Wie
stellen sich die Kollegen zur Erneuerung des Vertrages. 3. Branchen-
angelegenheiten. 4. Verschiedenes.
NB. Es wird jedem Kollegen hiermit zur Pflicht gemacht, der wich-
tigen Tagesordnung wegen pünktlich zu erscheinen.
91/12
Der Obmann.

Achtung! Tischmacher! Achtung!
Sonntag, den 26. August, vormittags 10 Uhr,
im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Saal 1:
Branchen - Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Wie stellen sich die Kollegen zum neuen Tarif? 2. Werkstatt-
angelegenheiten. 3. Verschiedenes.
Die Kollegen der Branche sind besonders dazu eingeladen!
Der Obmann.

Deutscher Metallarbeiter - Verband.
Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin Hauptbüro:
Zimmer 34, Amt 4, 3353. Engel-Ufer 15. Zimmer 1-5, Amt 4, 9679.
Die Branchen - Versammlung der Werkzeugmacher findet
am Montag, den 27. August nicht statt.

Zur gefälligen Beachtung!
Die Auszahlung der Erwerbslosen-Unterstützung für Kranke
sowie die diesbezüglichen Meldungen finden nicht mehr Engel-Ufer 15,
Zimmer 34, sondern
Engel-Ufer 19, parterre
statt. — Die Bureaustunden bleiben dieselben, von vormittags 9 Uhr bis
mittags 2 Uhr.
Die Kreisverwaltung.

**A.-E.-G.-Arbeiter (Brunnen-
Straße.)**
Sonntag, 26. August, vormittags 9 1/2 Uhr, im Zwinemünder
Festsaal, Zwinemünderstraße 42:
Versammlung
aller derjenigen Kollegen, die in diesem Werk beschäftigt gewesen sind
und den 1. Mai durch Arbeitsruhe gefeiert haben.
Tages-Ordnung: 1. Stellungnahme zu dem Beschluß der Orts-
verwaltung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes betreffs der Arbeiter in
der A.-E.-G., Brunnenstraße. 2. Diskussion.
Alle Kollegen, welche den 1. Mai durch Arbeitsruhe gefeiert haben und
in der A.-E.-G. beschäftigt waren, auch wieder beschäftigt sind, müssen
erscheinen. — Einfluß nur gegen Vorzeigung des Entlassungs-
zeugnisses vom 1. Mai 1906.
Die ehemaligen Funktionäre.
Heinrich Hilpert, Lindenstr. 130. Eduard Moyer, Brunnenstr. 61.

Für
Lichtenberg u. Umgegend
mache ich hierdurch bekannt, daß ich mich
Frankfurter Allee 4 II,
vis-à-vis der Wohnung des kürzlich verstorbenen Sanitätsrats Dr. Brockmann,
als prakt. Arzt
und Spezialarzt für Kinderkrankheiten
niedergelassen habe.
Dr. Britz.

Zur Einsegnung
Anzüge
aus fein geripptem schwarz.
Kammgarn sowie aus halt-
baren Cheviot-
stoffen, sauberste
Ausführung, von M. 12 50
Anzüge
aus prima tief-schwarzen
Kammgarn- u. Tuch-Kamm-
garnstoffen in best.
Zutaten, eleganter
Sitz, von . . . Mark 17 50
nach Maß
Garantie für
gutes Passen v. M. 24 —
M. Schulmeister
Schneidermeister
Dresdener Straße 4, am Kottbuser
Tor.

Blitz-Schnell
kommt man mit der Hochbahn zu Weingarten, Gitschinerstr. 72,
Station im Hause. Empfehle:
1 Posten Monats-Anzüge, 1 Posten Monats-Paletots,
1 Posten Monats-Beinkleider zu staunend billigen Preisen,
auch für totpulente Herren passend.
Dieselben sind von feinen Robastieren und Reßenden, die nur einen
Monat ihre Garderobe tragen. 5352*
Fahrgeld wird vergütet. * Bitte auf Hausnummer zu achten.

**Jeder Arbeiter,
Jeder Handwerker
sollte zur Arbeit**
die Lederhose Herkules tragen.
Wein-Verkauf. Sehr starkes Leder in
drahtigen grünen u. braunen Streifen,
auch einfarbig. Am Bund aus einem
Stück gearbeitet. Sehr feste Knop-
nähte. Haltbarste Blot-Laschen.
Große Hüllen umloht. Die Hose
bei Aufnahme von
6 Stück 35 RM. **4 RM. 50**
Wannsee-Hose Marke Gam-
brinus, Zwirnleiste . . . 5 RM. 50
Gefähtert. Wamsel-Jackett 14,50, 8,75
Schlantes Monteur-Jackett 1 RM. 90
Schlantes Monteur-Jose . . . 1 RM. 50
Schlantes Monteur-Jackett,
prima Köper-Gewebe . . . 2 RM. 50
Schlantes Monteur-Jose,
prima Köper-Gewebe . . . 2 RM. 10
Weiße Präseur-Jacketts 3,50, 2 RM. 75
Rondior-Jackett, weißig . . . 4 RM. 50
Kaler-Kittel . . . 3,—, 2,50, 2 RM. 25
Mechaniker-Kittel (braun) 3,—, 2 RM. 40
Weiße Lederhosen . . . 7,50, 3 RM. 75
Kesselmacher-Kittel, blau,
nach Verzicht 5 RM. 50
Die Preise gelten für normale Größen.
Baer Sohn
En gros. Export. En detail.
Chansestr. 24a/25. Bräudenstr. 11.
Gr. Frankfurterstr. 20.
Das 29. Haupt-Festbuch 1906 wird
losgelassen und portofrei zugesandt.
Bei Bestellung von Hosen ist die
Zunahme und die Schrittlänge, bei
Jacketts und Kitteln die Brustweite
anzugeben. 17222*
— Versand von 20 RM. an franko. —
Nachdruck verboten!

**Feurig-süßer
Kraft-
Rotwein.**
Bismarck
u. Krampen
erzogen
empfehlen
136. 20
L. 1764L*
Spezial
zu haben.
Santa Lucia
In Apotheken, Drogen- u. Delikat-
Gesch., steht unt. ständ. Kontrolle
des ehem. Laborat. Dr. C. Bischoff.
17222*

Eine Mark
wöchentliche Teilzahlung liefert
elegante fertige Herrenmoden
Bestellungen nach Maß, tadellose
Ausführung i. eigener Werkstatt.
Spezial-Geschäft für
Herren-Bekleidung.
Kein Waren-Kreditgeschäft.
J. Kurzberg.
An der Jannowitzbrücke 1, 1.
Bahnhof Jannowitzbrücke.

Nathan Wand
129 Stalherstr. 129.
Die schönsten 20102*
Herren - Sommer - Paletots
und Anzüge in neu
sonie speziell
Monats-Garderobe
von stabileren getragenen Sachen,
fast neu, für jede Figur passend,
speziell Bauchanzüge sind in
großer Auswahl stets zu staunend
billigen Preisen zu haben.
Nathan Wand
129 Stalherstr. 129.
Hochbahnstation Kottbuser Tor.
Bitte auf Hausnummer zu achten.

Eine Mark
wöchentliche Teilzahlung liefert
elegante fertige 2006L*
Herren-Garderobe
— Ersatz für Maß. —
Anfertigung nach Maß.
Tadellose Ausführung.
Julius Fabian,
Schneidermeister,
Große Frankfurterstraße 37, II.
Eingang Straußberger Platz.

**Arbeiter-
Berufs-Kleidung.**
Trikotagen
Herren - Artikel
jetzt
Brannenstraße 158.
zweites Haus von d. Anklamstr.
Gelber Saden.

**Verband d. baugewerblichen
Hilfsarbeiter Deutschlands.**
Zweigverein Berlin u. Umgegend.
Bezirk Köpenick.
Am Mittwoch, den 22. d. M.
verstarb nach kurzer Krankheit
unser langjähriges Mitglied
Hermann Jakopaschke.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute,
Sonntag, den 25. d. M., nach-
mittags 4 Uhr, vom Trauerhause
(Peltalozstr. 4) aus statt. 37/9
Um recht erge Beteiligung ersucht
Der Zweigvereins-Vorstand.

Deutscher Senefelder-Band.
Todes-Anzeige.
Am 22. August verstarb nach
dreitägigem schwerem Krankenleiden
unser alter Bundes-Angestellter,
der Steindruckere
Karl Schulz
im 68. Lebensjahre.
Dem trennen, pflichterfüllten Be-
amteten werden alle Kollegen ein
ehrendes Andenken bewahren!
Die Beerdigung findet am
Sonntag, den 25. d. M., nach-
mittags 4 Uhr, von der Kapelle
des Elisabeth-Friedhofes, Pantom,
Wollankstraße, aus statt. 267/5

**Invaliden - Unterstützungs-kasse
d. Steindrucker u. Lithographen.**
Die Beerdigung des am
22. August verstorbenen Steich-
druckers
Karl Schulz
findet statt am Sonntag, den
25. August, nachmittags 4 Uhr, von
der Leichenhalle des Elisabeth-
Friedhofes in Pantom, Wollankstr.
7406 Das Komitee.

**Deutscher
Holzarbeiter-Verband**
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß der Kollege, Tischler
Richard Last
am 22. August verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Sonntag, den 25. August, nach-
mittags 5 Uhr, vom Koaliter
Krankenhaus, Eingang Birken-
straße, aus nach dem Hellands-
Kirchhof in Plägensee statt.
Um rege Beteiligung ersucht
01/13 Der Vorstand.

**Zentralverband deutscher
Brauereiarbeiter.**
Zweigverein Berlin.
Zektion II.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß der Kollege
Hugo Ackermann,
Brauereiarbeiter (Deutsche Bierbrauerei),
am 22. August verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Sonntag, den 26. August, nach-
mittags 2 Uhr, von der Leichen-
halle des Ansen-Kirchhofes, Wei-
end, Bismarckbrunnenweg, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
42/3 Die Ortsverwaltung.

**Zentralverband der Maschinisten
u. Heizer sowie Berufsgenossen
Deutschlands.**
Verwaltungsstelle Berlin u. Umg.
Todes-Anzeige.
Am 22. August cr. verstarb das
Mitglied, Kollege
Ludwig Danowski.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Sonntag, den 26. d. M., nach-
mittags 3 Uhr, von der Leichen-
halle des neuen Hons-Kirchhofes,
Nieder-Schönhaufen, aus statt.
Um zahlreiche Beteiligung ersucht
130/11 Die Ortsverwaltung.

**Invalidenunterstützungs-kasse
d. Steindrucker u. Lithographen.**
Die Beerdigung des am 23. d. M.
verstorbenen Steindruckers
R. Blume
findet am Sonntag, den 26. d. M.,
nachmittags 5 1/2 Uhr, von der
Leichenhalle des Heiligen Kreuz-
Friedhofes, Mariendorf, aus statt.
7605 Das Komitee.

Dr. Simmel, Prinzen-
Str. 41,
Spezialarzt für 137/13*
Haut- und Nervenleiden.
10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4.
Klinische, Pflanzlich! Enorm billig!
per Kasse, frankofreio, bis 9. Sonntag 6
u. verl. Gerichtstr. 32, Dittich.

**Einsegnungs-
Anzüge** 2067L*
ein- oder zweireihige, moderne schicke Form, hochelegant und
tadellos sitzend.
Beste Verarbeitung.
Vollständiger Ersatz für Maßarbeit.
Die Preise sind je nach Größe.
Anzüge in Satin-Kammgarn von 12 M. an
Anzüge in Rips-Kammgarn von 15 M. an
Anzüge in schmalgeripptem
Kammg. od. Kamm-
garn-Cheviot von 17 M. an
Anzüge in Rips-Kammgarn
oder Satin-Kamm-
garn von 20 M. an
Anzüge in Corsow-Kamm-
garn von 22 M. an
Anzüge in sehr gut. Kamm-
garn-Cheviot oder
Ripskammgarn von 25 M. an
Anzüge in feinstem Tuch-
Kammgarn oder
hocheleg. Twill von 30 M. an
Gesellschafts-Anzüge
für Herren.
von Twill, Cheviot,
Rips-Satin od. Tuch-
Kammgarn
27, 33, 38, 43, 48 u. 53 M.
Anzüge von Tuch-, Rips-
oder Satin-
Kammgarn
30, 36, 42, 48, 54, 60 u. 66 M.
Anzüge von hochf. Tuch-
oder Satin-Kamm-
garn, äußerst sauber
mit Seide
abgefüttert 54, 60, 66 u. 72 M.
Der Verkauf findet nur gegen Barzahlung
und zu streng festen Preisen statt.

Carl Stier
Fabrik für Herren- und Knaben-Garderobe.
Berlin SO. Berlin W.
Oranienstr. 166. Potsdamerstr. 113a.
Potsdam, Nauenerstr. 23.
Nach außerhalb sende Muster und Maßanleitung.

Ueber das Erdbeben in Chile

Und heute folgende Nachrichten zu verzeichnen: Santiago de Chile, 24. August. Gestern vormittag ereigneten sich neuerdings Erdstöße, denen am Abend ein schwächerer Erdstoß folgte.

Santiago de Chile, 23. August. Nach Meldungen aus Valparaiso werden dort energische Maßregeln ergriffen, um die Ordnung aufrecht zu erhalten; über 150 Leute seien erschossen worden. Noch immer würden Leichen geborgen. 1500 Tote seien behördlich beerdigt. Eine Epidemie erscheint nahezu unausbleiblich.

In Santiago wird durch die andauernden Erdschütterungen der bauliche Zustand der Gebäude mit jeder Stunde schlechter.

Santiago, 24. August. Die Aufräumungsarbeiten schreiten schnell vorwärts. Es ist festgestellt worden, daß mindestens 3000 Gebäude niedergefallen sind, da sie einzustürzen drohen. Die Gemeindebehörden haben Verkaufspreise für Lebensmittel festgesetzt, um zu verhindern, daß die Händler die Lage ausbeuten. Die Gemeindebehörden werden selber das Fleisch verkaufen. Der Bahnbetrieb muß noch unterbrochen bleiben, weil es an Kohlen fehlt.

Valparaiso, 24. August. Von 40 Angestellten des Telegraphenamtes sind 38 umgekommen. Beim Einsturz eines Hauses befand sich die Frau eines Generals auf dem Balkon, von welchem sie auf die Straße herabstürzte. Während sie verwundet dalag, wurden ihr von Leichenschändern Finger und Ohrflappen abgeschnitten, um die daran befestigten Juwelen zu rauben. In bedenklichem Zustande wurde die Frau des Generals später an Bord eines im Hafen befindlichen Kriegsschiffes gebracht.

New York, 24. August. Nach Meldungen aus Valparaiso geht dort jetzt ein schwerer Regen nieder, durch welchen die herrschende Not noch verschärfter wird.

Santiago, 24. August. Ein Dampfer mit zahlreichen Flüchtlingen aus Valparaiso ist hier eingetroffen. Es sind Küchen zur unentgeltlichen Speisung des Volkes eingerichtet worden. Die Vorräte an Chloralkali zur Desinfektion sind erschöpft. Eine Epidemie droht auszubrechen. Etwa 500 Leichen sind noch nicht beerdigt.

Partei-Angelegenheiten.

Zur Lokalliste! Das Lokal „Flora“ in Diesenthal ist in der Liste zu streichen, da uns dasselbe nicht mehr zur Verfügung steht.

In Hoppegarten bei Müncheberg, Kreis Lebus, steht der Gasthof „Bilder Mann“ der Arbeiterpartei zu den bekanntesten Bedingungen zur Verfügung.

Bitte auszuscheiden und der Lokalliste beizufügen.

Am Montag, den 27. August er., feiert der Verein Berliner Tanzlehrer (1870) sein 30. Stiftungsfest in „Diesners Festhale“, Kronprinzen-Zelt (Zelt N), und wird verucht, hierzu Willetts anzusehen. Genanntes Lokal steht der Arbeiterpartei nicht zur Verfügung, man weise daher etwa angebotene Willetts entschieden zurück.

Bei dieser Gelegenheit wollen wir nicht unterlassen darauf hinzuweisen, daß in einer ganzen Anzahl und nicht zur Verfügung stehender Lokale Tanzunterricht stattfindet. Für die betreffenden Wirte hat dies unter anderem auch den Vorteil, daß sich nach und nach ein sogenanntes Stammpublikum bildet. Wir richten deshalb zu Beginn der Saison an alle in Betracht kommenden Parteigenossen das dringende Ersuchen, auch in diesem Falle die Lokalliste genau zu beachten und nur die uns zur Verfügung stehenden Lokale zu benutzen. Wir haben es hier speziell mit Wirten zu tun, die sich trotz wiederholtem Ersuchen bisher hartnäckig geweigert haben, uns ihre Säle zu Versammlungen freizugeben, wie z. B. der Inhaber des Lokals Dresdenerstr. 10, Preuß. und Jäger, Admiralstr. 38. Die Lokalkommission.

Sozialdemokratischer Zentral-Wahlverein für Ost- und Westpreußen

Sonntag, den 26. August 1906, mittags 12 Uhr, in Baumtschulenweg, Restaurant Speers Festhale (Inhaber Fritz Jabang), Baumtschulenstraße 78:

General-Versammlung.

- 1. Die Parteikonferenz für Berlin und die Provinz Brandenburg. Referent Genosse Hermann Fischer-Schöneberg. Anträge und Wahl der Delegierten zu derselben.
2. Der Mannheimer Parteitag. Referent Genosse Karl Wollermann-Schöneberg. Rassenstreik und Reiseier. Referent Genosse Fritz Jubelil-Berlin. Anträge und Wahl der Delegierten zu demselben.
3. Sonstige Anträge.
4. Verschiedenes.
Die General-Versammlung wird pünktlich eröffnet. Laut Statut ist jeder Wahlverein berechtigt, drei Delegierte zu entsenden. Die Delegierten müssen mit Mandat versehen sein. Parteigenossen haben als Gäste Zutritt.
Bahnverbindungen: Sörliger Bahnhof 10.10, 10.25, 10.55, 11.10, 11.25, 11.40, 11.55. Stadtbahn alle 10 Minuten. Der Wahlverein Baumtschulenweg teilt uns mit, daß er für die Delegierten den Besuch der Sternwarte für Sonntag abend 7 1/2 Uhr festgesetzt habe.

Der Zentral-Vorstand. J. A. W. Eberhardt.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den Reichstags-Wahlkreis Nieder-Varnum.

Sonntag, den 26. August, nachmittags 2 Uhr, im Lokale „Zum Bräulaten“, Weihensee, Lehderstr. 122:

Kreis-Generalsammlung.

Tagesordnung:

- 1. Der Provinzial-Parteitag für die Provinz Brandenburg.
2. Anträge zu demselben und Wahl von Delegierten.
3. Der Parteitag in Mannheim.
4. Anträge zu demselben und Wahl von Delegierten.
5. Kreisangelegenheiten.

Der Vorstand.

J. A. Georg Freiwaldt.

Marieudorf, Marieusele, Lichterode. Am Sonntag früh 7 Uhr findet von den bekannten Bezirkslokale aus eine Flugblattverteilung zu der am 28. August stattfindenden Volksversammlung statt. Die Beteiligung aller Parteigenossen wird erwartet.

Treptow-Baumtschulenweg. Die Parteigenossen werden ersucht, morgen Sonntag, nachmittags von 12 Uhr an recht zahlreich zu der in Speers Festhale, Baumtschulenstr. 78 stattfindenden Kreisversammlung zu erscheinen. Es sind genügend Plätze für die Mitglieder als Gäste reserviert. Im Anschluß an die Versammlung findet eine gemeinsame Besichtigung der Treptower Sternwarte statt, wo Direktor Archen-

hold einen Lichtbildvortrag halten wird. Nachdem Beobachtung durch das Fernrohr. Da der Eintrittspreis hierfür bedeutend ermäßigt ist, liegt es im Interesse der Mitglieder, wenn sie sich mit ihren Angehörigen daran beteiligen. Der Vorstand.

Berliner Nachrichten.

Gegen den Byzantinismus auf der Kanzel

wird in einem Organ der kirchlichen Mittelpartei, der „Christlichen Welt“, Klage geführt. So wenig es uns interessiert, wie es die frommen Herrschaften mit den überhandnehmenden Färbitten der Kirche für hohe und höchste Herrschaften halten mögen, so ist doch auch nicht ganz uninteressant, zu sehen, daß selbst unter diesen Leuten es noch solche gibt, denen der „Ueberbyzantinismus der Kirche über“ wird. In einem solchen Artikel der „Christlichen Welt“ heißt es:

„Es handelt sich um die üblichen Färbitten und Dank-sagungen bei geschenehen und bevorstehenden Personenstandsveränderungen in den regierenden Familien. Sie werden bekanntlich vorgeschrieben in Form von Einschreibeln in das allgemeine Kirchengebet, das so wie so mit eingetragten Witten schon überladen ist und gar nicht den Eindruck eines Gebetes, sondern den einer Nachrichten-sammlung für unseren Herrgott macht. Die Kirchenleute lassen sich deshalb diese formulierte Vorlesung meistens nur mit passiver Geduld gefallen und nehmen mit ganz richtigem Takte die Gebetsabhaltung erst beim Vaterunser ein. Am intensivsten aber äußert sich die Abneigung der „Untertanen gegen die Gebete, die sich mit den familiennachrichten aus den herrschaftlichen Häusern beschäftigen. Ist nun gar bei einer Prinzessin der Storch unterwegs, so gibt es sehr viele Leute — nicht nur solche, welche den Wauflöcher haben —, die diese Färbitten mit Widerstreben anhören, unter Umständen mit ihren Kindern dem Gottesdienste fern bleiben. Und das kann, wenn die weissen Frauen und Männer sich gar verrecknet haben, wochen- und monatelang währen. Der Unmut richtet sich zunächst gegen diese ewige Wiederholung derselben Färbitten, und dann gegen die Färbitten selbst. Ja, es gibt nicht wenige, die der Meinung sind, solche allerhöchste Personalien möchten überhaupt aus dem Kirchengebete verschwinden.“

Ein mir bekannter höherer süddeutscher Beamter, der Geheimrat A., der in seinem langen Leben für zwei Fürstenhäuser die gesamte Vermögensverwaltung geleitet hatte, klagte mir einmal, so gnädig die Herrschaften auch bisweilen seien, so meinten sie doch, die „Untertanen“ seien lediglich um der Fürsten willen da. Diese vormärzlichen absolutistischen Ansichten seien trotz des modernen Aufwuges in unserem heutigen Staatsleben noch gar nicht in den Köpfen der Herrschaften ausgerottet. Und Visnard war es ja wohl, der von seinem alten Herrn einmal sagte, er behandle ihn bisweilen wie der patrimoniale Gutsherr seinen Hofinspektor. So scheint auch in unseren regierenden Kreisen die Ansicht zu herrschen, als ob bei bevorstehenden Familienereignissen die „Leute“ nichts lieber täten, als mit unwürdiger Andacht sich in „die Stunde der Gefahr“ und den „fröhlichen Anblick eines gefunden Kindes“ zu versetzen. Es wird Zeit, daß diejenigen, welche in diesen Fragen als Ratgeber fungieren, mit aller Ehrerbietung, aber in Verächtlichkeit der veränderten Lage der Dinge auf eine zeitgemäße Aenderung der fraglichen Färbitten aufmerksam machen.

Also wenn sich solche „Gebete“ nicht ganz vermeiden lassen, dann wäre es doch richtig, sie nur einmal in das Kirchengebet einzuschleichen und dann in einer Form, die auch kritischen Untertanen durchaus einwandfrei erscheint. Eine völlige Beseitigung zu erhoffen, dazu sind unsere stark serwil-byzantinisch insizierten Zeiten allerdings nicht angetan.“

Einen Orden wird sich der Pastor, der das geschrieben hat, sicher nicht verdienen.

Zu den üblichen Paradesferien kommen auch noch Sedanferien. Herr v. Studt hat das so beschlossen, so daß es in der nächsten Woche drei schulfreie Tage hintereinander in den Schulen von Groß-Berlin geben wird.

Nach der Verfügung des Ministers soll in den Jahren, in denen der 2. September auf einen Sonntag fällt, der Unterricht am Sonnabend ausfallen und an diesem Tage die Sedanferien stattfinden. Dies ist in diesem Jahre der Fall. Für den weiteren Fall, daß die Herbstparade der Garde auf den 1. September fällt und an diesem Tage deshalb der Unterricht ruht, hat die Regierung in Potsdam, Abteilung für Kirchen und Schulwesen, angeordnet, daß die Sedanferien schon am Freitag, 31. August, unter Ausfall des gesamten Schulunterrichts stattfinden. Vom Donnerstag bis Montag ist also dann keine Schule. Die Verfügung gilt für die Schulen in Charlottenburg, Grunewald, Deutsch-Wilmersdorf, Schöneberg, Steglitz, Groß-Lichterfelde, Nixdorf, Britz, Mariendorf, Vorhagen-Rummelsburg, Treptow, Schmargendorf, Stralau, Lantow, Tempelhof, Pantow, Reinickendorf, Weihensee, Lichterberg und Zehlendorf.

Für Berlin wird wohl dasselbe angeordnet werden. Zwar sei der Schuldeputation noch nichts davon bekannt, wird gemeldet; was aber nichts dagegen beweisen würde. Wir wissen ja, daß schon Schluß erfolgte über den Kopf der Schuldeputation hinweg. Die Schuljugend wird es Stadt Dank wissen!

Zur Frage der Biersteuerung schickt uns der Verband der freien Gast- und Schankwirte Deutschlands folgende Zuschrift:

In Nr. 195 des „Vorwärts“ vom 23. August bringen Sie unter der Ueberschrift „Die Biersteuern müssen zahlen!“ einen Bericht über eine in den Industrie-Festhale abgehaltene Versammlung des Vereins Berliner Gastwirte, welche sich mit der Frage der Abwälzung der Biersteuerung auf das Publikum beschäftigte. Sie sagen in dem Bericht: Als Ehrengäste waren anwesend die Mitglieder der Saalbesitzer und der anderen „Gastwirtevereinigungen“. Da diese Bemerkung den Schein erwecken könnte, als hätten auch wir an dieser Versammlung teilgenommen und uns mit den dort gefassten Beschlüssen einverstanden erklärt, bitte ich Sie, davon Notiz nehmen zu wollen, daß dies nicht der Fall ist. Wir sind vielmehr der Meinung, daß die Brauereien in der Lage und verpflichtet sind (die Aktionäre und Direktoren als Hurraypatrioten) die Steuer selbst zu tragen. Soweit es uns möglich, werden wir bemüht sein, ringsherum Bier zu beschaffen, um so den Biersteuerern einen möglichst großen Schaden zuzufügen. Wir gehören also nicht zu den Gastwirte-Vereinigungen, welche mutig vor den Brauereien zurückweichen, sondern werden den Kampf mit aller Energie führen. Für den Verband der freien Gast- und Schankwirte Deutschlands: Ferdinand Ewald.

Gefängnisreform.

Ueber dieses Thema hatten wir uns kürzlich anlässlich der Besprechung über den vom Superintendenten Färbich erstatteten Ephoral-Bericht über die geistliche Tätigkeit mit einigen Worten verbreitet und schließlich auf Anzapfung der „Staatsbürger-Zeitung“ bezog. des „Reich“ vor gut acht Tagen die Erfahrungen eines unserer Kollegen über Seelsorgerthätigkeit zum besten gegeben. Die „Staatsbürgerin“ versprach damals auf die Sache zurückzukommen und bringt nun in ihrer gestrigen Nummer einen längeren Artikel über diesen Gegenstand, in welchem darzuitun versucht wird, daß Geistliche sich in manchen Fällen Anerkennung und Dank verschiedener Gefangenen verschafft haben. Das hat aber niemand bezweifelt und wir wollen zum Trost der Stöckerblätter noch hinzufügen, daß auch sonst Geistliche

sich durch Besichtigung oder gar Bewährung einer Unterstützung an Hilfsbedürftige die Unterstützung verpflichten. Das kann aber unsere Anschauung über das Wesen der Kirche und ihre Rolle im heutigen Staatsleben in keiner Weise berühren. Und das war der springende Punkt unserer Darlegungen. Daß die beiden Blätter an unserer Darstellung über das Verhalten des in unserem Falle in Frage kommenden Gefängnisgeistlichen mit der Bemerkung von fehlerhafter, wenig taktvoller Gefängnisreform hinweggleiten, soll nur nebenbei gesagt werden.

Vom Schuymann, der daneben greift, ist wieder mal eine niedliche Leistung zu berichten. Diesmal handelt es sich nicht um eine jener Jagden auf Raubmörder und andere Verbrecher, bei denen schon so manches Mal statt des gesuchten Täters ein ganz un-gesährlicher Staatsbürger zur Strecke gebracht wurde, sondern — um eine Jagd auf Streikposten. Vor dem Grund-stüde Quittenstraße 40, auf dem der Lagerplatz der Kohlen-handlung von August Grimberger sich befindet, hatte ein Schuymann auf Leute zu lauern, die etwa irgendwo „belästigen“ würden. Richtig erwiderte er morgens um 7 1/2 im Vorweg einen Mann, der dort stand und offenbar auf jemand wartete. Im Hinblick auf den Streik der Kohlen-arbeiter, an dem auch der Betrieb der Firma Grimberger beteiligt ist, war das natürlich sehr verdächtig. Somit trat der Polizist an den Wartenden heran und kommandierte, er solle weg-geden. Der Mann erwiderte, er wohne in diesem Hause, dürfe mithin hier stehen und bitte sich jede weitere Belästigung. Wö-glich griff der Polizist zu und führte den Freveler zur benachbarten Wache. Dort machten die Beamten nicht die klügsten Gefächter, als sich herausstellte, daß der Sittierte gar nicht Kohlen-arbeiter, sondern Metallarbeiter ist. (Es handelt sich um unseren Genossen Metallarbeiter Karl Reumann, der im Hause Quittenstraße 40 wohnt.) Kaum hatte der danebengreifende Schuy-mann das gehört, so eilte er hinaus mit den Worten: „Na, dann werde ich mal den anderen holen!“ Und alsbald erwischte er vor demselben Hause einen anderen Mann, der dort stand. Das war nun allerdings ein Kohlenarbeiter, aber auch er — wohnte im Hause Quittenstraße 40. Da beide Arrestanten absolut nichts verbrochen hatten, so mußte man sie wieder gehen lassen. Doch hatten sie das Vergnügen, erst noch bis 7/8 auf der Wache zu sitzen, weil der Herr Leutnant nicht gleich zur Stelle war.

Die Affäre eines Kriminalschuymannes

wird in den Klammern des Polizeipräsidiums viel besprochen. Das Vorkommnis liegt etwas abseits von dem Tätigkeitsgebiet der Polizei: es handelt sich um eine Liebschaft mit einem erst fünfzehnjährigen Mädchen — und um die Folgen dieses Verhältnisses.

Das Mädchen ist die Tochter eines Angestellten der Polizei, der im Gebäude des Polizeipräsidiums wohnt. Und der Mann, der da beschuldigt wird, zu dem halbwüchsigen Mädchen Beziehungen angeknüpft zu haben und nun für die Folgen verantwortlich zu sein, ist ein beim Polizeipräsidium beschäftigter Kriminal-schuymann Pflügge.

Was man wissen will, wie dieser Kriminalschuymann Pflügge, der schon beträchtlich über das vierzigste Lebensjahr hinaus ist, in solchen Verdacht kam? Er hatte zu der Familie Zutritt gefunden, was ihm nicht schwer werden konnte, da sie, wie gesagt, Wohnung im Polizei-präsidium hat. Bald hatte er sich dann der Tochter genähert, was wiederum ohne große Mühe zustande kam, da das Mädchen sozu-sagen unter den Augen der Beamten aufgewachsen war und von allen geliebt wurde. Allmählich begann Schuymann Pflügge das Mädchen auszuführen, sie mit in den Zirkus zu nehmen, Spaziergänge mit ihr zu machen usw.

Die Eltern mögen es für unbedenklich gehalten haben, dem Manne ihre Tochter anzuvertrauen. Vermutlich haben sie sich gesagt, daß ein Kriminalschuymann über jedem Zweifel erhaben sei. Der Gedanke, daß hier ein Schuy auch vor Schuyleuten nötig sein könnte, darf ja — nicht wahr? — einem Angestellten der Polizei zu allererst kommen. Doch anderen Sinnes wurden die Eltern, als das Mädchen als schwanger erkannt wurde und nun den väterlichen Freund dafür verantwortlich machte.

Der liebenswürdige Herr Pflügge wurde zur Rede gestellt. Aber — siehe da, da geschah das Unerwartete, daß Pfl. jede Ver-antwortung ablehnte und den Verdacht auf andere Beamte der Polizei lenkte. Wer war der Vater des werdenden Kindes? Herr Pflügge, der Kriminalschuymann, wies höher hinauf. Ganz offen nannte er zwei beim Polizeipräsidium beschäftigte Leutnants mit Namen und ließ durchmerken, daß diese eher in Betracht kommen könnten.

Den Eltern erschien das keineswegs als eine Ehre für ihre Tochter. Sie erklärten in Pflügges Behauptung, daß das Mädchen auch mit anderen zu tun gehabt haben könnte, eine Verleumdung — und brachten die Sache vor Gericht. Die Verleumdungs-lage ist kürzlich verhandelt worden, leider unter Ausschluß der Öffentlichkeit. Das Ergebnis war, daß Kriminalschuymann Pflügge zu einer Geldstrafe von 50 Mark verurteilt wurde.

Wieß man jetzt, wer der Vater ist? Die jugendliche Mutter soll in der Universitätsklinik, wo sie entbunden wurde, fiebernd ge-jammert haben: „Er hat immer gesagt, das schade nichts, das machten alle Mädchen so — und nun hat es doch geschadet!“ Mancher wird das lachend finden. Mancher andere aber wird aus diesen Worten den Schluß ziehen wollen, daß der geheimnisvolle Unbekannte, der das Mädchen geschwängert hat, ein uner-fahrenes Kind mit den Klünsten eines Routiniers umgarnt habe.

Herr Pflügge, der Kriminalschuymann, ist vor Gericht der Ver-leidigung schuldig befunden worden, aber auch dort dürfte er die Waterichast sehr entschieden bestritten haben. Seine Vorgesetzten halten ihn offenbar für schuldlos. Andererseits wäre es unver-ständlich, daß man ihn nach wie vor Dienstun läßt. Er ist sogar Ordnung eines Kriminalkommissars, der in dem Ruf eines besonders sittenstrengen und frommen Mannes steht und (nebenbei bemerkt) die Strafverfolgung von Fruchtabreibungen zu bearbeiten hat.

Kengierig wird mancher sein, was denn nun zugunsten der Leutnants, die von Pflügge beschuldigt worden sind, gegen diesen unternommen werden wird. Ja, das sind wir ebenfalls. Vorläufig, wie gesagt, bedient er noch immer seinen Kriminal-kommissar.

Es bleibt bei Kiekemal. Die Petition der bei Friedrichshagen besessenen Kolonie Kiekemal, die den Namen ihres Dorfes mit der geschmackvolleren Benennung „Königsthal“ verlauschen möchte, ist aber-mals in dieser von ihr hartnäckig verfolgte Angelegenheit ab-schlägig beschieden worden. In einer kürzlich abgehaltenen Ver-sammlung gelangte ein Schreiben des Regierungspräsidenten zu Potsdam zur Verlesung, in welchem sich derselbe zur Verleihung des Namens „Königsthal“ ablehnend verhielt. Trotzdem lassen die Kiekemaler den Mut nicht sinken. Sie haben nochmals eine un-sangreiche Petition an den Oberpräsidenten der Mark Brandenburg verfaßt. Im übrigen haben die Kiekemaler eine Enquete angestellt darüber, welches Ergebnis der Kolonie von der Muttergemeinde

Wahlober, verlegte Name Wahlbörse auf die Postbestellung haben würde. Da nun alle mit dieser Adresse versehenen Postsendungen erst nach Wahlbörse gelangen, die Kolonne aber postalisches zu Friedrichshagen gehört, so konnten dieselben erst nach erfolgter Rücksendung über Berlin den Empfängern nur mit erheblicher Verzögerung zugestellt werden. Und von Berlin wollen die Kieckmaier gegenwärtig nicht viel wissen, seitdem der allernueste Gassenhauer der Reichshauptstädter den Refrain trägt: „Geh'n wir nach Kielmal, da piept die Nachtigall“.

Das Gespenst des Hungers machte sich gestern vormittag in dem großen Festsaal der Königl. Bibliothek in trauriger Weise bemerkbar. Der anscheinend obdachlose F. F. der selbst zum Bettelbettel greifen mußte, um sich durchzuschlagen und der den Besuchern schon lange als ein Bild des Jammers aufgefallen war, taumelte schreiend von seinem Stuhl, mühsam von einem Nachbarn abgehoben, einen schweren Fall zu tun. Entsetzt und schrecklos sprangen die Besucher von ihren Stühlen, als der Bedauernswerte laut stöhnend und röhelnd sich am Boden wälzte, und es war während der allgemeinen Kopflösigkeit einem unserer dort arbeitenden Parteigenossen vorbehalten, nach einem Arzt zu eilen, der zehn Minuten später zur Stelle war. In dem Besinden des Unglücklichen trat nach einiger Zeit Besserung ein.

Ein gefährlicher „Orakel“ von oben. Durch eine herabstürzende Fensterscheibe ist heute morgen die 17jährige Frieda B. aus der Stargarderstr. 1 schwer verletzt worden. Das junge Mädchen überschritt den Honskirchplatz und als es an die Kreuzung der Fehrbellnerstraße kam, wurde es plötzlich von Glasherben überschüttet. In einer Wohnung der dritten Etage des Hauses hatte man das Fenster nicht geschlossen und bei einem Windstoß wurde es nach außen aufgeschlagen und zertrümmert. Von den herabstürzenden Scheiben wurde die B. getroffen und am Rücken schwer verletzt. Die erste Hilfe erhielt das junge Mädchen auf der Rettungswache III.

Sprung in die Freiheit. Neuen eines aufregenden Vorfalls waren gestern vormittag die Insassen eines Straßenbahnwagens der Linie 16 (Roabit-Rixdorf). In Rixdorf bestieg diesen Wagen der Transporteur Kirke mit einem Gefangenen, dem fünfundzwanzigjährigen Artisten Paul Vogan, der aus dem Rixdorfer Gerichtsgefängnis in das Moabit-Untersuchungsgefängnis übergeführt werden sollte. Vogan war wegen Publizität eingekerkert worden und wurde auch von der Berliner Staatsanwaltschaft II zur Verbüßung einer einjährigen Gefängnisstrafe gesucht, die ihm wegen schwerer Körperverletzung zugesprochen worden war. Als der Transporteur mit dem Artisten, den er auf der Straße an der Kette führte, im Straßenbahnwagen saß, riß sich Vogan in der Berlinerstraße zu Rixdorf plötzlich von dem Transporteur los und schwang sich, während der Wagen in voller Fahrt war, blitzschnell mit einem tollkühnen Hechtsprung durch ein offenes Fenster des Wagens auf die Straße hinaus, wo er auf das Pflaster niederfiel. Schnell aber raffte der Springer sich wieder auf und stieß auf den alten Jakobikirchhof, verfolgt von dem laut „Haltet ihn!“ rufenden Transporteur und einer großen Menschenmenge. Der Artist wäre aber trotz seiner Schnelligkeit wohl kaum der Waffe der Verfolger entkommen, wenn er nicht, nachdem er den Kirchhof in seiner ganzen Ausdehnung durchgemessen hatte, die drei Meter hohe Kirchhofmauer erklimmen und sich hinübergehangen hätte. Die unmittelbar darauf an der Mauer anlaufenden Verfolger hatten, da niemand dem Artisten das Kunststück nachzumachen vermochte, das Nachsehen. Die Polizei sucht jetzt eifrig den Flüchtling.

In Flammen. Ein schweres Brandunglück ist wieder durch das unvorsichtige Spielen mit Streichhölzern hervorgerufen worden. Hinter der Ringbahnbrücke an der Ebersstraße hatten Schulkinder mit Zündhölzern herumhantiert, wobei plötzlich eines der Hölzer in Feuer ausging und die Kleidung der vierjährigen Tochter des Gastwirts C. aus der Ebersstraße in Brand steckte. Im nächsten Augenblick stand die Kleine in hellen Flammen. Der Photograph Schmäuler aus Friedenau hatte vom Straßenbahnwagen aus den Vorfall bemerkt und eilte dem Kinde zu Hilfe. Die Kleine hatte aber so schwere Brandwunden erlitten, daß an ihrem Auskommen gezweifelt wird.

Ein trauriger Unglücksfall hat sich in der Honskirchstraße ereignet. Der Ruffahrer Hermann Krüger lenkte einen Wagen der Firma Sht. und hatte neben sich auf dem Vord. seinen neun Jahre alten Sohn sitzen. Beim Einbiegen in die Honskirchstraße verlor der Knabe plötzlich das Gleichgewicht und stürzte vor den Augen des Vaters unter den Wagen. Die Räder gingen dem verunglückten Kinde über beide Unterschenkel hinweg, von denen der eine zerschmettert wurde. Der Vater brachte seinen schwerverletzten Sohn nach der Rettungswache in der Kastanien-Allee und von dort in das Krankenhaus am Friedrichshain.

Von einem Hammer zerschmettert. Ein schrecklicher Unglücksfall hat sich gestern nachmittag in der königlichen Eisenbahnwerkstätte an der Anhalter Bahn ereignet. In der Eisenrietelei war der 25jährige Schlosser Gustav Wood, Ködnersstraße 135 wohnhaft, am Hammer beschäftigt. In dem Augenblick, als er die rechte Hand auf den Vord. legte, wurde der Hammer plötzlich abwärtsgerissen, und er trat mit solcher Gewalt die Hand, daß sie vollständig zerschmettert wurde. Nachdem der Bahnarzt dem Verunglückten die ersten Notverbande angelegt hatte, wurde er in das Krankenhaus am Urban eingeliefert.

Der Tod als Erlöser. Selbstmord verübt hat gestern der 26jährige Postbote B. aus der Gleditschstr. 8. W. litt seit längerer Zeit an einer schmerzhaften Krankheit, und da er kürzlich erfahren hatte, daß eine Heilung nicht mehr eintreten werde, zog er es vor, freiwillig aus dem Leben zu scheiden. Der Bedauernswerte jagte sich gestern eine Revolverkugel in die Brust und war auf der Stelle tot. Die Leiche ist polizeilich beschlagnahmt worden.

Durch Messerhiebe tödlich verletzt wurde gestern abend auf offener Straße der 29jährige Arbeiter Paul März aus der Langestraße 90 von dem Eisenbahnbeamten Johann Koweski. W. hatte gestern seinen 29jährigen Geburtstag begangen. Als er abends gegen 8 Uhr von der Arbeit heimkehrte, begegnete ihm vor dem Hause Langestraße 67 die Ehefrau des Eisenbahnbeamten Koweski. In ihrer Begleitung befanden sich ihre beiden Kinder. Zwischen diesen und den vier Kindern des März war es wiederholt zu Streitigkeiten gekommen. Die Ursache hierfür scheint auf frühere Vorfälle zurückzuführen zu sein. Als März an der Frau vorüberging, rief er ihr zu, daß die Hänkerlein zwischen den Kindern in Zukunft aufhören möchten, und hier kam es zu einer Auseinandersetzung, in deren Verlauf die Frau K. dem Arbeiter eine Ohrfeige versetzte. Nun schlug der Rixhandelte mit der Kaffeekanne, die er von der Arbeit mitgebracht hatte, auf Frau K. los; diese rief darauf ihren Kindern zu: „Laßt mal schnell den Vater!“ Nach wenigen Minuten erschien der Beamte auf der Wildfläche und schritt, ohne ein Wort zu sagen, auf März los. In diesem Augenblick hatte die Ehefrau des Koweski den Arbeiter oben am Nacken festgehalten. Nun zog der Beamte ein großes Taschenmesser hervor und stieß es dem Arbeiter mit aller Kraft in das Genick. Außerdem brachte er ihm einen tiefen Stich in den Kopf bei. Getroffen brach März zusammen. Mit der größten Seelenruhe machte K. das Taschenmesser zu und setzte seine Frau mit nach Hause. März wurde nach der Unfallstation VIII am Grünen Weg gebracht und von dort in das Krankenhaus am Friedrichshain. Er starb bereits auf dem Transport dorthin. Koweski wurde gleich darauf in seiner Wohnung Langestr. 92 durch die Polizei verhaftet.

Das Mädchen für alles. Ein schwieriges Rettungswort vollbrachten gestern die beiden Feuermänner Wöhrfel und Schwabe in der Simeonsstraße 22. Dort war eine Raube vor mehreren Tagen unter das Dach des Vorderhauses geklettert und war dabei in einen Winkel gekrochen. Dieser war so klein, daß die Raube weder vor-

noch rückwärts konnte. Alle Versuche zur Befreiung scheiterten aber, und so wurden zwei Feuerwehrcleute gerufen, die das Tier mit vieler Mühe befreiten.

Das Winterhalbjahr der städtischen Kochschule in der Dunderstraße 65/66 beginnt am Mittwoch, den 10. Oktober 1906 und schließt am Sonntag, den 24. März 1907. — Der Unterricht findet wöchentlich an zwei Vormittagen von 8 $\frac{1}{2}$ bis 11 $\frac{1}{2}$ Uhr statt. Die Ferienzeiten stimmen mit denen der städtischen Fortbildungsschulen überein. Das Schulgeld beträgt für das halbe Jahr 4 M. Nähere Auskunft wird ausschließlich der Ferien Montags, Mittwochs, Donnerstags und Sonnabends von 2 bis 3 Uhr in der städtischen Kochschule Dunderstr. 65/66 erteilt. In gleichen Zeiten werden dort Anmeldungen entgegengenommen.

Das Deutsch-Amerikanische Theater brachte am Donnerstag eine neue Schöpfung seines Leiters zur Aufführung. „Im wilden Westen“ betitelt sich das Stück, das vier Bilder mit Gesang und Tanz bringt und ein deutsch-amerikanisches Volkstück sein soll. Der erste Akt spielt in Illinois (Nebraska), wo der Cowboy Billy Green die Nachricht erhält, daß sein Onkel in Berlin. Mulackstr. 4 ihm eine Millionenerbschaft vermacht habe. Kurz entschlossen geht die Reife nach Berlin, um die Erbschaft zu heben. In der Mulackstraße macht er die Bekanntschaft einer Familie, die miterbt und die er mit sich nach dem wilden Westen nimmt. Dort wird schließlich festgestellt, daß das Papiergeld gefälscht ist, aber große Freude sehr schließlich ein, als die Mitteilung der Regierung eintrifft, daß sie für jeden falschen Schein 10 Dollar eintauscht. Gespickt ist die Aufführung mit einer Reihe von Belangsvorträgen, so daß das ganze Stück stark an eine Operette erinnert. Großen Beifall beim Publikum fand unter anderem die „Ode an Tippelskirch“. Der Direktor Philipp, der neben seiner Eigenschaft als Theaterdirektor sein eigener Autor sowie der Hauptdarsteller ist, wurde ein halbes Dutzend mal gerufen und war schließlich in einer Ansprache an das Publikum bescheiden genug, für das Stück keinen literarischen Wert zu beanspruchen. Das hat es auch nicht, es unterhält aber ganz hübsch.

Gesperrt. Die Charlottenstraße von der Leipzigerstraße (außerhalb des Kreuzdamms) bis zur Säulengasse (einschließlich des Kreuzdamms) ist behufs Kspalhalterung vom 23. d. M. ab bis auf weiteres für Fußwege und Reiter gesperrt.

Berliner Aquarium. Der Eintrittspreis beträgt heute am letzten Sonntag im Monat nur 25 Pf. pro Person.

Feuerwehrbericht. Gestern früh um 6 Uhr kam in der Stargarderstraße 25 in einer Schaufabrik Feuer aus. Regale, Papier u. a. brannten dort. Der Brand konnte durch kräftiges Wassergerben auf die Fabrikräume beschränkt werden. In der Köpenickerstraße 145 war in einer Bilderrahmenfabrik Feuer ausgebrochen, das bald gelöscht werden konnte. Auf dem Ostbahnhof in der Brombergerstraße hatte die Wehr längere Zeit mit der Löschung eines Presholtenbrandes zu tun, der einen Eisenbahnzug gefährdete. Der 16. Zug hatte in der Bankstraße 25 in einer Bäckerei zu tun, wo Fett in Brand geraten ist. Feuer brante in der Amienstraße 144; Möbel, Gardinen, Betten usw. gingen in der Invalidenstr. 88, Friedrichstraße 106, Sorauerstraße 2 und an anderen Stellen in Flammen auf. Ferner wurde die Wehr noch nach der Kurfürstenstraße 84, Neue Hochstraße 40, Flensburgerstraße 10 und anderen Orten gerufen.

Vorort-Nachrichten.

Rixdorf.

Die Rixdorfer Genossen legen Wert darauf, mitzuteilen, daß es im dritten Antrag, der in der letzten Wahlvereinsversammlung zum Parteitag angenommen wurde, heißen muß: Diejenigen Genossen, welche trotz eines regelrecht gefaßten Gewerkschaftsbeschlusses „a m 1. Mai“ arbeiten usw.

Rummelsburg.

Eine gut besuchte Wahlvereinsversammlung lagte am Dienstag im Saale der Ww. Weigel. Zum ersten Punkt der Tagesordnung: „Der Rummelsburger Parteitag“ hatte Genosse Wilhelm Meißle das Referat übernommen. Redner verbreitete sich hauptsächlich über drei Punkte des Parteitages: Raiffeisen, Massenstreik und Volkserziehung. Daß der 1. Mai noch immer nicht genügend durch Arbeiterruhe gefeiert werde, trotzdem die Arbeiterklasse selbst immer mehr zur Arbeiterruhe am 1. Mai dränge, sei hauptsächlich auf die Abgeniertheit der Gewerkschaftsführer für die Raiffeisen zurückzuführen. So ist es z. B. den Arbeitern in den größeren Betrieben in der Metallindustrie durch die Leipziger Resolution zur Unmöglichkeit gemacht worden, sich durch Arbeiterruhe an der Feier des 1. Mai beteiligen zu können. Die Vorankündigung bei der diesjährigen Raiffeisen der Berliner Metallarbeiter haben hierfür einen schlagenden Beweis erbracht.

Beim Punkt Massenstreik behandelte Redner eingehend die Frage „Partei und Gewerkschaften“. Von einer Verbesserung der Lage der Arbeiterklasse durch die Gewerkschaften könne nur sehr bedingt die Rede sein. Alle Lohnaufbesserungen in den letzten Jahrzehnten brachten gleichzeitig eine Preiserhöhung fast sämtlicher Bedarfsartikel mit sich, wodurch der Mehrerwerb wieder verloren ging. Auch in der Erziehung ihrer Mitglieder leisteten die Gewerkschaften nicht das, was ihre Leiter so gern behaupten. Finden wir doch noch allgemein, daß der gelernte Arbeiter den ungelerten Arbeiter über die Schulter anschaut. Es bestehe gewissermaßen eine Kluft zwischen dem Handwerker und dem Hilfsarbeiter. In der Partei dagegen finden wir nichts von dieser Kluft, da haben wir nur Massenlämpfer, welche nach einem gemeinsamen Ziel streben. Die Ausführungen von Rummelsburg, Brinmann und anderen Gewerkschaftsführern auf der Vorstandskonferenz zeigten deutlich, daß, wenn die Partei nicht ganz entschiedene Stellung zu den dort vertretenen Anschauungen nehme, der Charakter des Klassenkampfes in den Gewerkschaften immer mehr verloren gehe.

Der politische Massenstreik sei nicht zu propagieren, sondern nur zu diskutieren. Die Parteigenossen müßten darauf vorbereitet werden, daß unter gegebenen Verhältnissen der Massenstreik unbedingt zur Anwendung kommen müsse. Der Erfolg des Massenstreiks hänge ganz besonders von der Beteiligung der Verkehrs- und Hafenarbeiter ab. Dieselben zu organisieren und für die Idee des Massenstreiks zu gewinnen, müsse unsere Hauptaufgabe sein. Zu dem Punkt: Sozialdemokratie und Volkserziehung meint Redner, daß die Erziehung ein wesentlicher Faktor sei, den wir an erste Stelle zu setzen haben, auch der Jugendbildung müßte in Zukunft größere Beachtung geschenkt werden.

In der sehr regen Diskussion kam beim Punkt Partei und Gewerkschaften teilweise eine vom Referenten abweichende Meinung zur Geltung. Die Genossen Kahler und Ebert vertraten gegenüber dem Referenten den Standpunkt, daß eine Deutung der Lage der Arbeiterklasse durch die Gewerkschaften unbedingt erreicht werde, auch eine erzieherische Tätigkeit sei den Gewerkschaften nicht abzusprechen. Eine Kluft zwischen gelernten und ungelerten Arbeitern bestehe nur noch zum geringen Teil. Ganz unzweifelhaft habe aber durch die Erstarkung der Gewerkschaften auch die Verdrößerung der Arbeiterklasse in dieser Beziehung große Fortschritte gemacht. Genosse Ebert wies noch besonders darauf hin, daß man die Ansprache einzelner Gewerkschaftsführer doch nicht als Prinzip der Gewerkschaften selbst ansehen könne, es sei deshalb auch unangebracht, auf diese Art Gegensatz zwischen Partei und Gewerkschaften zu konstruieren.

Ein vom Genossen Otto Schulz begründeter Antrag, welcher die Verbilligung des „Vorwärts“ erstrebt, wird abgelehnt.

Dagegen wird der Antrag des Genossen Frenzel, welcher verlangt, die Alkoholfrage auf die Tagesordnung des nächstjährigen Parteitages zu setzen, angenommen.

Einschlüssige Annahme fand eine Resolution, welche besagt, daß die Mitglieder des hiesigen Wahlvereins nach wie vor an den Beschlüssen des Jenaer Parteitages betreffs Massenstreik festhalten.

Zur Kreisgeneralversammlung am Sonntag, den 26. August werden 17 Mitglieder delegiert.

Zur Aufnahme in den Wahlverein hatten sich 48 neue Mitglieder gemeldet; nach Verlesung wurden dieselben ohne Widerspruch aufgenommen.

Hermisdorf.

In der letzten Gemeindevertretersitzung wurde der Antrag Dr. Freund als Vertreter des „Gutsbezirks Hermisdorf“ sowie der „Hermisdorfer Boden-Aktiengesellschaft zu Berlin“ auf Eingemeindung in den Gemeindebezirk Hermisdorf gegen einzelne Stimmen beschlossen. Damit fällt auch die Hermisdorfer Heide der Bauplanation zum Opfer; allerdings wäre dieses auch nach Ablehnung des Antrags Dr. Freund geblieben. Die eingemeindete Fläche, welche eine Größe von 163 Hektar, 8 Ar, 78 Quadratmeter hat, liegt rechts und links von der Bahn und es sind bereits die projektierten Straßen abgeholzt. Als Entgelt für die Eingemeindung erhält die Gemeinde Grundstücke im Werte von 100 000 M.

Treptow-Baumschulentweg.

Der sozialdemokratische Wahlverein hielt am 21. d. M. seine regelmäßige Mitgliederversammlung ab. Genosse Ernst Rieger sprach über den „Parteitag in Wanneheim“. „Die rote Woche“, so führte der Redner etwa aus, erzeuge nicht nur unsere Kreise, auch die bürgerliche Welt beschäftige sich damit und nehme daran Anteil, allerdings in ihrem Sinne. Unsere Genossen müßten aber diesen wichtigen Verhandlungen, welche in diesem Jahre auf der Tagesordnung stehen, ein viel größeres Interesse entgegenbringen. Redner greift die einzelnen Punkte der provisorischen Tagesordnung des Parteitages heraus und verbreitet sich eingehend über die aktuelle Frage „Vollständiger Massenstreik“ und die Stellung der Partei und Gewerkschaft dazu. — Er entwickelt, wie diese Idee in Deutschland endlich in die Reihe unserer Kampfmittel aufgenommen wurde und wie nach dem Jenaer Parteitage die Gewerkschaftsführer auf ihrer Konferenz im Februar d. J. hiergegen Sturm gelaufen sind und der Partei ein Bein stellen wollten. — Referent bepricht das „Geheimprotokoll“, das er mit beühendem Spott glossiert. Er verlangt, daß der Jenaer Beschluß eine schärfere und präzisere Fassung erfahre. Auch müsse dahin gewiekt werden, daß der Parteivorstand verjüngt werde. — Pflicht aller Parteigenossen wäre es aber, in ihren Gewerkschaften streng darauf zu achten, daß der sozialistische Geist mehr gepflegt werde und jenen Herrschaften mit ihrer „Zweifelstheorie“ ordentlich auf die Finger geklopft werde. — Nach eingehender Kennzeichnung, wie brutal man die Arbeiterklasse bei Streiks usw. behandle und wie unsere Justiz beschaffen sei, meinte Redner, wäre es nicht zu verstehen, daß die Arbeiterklasse sich dies so ruhig gefallen lasse. Deshalb müsse man unermüdet die Idee des Massenstreiks diskutieren, damit im gegebenen Moment auch große Kämpfer da wären. Die Arbeiter mögen daran denken: sie haben nichts zu verlieren als ihre Ketten, aber eine Welt zu gewinnen.

In der Diskussion nahm zuerst Genosse Karow das Wort. Auch er verurteilte jene Gewerkschaftsführer nicht, denn die Mitglieder stehen auf einem anderen Standpunkt. Es sei eine Utopie, zu glauben, wir könnten alle Arbeiter organisieren und erst dann den großen Kampf aufnehmen. Nach diesem Rezept kämen wir nie ans Ziel. In der Tat sei die Gewerkschaftsarbeit Eispflasterarbeit, wenn nicht gleichzeitig auf die Abschaffung der Lohnnechtschaft hingearbeitet werde. Genosse Julian Vorchardt sagt, er hätte im voraus gesehen, daß anlässlich der Wahlrechtskampagne die Arbeiterklasse sich nicht in einen Massenstreik einlassen werde. Er halte auch ferner an seiner Auffassung fest, daß wir den Massenstreik eventuell nur anwenden, wenn wir dazu gezwungen sind. Bezüglich des Protokolls sagte er, nach der Idee Brinmanns kann nur Berichtigung in die Arbeiterbewegung kommen, das sei aber wohl Brinmanns Privatmeinung. Dagegen seien die Ausführungen Rummelsburgs die schlimmste Doppelzüngigkeit, die man sich denken könne. — Genosse Gensel, welcher an der „Geheimkonferenz“ mit teilgenommen, sagt, man solle wegen der Neuerungen einiger Genossen auf der Konferenz nun nicht alle angreifen. Er und eine ganze Anzahl sei gar nicht mehr zu Wort gekommen, auch seien die fünf Thesen bei vielen Stimmenthaltungen angenommen worden. Die Mitglieder hätten doch selbst schuld, wenn sie sich solch eifriger wählten, sie sollten deshalb nachher nicht immer über sie herfallen. Er behaupte, sie alle werden das nächste Mal wiedergewählt. — Genosse Böckel greift in längeren Darlegungen die Gewerkschaftsführer und die Gewerkschaften als solche an, bei denen von sozialistischem Geist keine Spur vorhanden sei und von einer sozialistischen Erziehung der Jugend keine Rede sein könne. — Genosse Spiech findet die Reden auf der Vorstandskonferenz ebenfalls unerhört. — Genosse Lüdke erblüht in den Ausführungen Vorchardts selbst einen Widerspruch. Da seine (Lüdkes) Stellung in dieser Frage schon bekannt, begründet Redner nur die Anträge des Vorstandes zum Parteitag betr. des Militärantrages vom vorigen Jahr, worin der Parteivorstand noch nichts getan habe, und einen Antrag, nach dem der Parteivorstand eine Broschüre zum Massenvertrieb über den Generalstreik herausgeben soll. Nach einer Richtigerstellung des Genossen Vorchardt nahm Genosse Rieger das Schlusswort. Er stimmte den Ausführungen Lüdkes zu, Vorchardt hätte sich widersprochen.

Genosse König unterbreitet ein Aufnahmegesuch eines Herrn Fruch und ersucht um Rücksichtnahme, wie der Vorstand bereits beschlossen habe. Die Versammlung stimmt zu. Die Anträge des Vorstandes zum Parteitag werden einstimmig angenommen. Zu Delegierten zur Kreisgeneralversammlung werden König, Lüdke und Riedel gewählt.

Nach Bekanntgabe, daß unser Stiftungsfest am 3. November stattfindet, wurde die Versammlung um 1 Uhr geschlossen.

Weißensee.

Der Verband der Friedhofsbeamten Deutschlands beschäftigte sich am zweiten Tage seiner Hauptversammlung in Dresden mit der Abstimmung des hiesigen Friedhofsinspektors Kühn, indem er glaubt, daß dieser zu unrecht vom Gemeindevorstand gekündigt sei. Als Vertreter der Gemeinde Weißensee war der bejohdete Schöffe Dr. Wape zugegen. Da die Gemeindevertretung die Kosten für die offizielle Vertretung nicht bewilligt, auch ein solcher Antrag nicht vorgelegen hat, so kann die Anwesenheit Dr. Wapes nur rein privater Natur sein. Die Aufklärung, die Herr Dr. Wape den anwesenden Vertretern des Verbandes über die Abstimmung Angelegenheit gab, ist nach einem Bericht folgende: „Der Vertreter der Gemeinde Weißensee, Dr. Wape, erklärte, daß für die Abänderung des Friedhofsbetriebes die Ansicht der sozialdemokratischen Gemeindevertreter maßgebend gewesen ist, alle Gemeindebetriebe wirklich in den Betrieb der Gemeinde zu nehmen. Die sozialdemokratischen Gemeindevertreter hätten die bürgerlichen Gemeindevertreter überzeugt, daß die Übernahme des Friedhofsbetriebes durch die Gemeinde für dieselbe vorteilhaft sein würde. Deshalb sei die Kündigung erfolgt. Es sei der Gemeinde sehr schwer gefallen, einem Mann zu kündigen, der zweifellos früher schwere Zeiten durchgemacht hat und dem es erst in neuerer Zeit mit seinen Einnahmen besser geht. Dienstliche Vergelben oder persönliche Momente kämen bei den Kündigungsgründen nicht in Frage. Im Härten zu vermeiden, sei es dem Beamten anheimgegeben worden, sich um die neue Stelle zu bewerben und außerdem werde die Gemeinde alle von ihm geschaffenen Einrichtungen, unter denen sich eine große Bewässerungsanlage befindet, übernehmen. Der einschlagende Vertrag sei ein solcher, der stillschweigend von Jahr zu Jahr verlängert worden ist. Daß der Mann ein Beamter im Sinne des Gesetzes ist, müsse die Gemeinde entscheiden bestimmen; er sei nur im zivilrechtlichen Dienstverhältnis angestellt. Die Gemeinde werde durch ein lokales Vorgehen einen Prozeß zu vermeiden suchen.“ Unseren Gemeindevertreter kam es zur Ehre gereichen, aus dem Munde ihres ärztlichen Freundes zu hören, die bürgerlichen Vertreter überzeugte zu haben, daß die Regierbarkeit nur zum Vorteil der Gemeinde sei; auch Dr. Wape hat sich überzeugen lassen, denn er hat weder in der Staatskommission noch in der Plenumsitzung gegen

